



**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO-ALTO ADIGE  
REGIONALRAT TRENINO-SÜDTIROL**

Atti Consiliari  
Sitzungsberichte des Regionalrates

X Legislatura - X Gesetzgebungsperiode  
1988 - 1993

SEDUTA **5** SITZUNG  
20.4.1989

**Ufficio resoconti consiliari - Amt für Sitzungsberichte**



**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI  
VERZEICHNIS DER REDNER**

<b>FRANZELIN WERTH Rosa</b> (Gruppo Südtiroler Volkspartei)	pag. 1
<b>BOATO Alessandro</b> (Gruppo Lista Verde - Grüne Fraktion- Grupa Vërc)	" 9
<b>CASAGRANDA Sergio</b> (Gruppo Partito Autonomista- Trentino Tirolese)	" 19
<b>BENEDIKTER Alfons</b> (Gruppo Südtiroler Volkspartei)	" 22-162
<b>ROBOL Alberto</b> (Gruppo Democrazia Cristiana)	" 47
<b>KLOTZ Eva</b> (Gruppo Südtirol)	" 54
<b>PETERLINI Oskar</b> (Gruppo Südtiroler Volkspartei)	" 64
<b>FERRETTI Remo</b> (Gruppo Democrazia Cristiana)	" 96
<b>LEVEGHI Mauro</b> (Gruppo Socialdemocratico Italiano)	" 109
<b>TAVERNA Claudio</b> (Gruppo Movimento Sociale Italiano- Destra Nazionale)	" 112
<b>FRASNELLI Hubert</b> (Gruppo Südtiroler Volkspartei)	" 118-163-164
<b>MONTALI Luigi</b> (Gruppo Movimento Sociale Italiano- Destra Nazionale)	" 150
<b>MITOLO Pietro</b> (Gruppo Movimento Sociale Italiano- Destra Nazionale)	" 161-163-164-165



## INDICE

Elezione del Presidente  
della Giunta regionale  
pag. 1

## INHALTSANGABE

Wahl des Präsidenten des  
Regionalausschusses  
Seite 1



Presidenza del Presidente Franco Tretter

Ore 10.13

PRESIDENTE: Prego procedere all'appello nominale

MORELLI: (segretario): (fa l'appello nominale)

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Hanno giustificato la loro assenza i cons. Hosp, Kofler, Frick, Alber, Achmüller, Valentin, Feichter e Berger.

Prego il cons. Romano di dare lettura del processo verbale della precedente seduta.

ROMANO: (segretario): (legge il processo verbale)

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni al processo verbale? Nessuna. Il processo verbale si intende approvato.

Riprendiamo la trattazione del punto 3) dell'ordine del giorno: "Elezione del Presidente della Giunta regionale".

E' iscritta a parlare la cons. Franzelin. Prego.

FRANZELIN: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr designierter Präsident des Regionalausschusses! In Ihrem Regierungsprogramm haben Sie die verschiedensten Befugnisse der Region angesprochen. Meine Vorredner haben die einen und anderen positiven Punkte bereits hervorgehoben. Auch ich stelle fest, daß einige gute Vorsätze im Koalitionsabkommen und in der Regierungserklärung zu finden sind: "Ja" zur Autonomie und zum Willen zur Verteidigung und Verbesserung derselben. Es wird hervorgehoben, daß sich das Zusammenleben auch als Modellcharakter für Europa darstellt und überhaupt spürt man das Abstreifenwollen der Fesseln, um auf das Jahr 1992 gerüstet zu sein. Es wird die Verbesserung des Accordinos angesprochen, dabei spricht man aber nur den verbesserten Warenaustausch an. Ich bin der Meinung, daß es auch notwendig sein wird, wenn man hier diesen Bereich neu anspricht, vielleicht darüber nachzudenken, inwieweit ein verbesserter Austausch auch im Hinblick auf die Arbeitskräfte möglich sein kann, denn es darf nicht so bleiben, wie wir es derzeit haben, daß wir nur eine Einbahnstraße hinaus nach Österreich, nicht aber die Möglichkeit haben, unserem Lande auch einmal einem Österreicher eine Arbeit zu bieten. Dies, weil ja Österreich noch nicht zur EG gehört.

Im Lichte des Hinsehens zu mehr Öffnung und im Hinblick auf ein Europa sehe ich auch das Ansprechen der

Qualifizierung des Verwaltungsapparates und die Weiterbildung der Mitarbeiter. In diesem Zusammenhang bewerte ich auch positiv, daß die neue Regionalregierung eine Verbesserung der Dienste in Grundbuch und Kataster gewährleisten will. Ich möchte dies unterstreichen, weil es einfach eine Notwendigkeit ist, daß diese Dienste zum Wohle der Bürger besser funktionieren. Das sind sicher die Ämter, die am meisten frequentiert werden und es geht hier um sehr viel Geld. Zeit ist Geld, heißt es generell, und in diesem Falle ist es eine Tatsache, daß der Bürger viel Zeit aufwenden muß, um die Unterlagen zu beschaffen, da es immer wieder zu Ausnahmen kommt, weil es dazu kommen muß. Das sollte nicht sein. Jeder Bürger muß das Recht haben, chronologisch seine Forderungen auch zu erhalten. Ich wünsche mir, daß es gelingen möge, die notwendigen Mitarbeiter ehestens einzustellen, daß alle Kritiken, die in diesem Zusammenhang immer wieder laut werden, endlich verstummen.

Nur um es kurz zu machen, eben positive Dinge, die ich unterstreichen wollte, möchte ich darauf hinweisen, daß ich mich mit den Aussagen hinsichtlich des sozialen Bereiches nicht einverstanden erklären kann. Ich kann mich nicht zufrieden erklären. Die Aussagen diesbezüglich sind mir zu vage. Man hat alles aber auch nichts angesprochen. Es wird wohl unterstrichen, daß man den Familien eine größere Bedeutung beimessen sollte. Es ist angesprochen worden, daß man in Ausübung des Art. 6 versuchen will, die ergänzenden Tätigkeiten im sozialen Bereich wahrzunehmen. Man hat aber versäumt, den Bereich wörtlich anzusprechen, für den wir in der abgelaufenen Legislaturperiode, ganz besonders im letzten Jahr der letzten Legislaturperiode, immer wieder gekämpft haben. Ich verweise auf den Beschlußantrag, der im Regionalrat im Dezember 1987 verabschiedet worden ist, einstimmig verabschiedet worden ist, wonach für das Jahr 1988 bereits die Verpflichtung eingegangen worden ist, daß die Geburtenbeihilfe für alle Mütter bereits im Jahre 1988 ausgezahlt wird. Es war ja damals 1 Milliarde Lire für selbständig erwerbstätige Frauen im Haushalt vorgesehen worden. Nachdem das Staatsgesetz die Region diesbezüglich entlastet hatte, weil ein entsprechendes Gesetz erlassen wurde und somit die Region in Ausübung ihrer ergänzenden Tätigkeit sich dieses Geld ersparen konnte, waren wir damals der Meinung, daß es möglich sein müßte, diese Milliarde zumindest als ersten Schritt in diese Richtung zu verwenden. Das ist nicht der Fall gewesen. Die Milliarde ist trotzdem für andere Zwecke ausgegeben worden und die Verpflichtung ist eingegangen worden, so ungefähr an die fünf Milliarden zumindest für



diesen Bereich einzusetzen. Es ist im Koalitionsabkommen und in der Regierungserklärung wohl angeschnitten worden, daß durch die bessere finanzielle Ausstattung des Regionalhaushaltes eben die Notwendigkeiten der Region besser zur Verwirklichung kommen können. Man hat aber mit keinem Wort genau diese Verpflichtung angesprochen. Nun kann gesagt werden, daß allgemein das Programm bzw. die Studie angesprochen worden ist, die diesbezüglich für eine Besserstellung oder Hilfestellung für die Familien angeführt wird. Das stimmt. Aber je vager das formuliert ist, umso weniger verpflichtet fühlen sich diejenigen, die morgen die Regierungsverantwortung in diesem Hause haben. Deshalb ersuche ich Sie, Herr designierter Präsident, in Ihrer Replik präzise Aussagen dazu zu geben, inwieweit und innerhalb welcher Zeit - wenn möglich in diesem Jahr - Sie bereit sind, sich dafür stark zu machen, daß dieser Beschlußantrag durchgeführt wird. Er ist wohl in der abgelaufenen Legislaturperiode eingebracht worden, aber wie ich damals bei der Debatte über die Haushaltsänderung gesagt habe, hat er als Testament für die kommende Legislaturperiode zu gelten, als Verpflichtung, die auch in diese Legislaturperiode herübergenommen wird, um endlich den Frauen tatsächlich heute das zu gewährleisten, auf was sie für etwas Anrecht haben, das wir immer als selbstverständlich hinnehmen, nämlich daß sie in der Familie die Arbeit machen ohne die wir nicht auskommen können. Die Arbeit der Hausfrau und Mutter ist doch der umfassendste aller Berufe und in einer Zeit, in der der Dienstleistungssektor so aufgewertet wird, ist es nicht verständlich, daß man diesem Bereich so wenig Aufmerksamkeit schenkt.

Ich ersuche Sie also zumindest in Angleichung dessen, was das Staatsgesetz für die selbständig erwerbstätigen Mütter zur Verfügung gestellt hat, in Rom zu intervenieren, daß man die Hausfrauenarbeit auch als selbständige Arbeit ansieht. Somit würde dies in den selben Topf fallen. Wir müssen in Ausübung unserer Zuständigkeit so schnell wie möglich diese Maßnahme, dieses Gesetz, hier verabschieden und darüber hinaus auch all das, was in dieser Studie aufgezeigt worden ist. Es ist ja bereits in einer Broschüre formuliert worden, d.h. daß man es auch nachlesen kann, und wie ich positiv vermerken möchte, hat man sich die Mühe gemacht, Vergleiche anzustellen, welche Möglichkeiten der Hilfestellung für die Familien in Österreich, in Deutschland, in der Schweiz oder in Italien gegeben sind. Es müssen darauf Resultate folgen, denn es kann nicht nur in Publikationen gesagt werden: Das wäre schön, wenn es so gemacht werden könnte. Es wird wohl

versucht, es gründlich zu behandeln, man schlägt etwas vor, aber man verpflichtet sich zu nichts. Ich bitte Sie, daß man einmal das, was wir uns vorgenommen haben, als ersten Schritt durchführt. Darüberhinaus sollte die Familie als Ganzes gesehen und die Hilfe vorgesehen werden, die wir für notwendig halten. Denn wenn wir die Familie aufwerten, dann haben wir sehr viel getan, denn immer wieder wird in Sonntagsreden angeschnitten, daß die Familie die Keimzelle unserer Gesellschaft ist und daß ihr das größte Augenmerk zu schenken ist. Aber damit können nicht alle leben. Ich glaube, daß endlich Taten gesetzt werden müssen und nicht nur schöne Worte in den Mund genommen werden können. Ich erwarte mir also, sehr geehrter Herr designierter Präsident, daß Sie diesen Punkt ganz präzise ansprechen.

Ich möchte noch einen anderen Punkt ansprechen und damit möchte ich es bewenden lassen. Nämlich meine Sorge, die die neueste Entwicklung im Bereich der Baulandbeschaffung nimmt. Wir wissen, daß das staatliche Enteignungsgesetz, aber auch das Enteignungsgesetz des Landes Südtirol, vom Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig erklärt worden ist und daß demgemäß das Regionalgesetz Gültigkeit hat, nämlich daß bei der Enteignung der Marktwert zugrunde gelegt werden muß. Das bedeutet, daß Preise derzeit festzustellen sind, die in keiner Weise mehr als angemessen zu betrachten sind. Was heißt Marktwert? Marktwert heißt Angebot und Nachfrage. Und wenn es kein Angebot mehr gibt und die Nachfrage groß ist, dann ist das, was dann irgendwann angeboten wird, einfach so kostbar, daß es überzahlt wird. Wenn ich heute in Erfahrung gebracht habe, daß in Bozen Baugründe mit 700-800.000.- und 1.000.000.- Lire gehandelt werden, sofern irgendein Grundstück noch zu verkaufen ist, und - wie wir die Handhabe vorgesehen haben -, daß der geförderte Teil die Hälfte des Marktwertes ausmacht und mir gesagt worden ist, daß heute ein geförderter Grund mit 350.000.- Lire als Enteignungspreis geschätzt werden müßte, wengleich wir dann auf der anderen Seite eine Abänderung zu den Urbanistikgesetzen gemacht haben, mit denen wir vorsehen, daß auch der freie Teil zum Marktpreis im Sinne des Regionalgesetzes enteignet werden kann, dann heißt das, daß man 700-800.000.- Lire pro qm<sup>2</sup> zahlen müßte, obwohl in diesem Falle keine Wertzuwachssteuer zu zahlen ist. Das heißt also, daß wir dieses Geld für ein Grundstück ausgeben, wofür überhaupt in der Vergangenheit keine Steuern bezahlt wurden, daß beim Übertrag mit einem so enormen Wertzuwachs keine Wertzuwachssteuer gezahlt wird, d.h., daß davon, von diesem Geld, nichts hereinkommt. In diesem Zusammenhang möchte ich eben unterstreichen, daß man

sich überlegen muß, ob hier nicht etwas gemacht werden muß, um die Dinge zu normalisieren. Es ist auch ungerecht, wenn man es auf der einen Seite mit einem Bauern vergleicht, der von seiner Scholle leben muß und vielleicht ein Grundstück irgendwo draußen hat. Er bräuchte auch etwas mehr Einnahmen, er hat für ewige Zeiten Kulturgrund. Und beim anderen geht man her und nur dadurch, daß man einen braunen Klecks in den Bauleitplan macht, gibt man über Nacht einer Person ein Milliardenvermögen.

Ich glaube, daß wir diesen Problembereich anschneiden müssen, um auch gegenüber den anderen Grundbesitzern etwas gerechter zu sein. Sonst weiß ich nicht, inwieweit man von öffentlichem Interesse reden kann, wenn man bei der Auswahl, die man im Bauleitplan zur Verfügung stellt, nur jemand einseitig bevorteiligt. Ich habe mich einfach veranlaßt gefühlt, auch diesen Bereich hier anzuschneiden, weil eine veränderte Situation gegeben ist und veränderte Maßnahmen notwendig sind.

Ich möchte damit abschließen und der Hoffnung Ausdruck geben, daß die neue Regionalregierung auch für den Sozialbereich aufgeschlossen ist; daß die neuen Gelder, die zusätzlich aufgrund der Finanzregelung in die Kassen des Regionalhaushaltes fließen, nach einem ausgewogenen Verhältnis verteilt werden, denn das Mehr verteilen ist leichter als das Umverteilen, wenn es einmal zugeteilt ist. Deshalb ersuche ich Sie alle hier in diesem Hause wachsam zu sein, daß die Probleme, die wir jetzt schon längere Jahre anschneiden, in dieser Legislaturperiode endlich gelöst werden. Ich danke!

(Signor Presidente del Consiglio regionale!  
Signor Presidente designato della Giunta regionale! Nel Suo programma di governo Lei ha menzionato le varie competenze della Regione. I relatori precedenti hanno già parlato di alcuni dei punti positivi di questo programma. Anch'io vorrei ribadire che l'accordo di coalizione e il programma di governo contengono alcuni buoni propositi: un "sí" all'autonomia e all'intenzione di difenderla e di migliorarla; si sottolinea il fatto che la convivenza si configura anche come modello per un' Europa unita e si avverte la volontà di liberarsi da certi condizionamenti per essere preparati al 1992; si parla pure di un miglioramento dell'Accordino, ma ci si riferisce solo ad un miglioramento dello scambio merci. A mio avviso sarebbe necessario, nell'ambito di una riforma di questo settore, studiare anche la possibilità di migliorare lo scambio di manodopera: attualmente c'è soltanto un senso unico verso l'Austria ma non c'è la possibilità di dare lavoro ad un

austriaco nel nostro territorio; questa situazione dobbiamo cambiarla, anche se il motivo sarà da ricercarsi nel fatto che l'Austria non fa parte della CEE.

Nella prospettiva di una maggiore apertura e alla luce di un'Europa unita dobbiamo tendere anche ad una maggiore qualificazione dell'apparato amministrativo e all'aggiornamento dei dipendenti. A tale proposito giudico positivo che la nuova Giunta regionale intenda assicurare un miglioramento nei servizi del libro fondiario e del catasto. Vorrei sottolineare specificamente questo intento perché è necessario che questi servizi funzionino meglio per il bene del cittadino. Essi vengono frequentati dai cittadini più di altri uffici, e si tratta di molto denaro. Il tempo è denaro, si dice generalmente, ed è vero che il cittadino perde tanto tempo per procurarsi i documenti che gli servono, perché continuamente ci sono delle eccezioni che non dovrebbero esserci affatto. Ogni cittadino ha il diritto di ricevere nel giusto ordine cronologico i documenti richiesti. Mi auguro che si riesca ad assumere al più presto possibile il personale necessario per far cessare le critiche che si sentono continuamente al riguardo.

Con questo ho brevemente sottolineato i lati positivi, ma vorrei ribadire che non sono d'accordo con le dichiarazioni riguardanti l'ambito sociale. Non ne sono affatto soddisfatta: sono troppo vaghe. Si è parlato di tutto e di niente. E' vero, si dice che deve essere data più importanza alla politica familiare. E' stato detto pure che in base all'articolo 6 la Regione intende esercitare con opportune attività la propria competenza integrativa in questo settore. Si è però tralasciato di fare delle proposte concrete proprio in quel settore che è stato continuamente oggetto delle nostre istanze nella passata legislatura, soprattutto nell'ultimo anno. Rammento la mozione approvata nel dicembre del 1987, approvata all'unanimità, con l'impegno che l'assegno di natalità per tutte le madri verrà concesso già nel 1988. Allora era stato previsto un miliardo per le lavoratrici autonome. Poiché lo Stato, con una legge successiva, aveva provveduto direttamente esonerando la Regione in questo senso ed essa poteva risparmiare questi fondi nell'esercizio della sua competenza integrativa, doveva essere possibile, a nostro avviso, fare un primo passo e stanziare questo miliardo per provvedimenti nel senso da noi auspicato. Purtroppo non è stato così. Questo miliardo è stato destinato ad altri scopi e ci si è assunti l'impegno di destinare a questo settore più o meno cinque miliardi di lire. Nell'accordo di coalizione e nelle dichiarazioni programmatiche si dice che

in base alla migliore dotazione finanziaria del bilancio regionale si potrà venire incontro meglio alle esigenze della regione, ma non si accenna con alcuna parola a questo impegno. Si parla, è vero, di un programma, di uno studio sulle possibilità di aiuto alla famiglia in genere. Questo è vero. Ma quanto più vaga si presenta la formulazione, tanto meno obbligati si sentono coloro che domani assumeranno la responsabilità in Giunta. La prego quindi, signor Presidente designato, di dare indicazioni precise nella Sua replica, se e entro quando - sarebbe da augurarsi che fosse ancora quest'anno - Si impegnerà a realizzare la mozione. E' vero che tale mozione era stata presentata nella legislatura passata, ma come ebbi a dire in occasione del dibattito sulla variazione di bilancio, essa deve essere considerata come testamento per la legislatura che segue, un impegno che deve essere valido anche per questa legislatura, per garantire finalmente alle donne quello di cui hanno diritto. Consideriamo sempre ovvio che lavorino in famiglia, ed è in realtà un lavoro di cui non potremo fare a meno. Il lavoro di madre e casalinga è la professione più ampia che esista, ed è incomprensibile che in un periodo in cui viene tanto valorizzato il settore dei servizi si presti così poca attenzione a questa attività.

La prego quindi, signor Presidente, di intervenire a Roma per ottenere che il lavoro della casalinga venga considerato come lavoro autonomo e venga quindi concesso alle casalinghe quello che la legge dello Stato garantisce alle lavoratrici autonome, dal momento che si tratterebbe della stessa categoria. Nell'ultimo esercizio delle nostre competenze dobbiamo approvare questo provvedimento, questa legge, e inoltre tutto quello che viene proposto in questo studio. E' già stato stampato un opuscolo e quindi ognuno può leggerlo. Trovo positivo che si sia fatto lo sforzo di fare dei raffronti, di citare anche gli interventi di sostegno alle famiglie realizzati in Austria, in Germania, in Svizzera o in Italia. Devono però seguire dei fatti, perché non si può limitarsi ad affermare in una pubblicazione che sarebbe bello che venisse fatto questo o quell'intervento. E' vero, si approfondisce la questione e si fanno delle proposte, ma non ci si assume nessun impegno concreto. La prego, signor Presidente, di realizzare come primo passo quello che ci siamo proposti. La famiglia andrebbe inoltre vista nel suo insieme, prevedendo l' aiuto di cui ha bisogno. Se valorizzeremo la famiglia, avremo fatto molto. Nei discorsi solenni si dice sempre che la famiglia è il nocciolo della società e che occorre dedicarle la massima attenzione. Ma non tutti possono vivere di belle parole. A mio avviso

devono finalmente seguire i fatti. La prego quindi, signor Presidente designato, di trattare specificamente questo settore nella Sua replica.

Infine vorrei parlare ancora di un altro punto che mi preoccupa, e cioè quanto sta accadendo nel settore dei terreni per l'edilizia. Sappiamo che la Corte costituzionale ha dichiarato anticostituzionale sia la legge statale che la legge della Provincia di Bolzano sugli espropri, quindi vale la legge regionale che prevede come base in caso di esproprio il valore di mercato. Ciò significa che attualmente sono in vigore dei prezzi che non risultano più adeguati. Che cosa vuol dire valore di mercato? Vuol dire offerta e domanda. Ma se non c'è più offerta e invece la domanda è molto forte, la rara offerta diventa preziosissima e si finisce per pagare un bene a prezzi esosi. Sono venuta a sapere che a Bolzano si pagano per un terreno edificabile 700-800.000 lire e anche 1.000.000, ammesso che ci siano ancora terreni da vendere. La parte agevolata ammonta, in base alle norme, alla metà del valore di mercato, e mi è stato detto che il prezzo di espropriazione di un terreno agevolato dovrebbe essere stimato oggi in 350.000 lire. D'altro canto abbiamo approvato una variazione alle leggi sull'urbanistica, le quali prevedono che anche la parte libera può essere espropriata al prezzo di mercato ai sensi della menzionata legge regionale. Ciò significa che si dovrebbero pagare 700-800.000 lire per m<sup>2</sup>, anche se in questo caso non è dovuta l'imposta sull'incremento di valore degli immobili. Spendiamo quindi tutti questi soldi per un terreno per il quale non fu mai pagata un'imposta in passato, nè essa è dovuta al momento del trasferimento nonostante l'immenso incremento di valore. Non c'è pertanto nessun introito. A questo proposito vorrei sottolineare la necessità di ricercare una soluzione che possa normalizzare questo stato di cose. Ed è anche una situazione ingiusta: facciamo il confronto con un contadino che deve vivere dalla coltivazione di un terreno dislocato in periferia. Anch'egli egli avrebbe bisogno di aumentare il proprio reddito, ma si ritrova un terreno destinato per sempre a scopi agricoli, mentre altre persone, per il solo fatto di avere semplicemente una macchia marrone sul piano urbanistico, si ritrovano improvvisamente con la possibilità di acquisire un patrimonio di miliardi.

Sono dell'opinione che dobbiamo provvedere in merito a questo problema ed arrivare a una situazione di maggior giustizia anche nei confronti degli altri proprietari di fondi, altrimenti non possiamo parlare di interesse pubblico se poi nel piano urbanistico

avvantaggiamo solo alcune persone e non altre. Ho ritenuto inevitabile parlare anche di questo problema, perché la situazione è cambiata ed è dunque necessario provvedere con misure diverse.

Vorrei concludere il mio intervento auspicando che la Giunta regionale si dimostri aperta anche nei confronti del settore sociale distribuendo secondo un rapporto equo i fondi che entreranno nelle casse regionali con la nuova norma finanziaria. E' più facile infatti distribuire le maggiori entrate che non ridistribuire quello che è già destinato per qualche scopo. Chiedo a tutti i presenti di vigilare al massimo affinché in questa legislatura si possano finalmente condurre a soluzione i problemi di cui parliamo già da anni. Grazie!)

**PRESIDENTE:** E' iscritto a parlare il cons. Boato.

**BOATO:** Grazie, signor Presidente. Ho piacere di essere stato preceduto dalla cons. Rosa Franzelin, perché mi ha suggerito l'idea di questa aria nuova che lei ha sottolineato esserci in questo Consiglio e di cui hanno parlato ieri alcuni consiglieri, peraltro preannunciata dall'intervento del cons. Brugger, il primo esponente del S.V.P., che storicamente è entrato nel merito delle competenze, dei contenuti e delle "aspirazioni", - il tutto è da porsi fra virgolette data l'esiguità delle competenze di questa Regione - ma comunque dicevo che la cons. Rosa Franzelin ha trovato, e confermo questo riscontro, un'aria nuova e mi piacerebbe, o meglio mi sarebbe piaciuto, senza togliere nulla al Presidente designato Tarcisio Andreolli, che lei stessa avesse potuto essere candidata dal suo partito e da noi votata, anche perché come donna rappresenterebbe più sensibilmente il nuovo, alla Presidenza della Regione per segnalare in maniera totale questa novità, questa terza fase dell'autonomia che stiamo intraprendendo e che non sappiamo ancora quali frutti darà, ma che almeno ora lancia sicuramente per la prima volta, segnali di ottimismo.

Questa fase sarebbe stata interpretata sicuramente con più vigore e credibilità per la forza politica che rappresenta, e non soltanto, per il gruppo linguistico che è stato il fondamento traumatico di tutte le vicende della Regione - traumatico non è un giudizio di valore, è un riscontro oggettivo - ma anche per la sua particolare apertura e sensibilità sociale.

Mi fermo qui, non voglio candidarla da parte dei Verdi, ma un esponente del Sudtirolo come Rosa Franzelin avrebbe potuto, a prescindere dalla forza politica,

rappresentare meglio questa nuova epoca per aver tanto combattuto per un'apertura di contatti e di rapporti all'interno del Sudtirolo e fra le due Province, come d'altronde il cons. Alexander Langer. Questa è una legislatura importante che spero sapremo rappresentare, anche noi delle minoranze - il dubbio è di dovere - ma comunque, ribadisco, questa legislatura si preannuncia importante, e tale lo è oggettivamente e storicamente al di là delle nostre capacità.

Ci troviamo nella fase tra la conclusione del pacchetto, anche se ieri ci sono state molte considerazioni sul non essere ancora formalmente concluso, ma è una conclusione annunciata e desiderata, e l'apertura delle frontiere della C.E.E., quindi fra Scilla e Cariddi, da intendersi come due grandi dimensioni, per cui la mia la citazione è rivolta al positivo, apertura delle frontiere, ribadisco, che formalmente si concretizzerà nel 1993, quindi alla scadenza della nostra legislatura, che dovrà essere pertanto di preparazione, anche se la Comunità europea non è ancora l'Europa che tutti credo desideriamo, l'Europa nella sua grandezza che comprenda altri Paesi, cioè l'altra metà che per ora è esclusa, Austria compresa.

E' nostro auspicio comunque che l'Austria faccia parte di questa nostra parziale Europa, la qual cosa sarebbe oggettivamente e storicamente importante perché, al di là di quello che noi pensiamo soggettivamente, si è conclusa l'epoca dell'isola felice, Sudtirolo, che per la verità non è mai stata felice, ma molto combattuta, e si è combattuta, chiudendosi verso l'esterno, cioè in un certo senso ha vissuto ed in parte risolto le sue contraddizioni guardando molto poco, o rifiutando addirittura di guardare all'esterno.

Un'isola felice è stato ritenuto anche il Trentino in un'unica fase, nell'illusione che il vantaggio anche materiale dell'economia potesse essere o fosse un privilegio del quale non rispondere a nessuno, non rispondere per esempio a tutto il sistema regionale italiano, che è debole, mentre la nostra è un'autonomia forte, certamente grazie prima di tutto al Sudtirolo, ma non ci conviene che questo sistema debole resti tale, non faccio un'opzione alla generalizzazione delle autonomie speciali che diventerebbe un'astrattezza, non ci sarebbe più la specialità, ma opto per un rinvigorismento del sistema regionalistico italiano, diciamo tendenzialmente federativo che darà più forza e capacità di esempio, e non solo di eccezione, al Trentino ed al Sudtirolo.

L'Europa, verso cui andiamo e verso cui quest'"isola felice" deve avere rotto ormai i suoi confini,



è sì l'Europa delle piccole patrie, ma è anche quella delle grandi regioni geo-economiche che non possono contenersi nei nostri confini, sia pure quelli regionali; è stata citata ieri la Regione del grande Tirolo non con spirito di revanche o di nostalgia storica, ma semplicemente di obiettivo di recupero di rapporti, soprattutto sul piano culturale, ed è stata citata anche da altri la Regione, la super-regione, vista nell'ottica italiana, del Triveneto, parola che non piace giustamente a molti, che comprende l'area di tre regioni vicine, del Veneto, del Trentino e Sudtirolo e del Friuli Venezia Giulia, la regione delle minoranze etniche in Italia, quella che ne ha per eccellenza, quella tedesco-sudtirolese e slovena, per citare solo le maggiori, vi è anche la componente ladina, che non deve essere sottovalutata, dato che, oltre ai ladini dolomitici, il Friuli è sostanzialmente ladino.

Vi sono anche altre regioni da prendere in seria considerazione, perché se esiste l'Arge Alp e se esisterà un domani nella misura da noi desiderata l'Alpe Adria, una dimensione trasversale significativa che va anche al di là dei confini teorici della C.E.E., penetrando nei Paesi della futura Europa, avremo una nuova dimensione tanto necessaria quanto non antitetica - credo - alle piccole patrie, se non le intendiamo, come ora, delle roccaforti impenetrabili.

E' meno chiusa la Ladinia, però è talmente piccola da rischiare la sparizione, è meno chiusa non per ragioni positive, ma perché è a cavallo tra tre situazioni amministrative e tre garanzie diverse, pur essendo senza garanzia quella dei ladini bellunesi di cui dovremmo forse noi anche come Regione occuparci un po' di più, spingendo il Veneto, al di là delle sue competenze più limitate, a muoversi e ad allineare perlomeno la "tutela" o il rispetto, come qualcuno ha voluto meglio chiamarlo, della etnia ladina bellunese, vale a dire della terza provincia dolomitica.

Stiamo vivendo una terza fase dell'autonomia, la prima è stata quella, evocata in un intervento di ieri, non so se più ingenuamente o più cinicamente - se non offende il termine - come l'autonomia a tre, in cui una regione anti tedesca tutelava in qualche misura - ma ritengo in senso negativo - la prevalenza degli italiani nell'ambito regionale e quindi la "minoranza" di lingua italiana del Sudtirolo.

Ieri abbiamo sentito addirittura evocare questo brutto modello storico, quello degli Odorizzi, disse ieri un esponente del S.V.P., che ha permesso il riscatto del Sudtirolo, in negativo, ma è stato evocato ieri addirittura

per avocare alla Provincia autonoma di Trento il ruolo infausto che ebbe la Regione negli anni '50 e nei primi anni '60. Spero che non ci fosse cinismo, ma solo una nostalgia, da non apprezzare comunque e che ci sia un ripensamento, se i dibattiti servono, perché questa è un'autonomia passata, è un'autonomia che ha dato anche per contraccolpo la seconda fase dell'autonomia che è sì stato il riscatto del Sudtirolo e della minoranza linguistica tedesca, ma in parte anche di quella ladina, che, come tutti i riscatti che avvengono per contrapposizione, ha avuto i suoi effetti negativi e le tensioni che sono culminate con il censimento del 1981 nel Sudtirolo e che auspichiamo che non si ripetano nel 1991, visto che siamo in una terza fase, in una fase diversa e già mi sembrava che le schermaglie nel dibattito di ieri, leggi Frasnelli e qualche altro, lasciassero capire almeno che il problema è presente.

Dicevo che la seconda fase dell'autonomia è stata quella conquistata anche con la guerriglia, con una violenza che a posteriori, la consideriamo storicamente come qualcosa che ha fatto parte di questo riscatto, ma non auspicheremmo mai che dovesse ripetersi, non possiamo certo fare i moralisti a posteriori perché c'è stata anche una causa di questa tensione, di questa violenza che si è esplicitata in varie direzioni e dimensioni e non per ultimo anche da parte dello Stato.

La terza fase sarà, dopo queste due della Regione anti-tedesca e della Regione cancellata dalla questione sudtirolese emergente con le due Province autonome, che hanno di fatto cancellato la Regione e le sue prerogative, un'autonomia con un ruolo anche della Regione della convivenza e della democrazia - lo auspico ma ci metto un punto di domanda - perché questo è quanto cominciamo istituzionalmente a costruire in questa legislatura e con la evidenziazione del bisogno di superamento del passato, la qual cosa la identificavo nei due nomi che ho fatto prima emblematicamente, anche perché personalmente mi piacciono, senza con ciò voler generalizzare un giudizio; non credo che i concetti di democrazia e di convivenza siano separabili.

Una democrazia che ancora si percepisce in quest'aula - lo dico in maniera dialettica - ancora un po' sotto tutela, cioè noi viviamo come minoranze in particolare - non ci sono solo le minoranze linguistiche ed etniche, ma anche quelle politiche - viviamo, ribadisco, un clima per fortuna smosso, però di tutela, cioè di qualche cosa che è demandato ad una maggioranza schiacciante che in qualche caso tende a schiacciare anche senza rendersene

conto, in qualche caso è una forma di prevalenza per non dire di prepotenza, non voglio usare termini impropri, mentre in altri è solo la prevalenza dei numeri che è legittima e che fa parte anche della democrazia, però ci sono dei momenti in cui si va oltre, cito il piccolo incidente della relazione del Presidente della volta scorsa, le dichiarazioni del P.A.T.T. per bocca del suo capogruppo sulla sottovalutazione del Consiglio regionale che spero siano superate, ma anche le preoccupazioni addirittura con alto livello di tensione nervosa di uno, non di tutti i membri della S.V.P., perché stava per essere eletto, un Verde come Vicepresidente della Prima Commissione legislativa - guardate che alta carica - fra l'altro con il voto anche di qualcuno del S.V.P., c'è stato, ribadisco, un momento di suspense e di tensione così intensa, tanto che è stato eletto un candidato non proposto, purché non ci fosse questo scandalo, che a noi non sarebbe parso tale e non credo che lo avremmo pubblicizzato perché non avevamo nessuna ragione nemmeno di mitizzare una carica che ha un valore da rispettare, ma assolutamente secondario. Chiudo la parentesi perché furono proprio piccole cose con tre note particolari, che spero siano da considerarsi superate.

La Presidenza del Consiglio regionale in una Regione che è quella che è, ha i limiti, ha un esecutivo che da un punto di vista istituzionale e credo anche oggettivo, vale meno come rappresentatività della Presidenza stessa del Consiglio regionale, perché vale di più quest'aula, la dimensione regionale è più viva qui dentro nel nostro rapporto, nel nostro vivere assieme, forse è la prima volta che sentiamo di avere delle cose comuni - nel senso del rapporto fra le due Province, fra gruppi presenti in entrambi i consessi provinciali, e delle interferenze trasversali e anche della stessa area provinciale o regionale, Sudtirolo e Trentino intesi come regione - per cui la Presidenza del Consiglio regionale a noi sembra il massimo di questa validità rappresentativa.

Purtroppo la abbiamo sentita così sminuire e abbiamo vissuto questo fatto senza rievocare nulla perché non voglio dare troppo peso alle considerazioni negative, il suo valore simbolico spero sia di spinta per una ripresa in considerazione del ruolo della Regione senza nessuno sguardo al passato, ma rivolto a un respiro nuovo, a tematiche nuove su cui poi voglio fermarmi un attimo.

Ancora nell'ambito della democrazia tutelata vorrei rilevare al Presidente ed anche alle tre forze politiche dell'accordo, che il problema citato testualmente, della "maggiore stabilità dei Consigli" per

la quale verrebbe sostenuta la necessità di una soglia minima per le elezioni, mi sembra inesistente. Credo che sia legittimo porlo, cioè nella dialettica politica si può porre questo problema, è quindi discutibile, non solo perché possa piacere o non piacere, ma perché è legittimo discuterlo, ma non è certo necessario per una maggiore stabilità che qui addirittura fa sorridere a livello di Consiglio regionale, ma che nella democrazia delle due Province fa sorridere ancora di più, sia per il Sudtirolo e sia anche, in misura minore, per il Trentino, non c'è problema di dispersione di voti.

Sull'accordo programmatico e sul programma più in dettaglio qualcuno ha rilevato anche con durezza carenze specifiche con un'analisi tecnica anche seria, approfondita, che faceva riflettere su alcuni aspetti specifici, quindi non voglio soffermarmi, ma intendo fare solo delle considerazioni su nodi cruciali ed in termini ancora dialettici sulla questione ladina e sulle altre minoranze.

Mi sembra che le enunciazioni siano plausibili, che tutte le cose proposte a concludere con il Comitato interladino, sono quelle che anche come Verdi andiamo richiedendo da anni, il primo grosso convegno sulla questione ladina e le altre minoranze è stato svolto proprio a Trento, promosso dalla Lista Verde, nella primavera del 1984. Osserverei che interveniamo sulla questione cimbra e sulla questione mochena - ed è positivo anche questo quale prodotto di chi ha mosso le acque in questo problema - con un ritardo storico che non lascia speranza, non voglio fare il pessimista per professione, ma lo sento sul posto; Luserna sta sparendo, il cimbro sta sparendo - e mi dispiace molto - sono poche centinaia di persone ancora nell'isola linguistica di Luserna nel Trentino e sono ancora più in declino ad Agiazza, nel veronese, dove non c'è nemmeno l'Istituto, ed il mocheno rischia di fare la stessa fine, in quanto siamo sotto il migliaio; ogni tanto si legge anche sulla nostra stampa, ieri o ieri l'altro c'era un articolo sul ladino che lo considerava cosa superata, lo dico ironicamente, perché questa lettera recava il titolo "Non mi piace il ladino", a me invece piace, ma certo che, se guardiamo la problematica in una dimensione europea, l'Europa è fatta di queste microricchezze, di queste cose impercettibili anche a livello regionale, immaginarsi a livello dell'intero Paese, a livello di Comunità europea, eppure vediamo la vicenda jugoslava e ci rendiamo conto quale dramma stia vivendo la questione delle minoranze. La minoranza ladina non conta meno di 1.000 unità, ma rischia anche lei il decadimento,

non auspico che un ente come la Regione faccia di più di quello che ha promesso, auspico che lo faccia in tempo debito, che si occupi seriamente di dare una scadenza alla legge costituzionale ladina, che il Comitato smuova la Regione veneta e lo Stato, perché le competenze non sono le stesse, non c'è una Regione a Statuto speciale che possa intervenire con legge costituzionale direttamente, ma bisogna andare tramite legge-quadro sulle minoranze nello Stato che è ancora in alto mare e tramite una specie di invenzione giuridica della Regione Veneto che però può intervenire, se ha la volontà politica, a tutela della terza area ladina, di quella di Ampez e del Fodon, Cortina ed Arabba e di altri comuni vicini, ma la questione più grossa riguarda i ladini stessi, che si rendano conto non solo come istituzioni, non solo con l'auspicio della pur legittima richiesta della rappresentanza politica garantita, che non si vive di sole garanzie e che il parlare nelle famiglie il ladino è la precondizione, affinché tutto il resto abbia buon fine, e che venendo meno questa precondizione sarebbe vanificata qualsiasi legge costituzionale, qualsiasi nuova istituzione, qualsiasi altro intervento dall'alto.

Ancora sulla questione delle minoranze rilevo che gli zingari sono sistematicamente ignorati. Noi nella nostra modestia non li abbiamo dimenticati nel nostro primo convegno di apertura sulle minoranze etniche anche del Trentino, nonostante la loro dimensione quantitativa irrilevante rispetto a quella del Sudtirolo, ma la questione degli zingari, per quanto si tratti di poche centinaia, è un problema generale e permanente della storia e della geografia e la dimenticanza è forse anche frutto della diversità delle radici, perché si tratta di una minoranza nomade che in parte sta divenendo sedentaria e proprio questa parte sta ponendo il problema specifico anche alle realtà locali di Trento e di Bolzano, di Rovereto e di Merano e forse anche di qualche altra città, Mezzolombardo, per esempio, ma c'è qualche cosa dentro di noi e che ci impedisce a riconoscerla, dovremo fare un esame di coscienza, perché la comunità trentina non sa garantire i servizi igienici, la luce elettrica e l'insegnamento elementare agli zingari trentini, non agli zingari tout cour, a quelli di passaggio, per esempio, che sono anche in qualche momento alcune centinaia, di loro non si parla neppure. Questo è un problema di civiltà in misura proporzionale alla dimensione del problema, però mi sembra che ci sia.

Un secondo rilievo, molto più brevemente, più telegraficamente, sulle U.S.L.. Ricordiamo che c'è questa

competenza ordinamentale della Regione, ma che l'abbiamo finora veramente male utilizzata perché, se guardiamo al passato, come Consiglio regionale abbiamo lasciato che le due dimensioni diverse provinciali si arrangiassero e che il contenitore della legge regionale fosse compatibile con i due arrangiamenti provinciali senza tentare un confronto che sarebbe stato produttivo ed a vantaggio del Trentino - dobbiamo dire la verità, autocriticamente in questo caso - sulla gestione della sanità e sul respiro che dovevano avere fin dall'inizio le Unità sanitarie locali. Ora farlo ex post è in un certo senso una necessità, ma è un vanto molto scarso perché rifaremo la pelle al sistema sanitario trentino nell'ambito della legge ordinamentale regionale.

Un ultimo appunto sulla questione elettorale. Ho già accennato al problema della soglia, direi che è scandaloso - è già stato citato - per cui mi soffermo sulla presunzione di approfondimento del problema dell'elettorato passivo con l'obbligo dei quattro anni di residenza. Diciamo che questo obbligo va tolto, che siamo alla vigilia non solo dell'Europa ma anche delle elezioni europee e che i candidati tedeschi ci saranno nelle liste italiane, forse anche i candidati spagnoli, sono stati proposti almeno per le liste Verdi, ma credo che la lista socialista abbia da tempo candidati dell'Est europeo e forse anche la lista democristiana, non voglio fare limitazioni in questo, un certo internazionalismo c'è in tutti noi e stiamo ancora a discutere - non parlo dell'elettorato attivo che è un problema che differenzia il Trentino e il Sudtirolo e che comunque andrebbe anche quello riformato - ma quello passivo veramente dovrebbe essere risolto.

Se l'era del post-pacchetto sarà di novità e di convivenza e se cancellare la Regione non è più un obiettivo come è stato quello dell'ultimo decennio, occorrerà infine rivedere anche lo Statuto e diceva ieri il capogruppo dei Verdi per fortuna non fa più scandalo parlare di revisione, lui lo riferiva ad altre questioni che hanno creato molte più tensioni soprattutto nel Sudtirolo, ma lo vedrei in positivo su una Regione che abbia in un certo qual modo nuove competenze nel senso che ci sono nuovi problemi, non certo di sottrazione di competenza alle due Province, non mi permetto di parlare di questo, ma di un problema aperto, nuovo e finisco con il più grosso dei nostri problemi recenti.

C'è un riferimento che mi sembra meriterebbe sviluppo, cerco di farlo nei limiti di un breve intervento ma che sarebbe stato opportuno sviluppare di più, sia nell'accordo che nella relazione. Intendo i problemi transfrontalieri e transprovinciali e quindi la

sostanziazione del ruolo di una Regione cerniera così come è stata chiamata e così come può essere anche nell'ambito di questi coordinamenti internazionali che non hanno un riscontro giuridico esplicito come l'Arge Alp o l'Alpe Adria, ma che hanno un futuro, che hanno un certo ruolo ed una certa incidenza, sia pure non diretta, nelle istituzioni. Una delle nuove dimensioni, la più grande sicuramente, è quella dei problemi ambientali, la dimensione ecologica. Se noi parliamo da questo microfono è forse in buona parte dovuto a questa emergenza, forse è dovuto anche a qualche merito soggettivo di alcuni, ma è soprattutto dovuto ad una emergenza oggettiva l'esistenza dei Grünen, i Verts; in Francia sta nascendo una terza grande forza politica che si è rivelata nel secondo turno elettorale delle elezioni amministrative con una incidenza amministrativa e credibilità tali da non poter ritenere più tale fenomeno, come supposto da molti, un riversamento in altre formazioni politiche al secondo turno, trattandosi invece di una verifica che pone la dimensione ambientale al di là della questione nucleare, che ci tocca tutti, anche le nostre Alpi; difatti come il primo dei tre piccoli raggruppamenti di questioni, che volevo porre in quest'ambito, anche in rapporto al ruolo della Regione, riguarda il sistema alpino, la sua salvaguardia che vuol dire riconoscere sì che si tratta di un ecosistema, anche se è un insieme di ecosistemi, che si difende meglio rispetto ad altri ambiti geografici, ma nel momento in cui fossimo al di là del limite di guardia, come in alcune regioni tedesche, i tempi del degrado ambientale avrebbero già superato le possibilità della salvaguardia e del restauro ecologico; purtroppo noi percepiamo i deterioramenti ambientali con dieci anni di ritardo, come è avvenuto per le piogge acide, sebbene adesso siamo più all'erta e comprendiamo i problemi un po' prima, mentre nel caso dell'inquinamento dei fiumi, accusiamo un grave ritardo. Il sistema alpino è una barriera ambientale preziosa, una difesa per una parte dell'Europa ed una riserva anche per le parti più lontane, perché la produzione di ossigeno e la produzione del legno, nonché il loro recupero, per non parlare dell'acqua sono fonti non rinnovabili una volta deteriorate, per cui l'insediamento di una centrale idroelettrica che può produrre energia utile, va valutato anche in rapporto all'uso dell'acqua a dimensione transfrontaliera o transprovinciale come nel nostro caso. Il traffico automobilistico, che attraversa questa catena può essere uno degli elementi di deterioramento massimo ed in particolare di produzione di quell'inquinamento atmosferico che produce le piogge acide

e quindi la moria del bosco.

L'inquinamento delle acque - lo voglio citare in particolare perché abbiamo di fronte il problema dell'Adige che ci tocca da vicino, Sudtirolo compreso, essendo tributario al 95%, per cui il problema dell'inquinamento e del risanamento del fiume è connesso alla capacità "ecologica" del Sudtirolo come amministrazione, come popolazione, come cultura in generale ed è una delle Province migliori da questo punto di vista, eppure le cose vanno male anche lì, come hanno dichiarato relatori sudtirolesi al Convegno di Verona.

L'Adige riguarda il Trentino in misura minore, ma ci sono altri bacini fluviali in difficoltà, quello del Brenta da una parte, del Sarca e del Chiese dall'altra. Sono sufficienti questi pochi argomenti per comprendere che si tratta di un problema di dimensioni grandiose che ci lega, non può che affratellarci nel recupero e l'autorità di bacino che si sta preavvisando, salve le competenze delle autonomie compresa quella della Regione Veneto, dovrà operare con la intenzionalità determinata della nostra autonomia delle due Province e della Regione in particolare.

Un'altra questione colossale è quella del potenziamento delle ferrovie che vuol dire depotenziamento del traffico automobilistico, che vuol dire deinquanamento del sistema alpino e delle nostre due Province e, mentre il Sudtirolo ha reagito con caparbia ed anche con buon naso all'autoporto di Campo Trens, noi abbiamo accettato acriticamente l'autoporto quasi come un benvenuto di nuovo benessere economico e ci siamo caricati di molti problemi senza pensare che si potrebbero risolvere a monte con una linea ferroviaria molto rafforzata, con un trasporto su gomma intermodale attraverso tutto il sistema alpino, quindi con le sezioni delle gallerie, in particolare attraverso il Brennero.

L'Italia purtroppo è in gravissimo ritardo col proprio sistema ferroviario in degrado, il che significa anche degrado del proprio sistema pubblico, quindi come istituzioni siamo coinvolti nel problema trasporto ferroviario molto di più che nel sistema automobilistico, anche perché le autostrade, che dovrebbero essere parte complementare di un'organizzazione pubblica, sono diventate delle aziende che funzionano per i loro interessi di azienda.

Ultima citazione, la vertenza SAMATEC che ci ha visto legati nella battaglia per la salvaguarda e la tutela delle popolazioni della Bassa Atesina e della Piana Rotaliana non contro nessuno, però certamente, se una



fabbrica inquina in tal modo, troviamo ridicolo che si meni il can per l'aia e che si continui a sperimentare cose, che già a priori sappiamo che non potranno dare risposte positive in termini ecologici quando le produzioni sono sbagliate alla radice. Certamente gli strumenti di produzione sono importanti, ma tutto dipende da ciò che si produce e dai rispettivi rifiuti tossici industriali, che sono un grossissimo problema per tutte le regioni, il cui smaltimento ha bisogno di una dimensione almeno del milione di abitanti, noi ci siamo un po' sotto con le due Province e mi sembra che già l'incontro dei Presidenti delle Giunte Provinciali di Bolzano e di Trento ha dato qualche segnale in questo senso, per cui auspichiamo una soluzione ecologica ed amministrativa soddisfacente per entrambe le Province.

L'auspicio finale non solo da parte mia ma dei Verdi in generale, è quindi che questa terza fase dell'autonomia sia un'autonomia della convivenza, di una maggiore democrazia e dell'ecologia.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto di parlare il cons. Casagranda. prego, cons. Casagranda.

**CASAGRANDA:** Signor Presidente, onorevoli consiglieri, ho ascoltato con attenzione le dichiarazioni programmatiche del Presidente designato e ne ho apprezzato la chiarezza e l'incisività di analisi e di prospettiva politica. Il cammino che attende la Regione Trentino-Alto Adige in questa decima legislatura ritengo sia, nonostante le apparenze di semplificazione, uno dei più difficili e nel medesimo tempo interessanti. Alla chiusura del Pacchetto si accompagna infatti l'ingresso ormai prossimo nell'Europa aperta, con tutte le conseguenze che esso comporta per una Regione-cerniera, come qui è stata definita la nostra. Certo la definizione dell'annoso contenzioso giuridico-politico sull'impianto del pacchetto non è cosa da poco e ci pone nella condizione obbligata di chi, definita la trama, deve, volere o no, dare un indirizzo deciso all'ordito, secondo una conoscenza precisa delle difficoltà e dei problemi sul tappeto, ma anche con precisa individuazione degli obiettivi che si vogliono raggiungere.

Il Presidente designato ci ha fornito il senso del ruolo della Regione nel contesto delle autonomie provinciali di Trento e di Bolzano, senza ed oltre ogni posizione di pura conservazione dell'esistente. Un ruolo non solo di garanzia di quadro delle minoranze etniche e linguistiche, ma anche una sede di considerazione e di promozione di problematiche di respiro più ampio, non

sicuramente legato in modo riduttivo all'ambito territoriale di competenza, come la pace, il rispetto dell'ambiente in senso ampio, la sfida delle nuove tecnologie, i traffici e l'incidenza delle grandi direttrici economiche.

Il richiamo all'art. 35 dello Statuto, sottolineato nelle dichiarazioni programmatiche, ci indica uno spazio preciso in cui esercitare le nostre prerogative autonomistiche all'insegna di una solidarietà ampia sui problemi e sulle tematiche di fondo emergenti dalla società in cui viviamo e sulle quali sicuramente il ruolo della Regione può essere giocato per e al di sopra dell'ambito di competenza.

Per altro verso la Regione Trentino-Alto Adige si inserisce nel quadro autonomistico con un significato dai contorni non del tutto concretamente delineati.

Dopo la definizione del Pacchetto ed in particolare a ridosso della grande apertura europea del 1993 "l'identità" della Regione troverà momenti ed occasioni di gestione particolarmente delicati e strettamente connessi con le prospettive di sviluppo, che le nostre comunità si avvieranno a perseguire. Il che equivale ad affermare che il sistema delle entità politiche operanti sul nostro territorio non dovrà rimanere chiuso sulla salvaguardia delle proprie prerogative, ma dovrà unire alla stessa quel tanto di circolarità di idee e di mutui intenti in maniera tale da garantire prospettive di dinamismo e di sviluppo. Di conseguenza si rileva la necessità che la Regione eserciti il ruolo di "collaboratore" primo e indispensabile delle due Province per la difesa e lo sviluppo della autonomia, nella consapevolezza che solo qui si gioca la partita della giustificazione vera delle prerogative speciali affidateci, sulla capacità di offrire congrue risposte alle domande sociali.

A tal proposito è bene tenere presente che quasi un quarantennio di esperienza di autonomia ha dimostrato che la soluzione costituzionale ebbe ad oggetto realtà omogenee, e soprattutto omogenee al potere centrale. In altre parole, la promozione del decentramento avvenne trasferendo in una struttura policentrica poteri e metodologie della stessa natura di quelli propri della struttura statale centralizzata; sul piano giuridico-costituzionale attraverso la creazione di entità regionali riprodotte al proprio interno la classica ripartizione dei poteri legislativo-amministrativo; sul piano politico, riproducendo attraverso l'elezione degli organi da parte delle popolazioni locali interessate la medesima

legittimazione prevista per gli organi supremi dello Stato, quale forma esclusiva di realizzazione della sovranità popolare.

Una correlazione di tal genere ha avuto le sue parallele e puntuali ripercussioni sul piano socio-politico nell'ambito regionale; riscontriamo quindi una classe dirigente locale tendente a riprodurre i vizi e difetti della classe politica nazionale, una metodologia di gestione del potere politico molto simile a quella nazionale, un identico isolamento e "scollamento" della classe rappresentativa dalla società rappresentata, reso manifesto anche da segni esteriori come il linguaggio politico incomprensibile ai più, il rapporto politico sovente modellato sul rapporto professionista-cliente, il progressivo distacco, anche in termini di disistima, disinteresse, disaffezione.

L'autonomia per questa strada è entrata in molte occasioni progressivamente in letargo perdendo in potenzialità vitale, in immaginazione, in efficacia di rapporto comunicativo.

Sotto questo profilo è da condividersi quanto sostanzialmente affermato dal Presidente designato, che l'autonomia è invece l'assetto istituzionale di una cultura. Se manca questa cultura, perché manca la tradizione, c'è il rischio che anche il nostro quadro autonomistico si riduca al rango di sovrastruttura.

Pertanto ben venga la proposta di una profonda rivitalizzazione della nostra autonomia. Rivitalizzazione che comporta anzitutto, come di continuo va ricordando il partito al quale mi onoro di appartenere, la rimediazione del principio che l'autonomia presuppone l'adattamento ai connotati storici e culturali della popolazione cui serve. Esiste in altre parole per la nostra comunità una via originale e peculiare alla autonomia e alla partecipazione, che deve essere individuata in quel connotato fondamentale di una popolazione, rappresentato dalla sua "cultura".

Solo attraverso questa rivitalizzazione si potrà individuare un nuovo modo di esistere della nostra autonomia. Se pensiamo che la popolazione della nostra regione non è poi tanto numerosa, che il territorio, anche se variamente articolato, non è molto esteso, che esiste nella popolazione una radice di collegamento mitteleuropeo, è possibile individuare per la nostra Regione un modello di governo reale della autonomia, effettivamente distinto dal contesto nazionale e nel contempo interprete della fisionomia culturale delle nostre popolazioni.

La Regione Trentino-Alto Adige si inserisce in questo quadro come garante della convivenza pacifica e

dello sviluppo e sotto questo profilo il ruolo della Regione non si è affatto esaurito. E' da ritenere anzi che si sia affinato e potenziato proprio nel momento in cui, spogliata la Regione in favore delle due Province di una mole considerevole di competenze, le è rimasto un ruolo spiccatamente ordinamentale. La Regione infatti ha una funzione essenzialmente di equilibrio politico: una garanzia di metodologia forse più che di contenuti che agisce nei confronti sia dello Stato che delle due Province. Del metodo fa parte il principio che "convivere" e "collaborare" sono il contrario del vivere e lavorare ciascuno per conto proprio, come pure il rispetto profondo dell'identità di ciascun gruppo e di ciascuna comunità. E' un metodo che non ammette prevaricazioni di sorta e neppure isolazionismi superati dalla storia e dalla coscienza civile. Tutto questo può racchiudersi nell'espressione "perno o cerniera" delle due autonomie provinciali. La volontà in tale senso espressa e sottesa agli incontri avvenuti in questi giorni tra i due Presidenti delle Province autonome di Trento e di Bolzano, è tutta qui.

Pertanto il nostro partito accorda una pausa di riflessione in questo senso al Presidente designato e sospende un giudizio definitivo sulla volontà programmatica espressa dallo stesso, peraltro dal mio partito riguardata con grande attenzione. L'autonomia dispone ora di una robusta e garantita impalcatura giuridica; attorno a questa struttura si riscontra un aumentato consenso. Ora è tempo per tutti di passare ai "contenuti" dell'autonomia, anche nella prospettiva dei grandi rivolgimenti che si preannunciano con la caduta delle barriere europee del 1992. Nessuno potrà permettersi, per i prossimi dieci anni, la normale amministrazione, non sarà più possibile governare senza un disegno. Per quanto riguarda la Regione Trentino-alto Adige questo disegno non potrà essere realizzato se non nello spirito dell'accordo Degasperi-Gruber e cioè con la prevalenza della ragione umana sulle tentazioni di sopraffazione, sull'impegno di collaborazione e di rispetto reciproco in prospettive europee, sulla consapevolezza che l'autonomia è convivenza costruttiva tra "culture diverse" per la realizzazione di un modello superiore di vita e di progresso della nostra Regione. Grazie.

**PRESIDENTE:** E' iscritto a parlare il cons. Benedikter. Prego, cons. Benedikter.

**BENEDIKTER:** Ich schicke voraus: Was ich jetzt sagen werde, sage ich nicht im Namen der Südtiroler Volkspartei, und ich

schicke auch voraus, daß ich wegen des Inhaltes des Koalitionsprogrammes nicht für diesen Ausschuß stimmen werde. Das Koalitionsprogramm bzw. auch die vorausgehende Rede stellt die Lage so dar, als ob wir bereits am "day after" angelangt wären. In Bozen ist man noch am "day before" gewesen, hier ist man schon am "day after", nach der Erfüllung des Paketes, als ob wir am Ziel angelangt wären, als ob das Paket erfüllt wäre, als ob damit die Südtirolfrage ein für allemal gelöst wäre. Dieses Koalitionsprogramm - ich sage es zusammengefaßt und komme dann auf die Einzelheiten - deckt sich nicht einmal mit der Resolution der letzten Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei vom 10. Dezember 1988, gegen die ich gestimmt habe, und gibt sogar Autonomieansprüche preis, gemäß bestehenden Durchführungsbestimmungen, die noch im Koalitionsprogramm von 1984 enthalten waren. Ich komme selbstverständlich auf die Einzelheiten zurück. Was bedeutet "day after"? Es bedeutet, das Paket ist also erfüllt, es ist die beste Garantie für das sogenannte Zusammenleben, wobei man damit vollkommen ignoriert, daß, wenn der Abschluß so zustande käme, wie er gemäß Parlamentsresolution der italienischen Kammer vom 28. April und des italienischen Senates vom 11. Mai 1988 vorgesehen ist, mit Zustimmung Österreichs, dies einen Verzicht auf die völkerrechtliche Verankerung des Paketes bedeuten würde. Das heißt, der italienische Standpunkt würde dann morgen auch vor dem internationalen Gerichtshof - und zwar nicht nur von Italien, sondern aufgrund dessen, was sich tatsächlich getan hat - glaubhafter erscheinen, nämlich daß das Autonomiepaket, das Autonomiestatut von 1972, ein rein inneritalienisches Zugeständnis sind, das teorethisch auch abgeschafft werden könnte, ohne daß Italien deswegen bezichtigt werden könnte, den Pariser Vertrag verletzt zu haben. Denn das erste Autonomiestatut ist die Erfüllung des Pariser Vertrages, so behauptet Italien, und Italien beruft sich ja auf den Brief, den die damaligen Exponenten der Südtiroler Volkspartei Ammon, Guggenberg, Raffeiner an den Präsidenten der Unterkommission der verfassungsgebenden Versammlung Perassi geschrieben haben, wo es heißt, dieses Autonomiestatut, das alte Autonomiestatut, ist die zufriedenstellende Erfüllung des Pariser Vertrages und eine Landesversammlung hat ein Monat danach, am 24. Februar 1948 mit großer Mehrheit diesen Brief bekräftigt. Also Italien beruft sich darauf und sagt: Völkerrechtlich aufgrund des Pariser Vertrages habe ich mit dem alten Autonomiestatut meine Pflicht erfüllt, das neue könnte teorethisch zur Gänze abgeschafft werden oder revidiert werden. Ihr erinnert Euch, da gibt es

die Resolution des italienischen Parlamentes vom 19. Februar 1987, wo die Regierung verpflichtet wird, nachdem Österreich die Streitbeilegungserklärung abgegeben haben wird, das jetztige Autonomiestatut zu revidieren und zwar sicher, selbstverständlich, "in peius" und nicht "in melius", von unserem Standpunkt aus gesehen. Wir wissen, die Resolutionen des italienischen Parlamentes vom 28. April und vom 11. Mai 1988, der die Parlamentare der Südtiroler Volkspartei zugestimmt haben, sagen: "Aufgrund der Regierungserklärung ist das Paket nach Erlaß der noch ausstehenden Durchführungsbestimmungen, die inzwischen erlassen worden sind, erfüllt und die italienische Regierung wird verpflichtet, die Streitbeilegungserklärung zu verlangen", ohne daß die Parlamentare der Südtiroler Volkspartei darauf hingewiesen hätten: Ja, aber Österreich und auch die Südtiroler Volkspartei aufgrund ihrer Resolutionen seit 1969 bis heute stehen auf dem Standpunkt, daß dieses Paket aber Bestandteil des Pariser Vertrages ist.

Ich sage, daß es Bestandteil des Pariser Vertrages ist, und vielleicht könnte das Präsidium des Regionalrates veranlassen, daß dieses Gutachten von 112 Seiten des Völkerrechtsinstitutes in Washington über die Frage der Erfüllung des Pariser Vertrages zwischen Italien und Österreich und des Paketes vom Englischen ins Italienische und ins Deutsche übersetzt wird. Dieses Gutachten ist nicht im Auftrag der Provinz Bozen gegeben worden, sondern das Geld dafür ist privat gesammelt, der Auftrag ist privat gegeben worden. Ich lese dann einige Stücke vor. Dieses Institut ist nicht das Völkerrechtsinstitut der Universität Innsbruck, es ist ein Institut, das beratendes Organ der Vereinten Nationen ist und beratendes Organ der amerikanischen Regierung ist. Also insofern dürfte es etwa schon ein Gewicht gegenüber dem internationalen Gerichtshof haben. Ich lese nur ein paar Absätze, selbstverständlich übersetzt ins Deutsche, vor und, wie gesagt, ich glaube, es dürfte alle interessieren, das Ganze zu lesen, es ist nicht so kompliziert. Selbstverständlich geht das Gutachten davon aus, daß die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Oktober 1960 und dann noch einmal im November 1961 eben eine Resolution gefaßt hat, was die Auseinandersetzung zwischen Italien und Österreich über die Durchführung des Pariser Vertrages betrifft, wobei gesagt wurde, die beiden streiten sich und sie sollen versuchen, sich zu einigen, und falls sie sich nicht einigen, sollen sie zum internationalen Gerichtshof gehen. Italien hat für diese Resolution, gestimmt. Die Amerikaner sagen, die erwähnte Resolution der

Generalversammlung der Vereinten Nationen ist die bedeutsamste Aussage der internationalen Gemeinschaft hinsichtlich des rechtlichen und politischen Status des Pariser Abkommens und der Südtirol-Autonomie. Was inhaltlich vielleicht am meisten interessiert, ist folgendes: Mit dem Einverständnis, den Streit als beigelegt zu erklären, also mit Streitbeilegungserklärung, sobald das Paket erfüllt ist, hat Österreich eine wesentliche Aussage gemacht, auf die sich Italien berufen kann, nämlich daß das Paket genügt, um Italiens Verpflichtungen aus dem Pariser Abkommen zu erfüllen. Österreich könnte nicht mehr über bestimmte Bestimmungen im Pariser Vertrag neu verhandeln, zumindest dann nicht, nachdem es zugestimmt hat, daß das Paket erfüllt ist. Die Preisfrage: Ja, ist das Paket Bestandteil des Pariser Vertrages? Ihr wißt, Italien steht auf dem Standpunkt, das Paket hat mit dem Pariser Vertrag gar nichts zu tun, ist ein rein inneritalienisches Zugeständnis. Die Amerikaner sagen, das von Italien und Österreich 1969 angenommene Paket stellt an und für sich keine rechtlich bindende völkerrechtliche Vereinbarung dar - erstens. Italien ist jedoch rechtlich verpflichtet, das Paket im guten Glauben durchzuführen und hat stillschweigend den Grundsatz angenommen, daß die Autonomie im Sinne des Pariser Abkommens nur durch ein Arrangement garantiert werden kann, womit die deutschsprachigen Ansässigen der Provinz Bozen eine tatsächliche Mehrheitskontrolle über die Ausübung autonomer gesetzgeberischer und Exekutivgewalt haben. Es gibt keinen Zweifel, sagen sie, daß die im 1948er Statut vorgesehenen Strukturen den Geist der im Pariser Abkommen vorgesehenen Autonomie verletzt haben, wenn nicht sogar auch den Buchstaben. Das Paket jedoch und die Mittel, womit es erfüllt worden ist - das wäre also das Autonomiestatut - stellen eine nachfolgende Praxis dar, wie sie im Recht der Verträge vorgesehen ist, die für die Auslegung des Pariser Abkommens von Bedeutung ist. Das bedeutet jedoch nicht, daß jegliches Detail im Paket völkerrechtlichen Status erlangt hat oder daß das Paket unmittelbar bindende internationale Verpflichtungen getrennt vom Pariser Vertrag schafft. Es ist unwahrscheinlich, daß der Internationale Gerichtshof alle Bestimmungen des Paketes als unmittelbar bindende oder gerichtlich zu beurteilende Verpflichtungen ansehen wird und das Völkerrecht würde nicht Änderungen am Autonomiestatut und an anderen Gesetzen oder Dekreten, die das Paket erfüllen, innerhalb der Grenzen und Garantien des Pariser Abkommens, verwehren. Dann werden 19 Maßnahmen - 19 von 137 - aufgezählt, die nicht unmittelbar dem Pariser Abkommen entsprechen, die also unter Umständen vor dem

Internationalen Gerichtshof als nicht aus dem Pariser Vertrag ableitbar erkannt würden. Aber das wären 19 von 137.

Sie sagen - und das betrifft die Koordinierungsbefugnis, auf die ich noch zurückkomme -, die Art von nationalem Interesse oder einheitlicher Erfordernisse, wie sie vom italienischen Verfassungsgerichtshof ausgemacht worden sind, um die Gesetze zu rechtfertigen, die in Ausübung der sogenannten Koordinierungsbefugnis, "facoltà di indirizzo e coordinamento", verabschiedet und in 30 Urteilen vom Verfassungsgerichtshof bekräftigt worden sind, also die Art von nationalem Interesse oder einheitlicher Erfordernisse, "esigenze unitarie", beinhaltet ein Einheitskonzept des Staates, das der grundlegenden Voraussetzung der Autonomie widerspricht. Das heißt, daß es einige Sachgebiete autonomer Zuständigkeit gibt, welche außerhalb des staatlichen Bereiches liegen. Dann sagen sie - das ist sehr wichtig - zur Koordinierungsbefugnis: Es liegt in der Verantwortung der italienischen Regierung, sicherzustellen, daß ihre internationalen Verpflichtungen gegenüber Südtirol nicht durch die Ausübung ihrer Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis verletzt werden, welche Befugnis bei der Vereinbarung des Paketes 1969 nicht vorgesehen war. Also diese Befugnis ist nach Ansicht der Amerikaner sicher gegen den Pariser Vertrag. Diese Befugnis, so wie derzeit vom Verfassungsgerichtshof ausgesagt - in 30 Urteilen, das letzte Urteil steht ja noch aus -, ist mit der Gewährung autonomer Gesetzgebungs- und Exekutivgewalt gemäß Art. 2 des Pariser Abkommens und mit den im Paket vorgesehenen Mitteln, um Streitigkeiten zwischen den Landes- und nationalen Interessen beizulegen, unvereinbar. Dann noch als letztes, was ich zitieren wollte: Nach der Streitbeilegungserklärung und der Ratifizierung des IGH-Vertrages ist es Österreich verwehrt, jeglichen zu dieser Zeit bestehenden Streit mit Italien über die Erfüllung des Paketes vor den Internationalen Gerichtshof oder an ein anderes internationales Forum zu bringen.

In diesem Regierungsprogramm ist keine Rede von der Koordinierungsbefugnis. Was geschieht, wenn der Verfassungsgerichtshof demnächst - die Verhandlung war ja am 8. Februar, also es ist bald einmal Zeit, daß das Urteil erscheint -, wenn er, wie vorauszusehen, die Koordinierungsbefugnis, die im Gesetz Nr. 400, das im September in Kraft getreten ist, enthalten ist, bekräftigt? Die Koordinierungsbefugnis der Regierung auf sogenannter Verwaltungsebene gegenüber den Spezialregionen und den autonomen Provinzen Bozen und Trient ist ausdrücklich auf



Antrag der Regierung - und der Antrag wurde Ende Juli gestellt -, also nachdem der Paketabschluß im Parlament erledigt war, hineingekommen. Die Region hat ja dieses Gesetz angefochten - ebenso wie die beiden Provinzen, glaube ich, auch die Provinz Trient, nehme ich an - mit der Begründung, daß diese Koordinierungsbefugnis einfach dem Autonomiestatut, einer Reihe von Artikeln des Autonomiestatutes zur Gänze widerspricht. Bei der Verhandlung vor dem Verfassungsgerichtshof hat der Staatsanwalt, der Avvocato Erariale, gesagt: Die Koordinierungsbefugnis ist "una materia sistemata". Da hat der Verfassungsgerichtshof mindestens in 30 Urteilen bereits entschieden und er kann gar nicht anders, als diese Koordinierungsbefugnis wieder - auch uns gegenüber - zu bekräftigen. Er kann gar nicht anders. Es wird so kommen. Er hat gemeint, nachdem in diesem Gesetz noch eine Annullierungsbefugnis für die Verwaltungsakte dazugekommen ist, die es gegenüber den Gemeinden, den Provinzen und auch gegenüber den Regionen immer gegeben hat, hat er gemeint, vielleicht diese Annullierungsbefugnis hat mit der Koordinierungsbefugnis nichts zu tun, die könnte irgendwie auch als nicht anwendbar erachtet werden. Aber die Koordinierungsbefugnis, hat er gemeint, das ist bereits entschieden. Was geschieht - sei es von seiten der Region, sei es von seiten der Provinzen, aber hier ist die Region gefragt -, wenn der Verfassungsgerichtshof diese Koordinierungsbefugnis, die sicher dem Autonomiestatut widerspricht und die sicher den Pariser Vertrag verletzt, bekräftigt?

Diesbezüglich komme ich zu einem Punkt des Programmes. Da heißt es im Punkt hinsichtlich der Ordnung der Sanitätskörperschaften, Punkt 2.8: Da verpflichtet sich der Regionalausschuß in seiner Gesetzgebung, über die primäre Gesetzgebung - da hat sich auch der Abg. Boato darauf berufen -, eine Reform der Reform zu machen, " die es den beiden Provinzen nach Überwindung der vorherrschenden institutionellen Übergangssituation ermöglicht, dem bereits programmierten Landesgesundheitsdienst einen neuen und im Einklang mit den durch die Regierung umrissenen Richtlinien zur Reform dieses Sektors stehenden organisatorischen Aufbau zu verleihen". Ja, wißt Ihr, daß da ein Gesetzesdekret vom 25. März 1989 herausgekommen und am 30. März verlautbart worden ist, da steht drinnen: Dringende Maßnahmen für die Reorganisierung des nationalen Sanitätsdienstes. Und dann werden Grundsätze angeführt, die mit Gesetz eingeführt werden müssen. Wie Ihr wißt, wenn es Reformgrundsätze sind, muß sie die primäre Gesetzgebung auch einhalten, wenn es

nur gewöhnliche Grundsätze sind, binden sie nur die sekundäre Gesetzgebung. Aber dann heißt es im Art. 2: Innerhalb 6 Monate nach Ratifizierung des Gesetzdekretes müssen folgende Sachgebiete in dieser Reform der Sanitätseinheiten von den Regionen oder von den Provinzen neu geregelt werden, und dann heißt es: "Con atto di indirizzo e coordinamento" - also in Ausübung der Koordinierungsbefugnis, nicht mit Gesetz, sondern mit einer Regierungsweisung, die innerhalb 30 Tage nach Inkrafttreten dieses Dekretes gegeben wird - werden die Kriterien für die Zusammensetzung des Verwaltungsrates, die Vertretung der Minderheiten, die Ernennung dieser Mitglieder, die Aufteilung der finanziellen Mittel zwischen den Sanitätseinheiten und einer Reihe Detailbestimmungen festgesetzt, an die sich die primäre Gesetzgebung der Region halten muß, nicht aufgrund eines grundlegendes Reformgesetzes der Republik, sondern aufgrund einer Weisung der Zentralregierung. So schaut die Koordinierungsbefugnis gegenüber der Region aus.

Und die Koordinierungsbefugnis ist nicht nur ein Schreckgespenst, das einmal kommen könnte. Seit 1982 hat das italienische Parlament Gesetze erlassen, wo es anstelle der Landesgesetze über den Volkswohnbau - wir haben das gesamte Gebiet eingehend geregelt - vorsieht, daß die Gemeinde Bozen gewisse Programme durchführen kann und dazu Mittel hergegeben werden. Bis jetzt sind 21 Milliarden an die Gemeinde Bozen gegangen und es folgen weitere, obwohl wir die ausschließliche Zuständigkeit haben und obwohl wir einen Artikel haben, daß die Mittel für Sozialmaßnahmen, also auch für den Volkswohnbau, nach einem gewissen Schlüssel verteilt werden müssen, nämlich kombinierter Proporz. Wir haben das alles selbstverständlich angefochten, diese Gesetze nacheinander angefochten, und der Verfassungsgerichtshof hat gesagt: Der Staat kann auch dort, wo primäre Gesetzgebung ist, wo die Landesgesetze alles geregelt haben, auch im Widerspruch zu diesen Landesgesetzen das wieder selber regeln, als ob es die Autonomie nicht gäbe, und selber Geld zuwenden, wem er will, und selber durch eigene Organe im nationalen Interesse verwalten. Also kommen wir zum Zustand zurück, wie er in den fünfziger Jahren bestanden hat. Da war das alte Autonomiestatut noch in Kraft. Die Provinzen hatten damals schon die primäre Gesetzgebung für den Volkswohnbau. Der Staat hat in der Provinz Bozen mit eigenen Gesetzen z.B. 4.500 Wohnungen gebaut, finanziert, programmiert usw. Die sind damals von uns zwar angefochten worden und vom Verfassungsgerichtshof belassen worden, nicht als verfassungswidrig erkannt worden. Damals war nicht die Rede

von Koordinierungsbefugnis, es war einfach die Rede vom nationalen Interesse. Also so wirkt sich die Koordinierungsbefugnis aus, und gemäß Koalitionsprogramm schaut es nun so aus, als ob diese Koordinierungsbefugnis, diese Detailrichtlinien, an die sich die primäre Gesetzgebung zu halten hat, als ob das alles selbstverständlich wäre.

Ich habe behauptet, nicht einmal das, was schon im Koalitionsprogramm vom 11. April 1984 enthalten war, wird übernommen. Da heißt es immer, diese arme Region hat ein solches Striptease gemacht, daß nicht mehr viel an Befugnissen übriggeblieben ist und sie braucht also Befugnisse. Und wenn sie sie nicht von den Provinzen zurückerhalten kann, dann vom Staat etwas dazu. Wir haben damals in das Koalitionsprogramm - da habe ich es auch sehr betrieben - hineingetan, die Region soll gemäß den Bestimmungen des Art. 6 des Autonomiestatutes und der entsprechenden Durchführungsbestimmungen - Dekret des Präsidenten der Republik 6. Februar 1981, Nr. 58 - je ein autonomes Institut pro Provinz für Sozialversicherung, einschließlich Unfallversicherung, errichten. Zwar ging es in erster Linie um die Zusatzleistungen, die die Region mit ihrer terziären Gesetzgebung vorsehen kann, es ging darum, auf diese Institute diese Zusatzleistungen zu übertragen; es stand aber, diese Institute können auch mit den Aufgaben der nationalen Institute, also des INPS und INAIL, Sozialvorsorge und Unfallversicherungsinstitut betraut werden und das hätte selbstverständlich einen Sinn, denn dann würden diese von der Region eingesetzte Institute, örtliche Körperschaften, praktisch die Sozialversicherung und die Unfallversicherung gemäß Staatsgesetz verwalten, denn die Region hat ja nur diese ergänzende Gesetzgebung. Aber sie würden in dem Sinne autonom werden, daß hier auch das entschieden wird, was heute - und das ist sehr viel - in Rom von der Zentrale des jeweiligen Institutes entschieden werden muß, was zur Folge hätte, daß es eine größere Anpassungsmöglichkeit gäbe und vor allem schnellere Entscheidungen, denn wir erleben heute ja jahrelange Verzögerungen. Das war im Koalitionsprogramm drin. Selbstverständlich muß die Region, wenn sie davon Gebrauch macht, zuerst versichern, daß der Staat das, was in den Durchführungsbestimmungen vorgesehen ist, mit Dekret des Präsidenten der Republik tatsächlich vorsieht, nämlich diese Übertragung der Aufgaben der beiden Institute, Sozialversicherungsinstitut und Unfallversicherungsinstitut, an diese neue Institute. Aber die Region kann sich auf die Durchführungsbestimmung berufen, und das wäre sicher eine zusätzliche Aufgabe für die Region, wo man dann

sagen könnte, jetzt hat die Region - es war ja früher die Rede, man soll in sozialer Hinsicht von seiten der autonomen Körperschaften mehr tun - die Verantwortung für das gute Funktionieren der Sozialversicherung und der Unfallversicherung. Die Finanzierung müßte selbstverständlich weiter durch die Beiträge, die Sozialversicherungsbeiträge aller Art, die auch in der Region gezahlt werden, erfolgen und nur die Sonderleistungen der Region müßten aus dem Regionalhaushalt finanziert werden. Ich verstehe also jetzt nicht, warum diese Verpflichtung nicht übernommen worden ist, denn hier heißt es unter dem Buchstaben 2.10.1 nur: "Der Einsatz der Region geht dahin, die staatliche Regelung der Fürsorgeleistungen im Sinne des Buchstabens usw. zu ergänzen." Hier gibt man Autonomie, die man haben könnte, die man beanspruchen könnte, auf.

Vielleicht ein Intermezzo über den Papst Johannes Paul II, den polnischen Papst, der hier am Ende auf Seite 25 der einleitenden Rede des designierten Präsidenten des Regionalausschusses genannt wird und der von der Wahrung der Rechte der Minderheiten spricht. Man vergißt da zu erwähnen, was der Papst hinsichtlich der Nation und des Nationalbewußtseins erklärt hat und zwar in seinen Polen-Reisen und jüngst auch in der Enzyklika "Laborem exercens". Was hat er da gesagt? Da hat er 1981 in dieser Enzyklika gesagt - es ist nur ein Absatz: "Die Volksgemeinschaft, auch wenn sie noch nicht die ausgereifte Form einer Nation angenommen hat, ist nicht nur die große, wenn auch indirekte Erzieherin jedes Menschen, da jeder sich in der Familie die Gehalte und Werte zu Eigen macht, die in ihrer Gesamtheit die Kultur einer bestimmten Nation ausmachen, sondern auch eine große historische und soziale Inkarnation der Arbeit aller Generationen. All das bewirkt, daß der Mensch seine tiefste, menschliche Identität mit der Zugehörigkeit zu einer Nation verbindet." Der Papst hat in seinen polnischen Reisen, das war Ende der 70er Jahre, dann gesagt: "Vaterland hat für uns..." - die Polen waren ja 100 Jahre geteilt zwischen dem Kaiserreich Deutschland, dem Kaiserreich Rußland und dem Kaiserreich Österreich - "Vaterland hat für uns eine derartige begriffliche und zugleich affektive Bedeutung, die anderen Nationen Europas und der Welt anscheinend unbekannt ist, besonders jenen, die nicht so wie unsere Nation geschichtliche Einbußen, Unrecht und Bedrohung erfahren haben. Friede und Annäherung unter den Nationen, unter den Völkern, können nur auf dem Grundsatz der Achtung der objektiven Rechte der Nation aufgebaut werden, solche, wie das Recht auf Leben, auf Freiheit, auf sozialpolitische Handlungsfähigkeit, auf die

Schaffung einer eigenen Kultur und Zivilisation. Wenn es richtig ist, die Geschichte einer Nation aufgrund der Menschen in ihr zu begreifen, dann kann man den Menschen nur in den Gemeinschaften, die so eine Nation bilden, verstehen. Bekanntlich ist die Nation nicht die einzige Gemeinschaft. Sie ist allerdings eine besondere Gemeinschaft, wohl die am engsten mit der Familie verbundene, die wichtigste für die geistige Geschichte des Menschen." Also mit anderen Worten sagt er: Wenn sich die katholische Kirche nicht in der Zeit mit der polnischen Nation, selbstverständlich mit dem Nationalgefühl, mit dem Nationalbewußtsein identifiziert hätte, dann hätten die Polen die 100-jährige Teilung nicht überlebt.

Aus Seite 1 des Programmes steht - und da muß ich berichtigen -, daß die Region der Ort der Vertretung der auf regionalem Gebiete lebenden Sprachgruppen sei. Da muß ich nur darauf hinweisen, daß aufgrund von Verfassungsgerichtsurteilen, darunter das Urteil Nr. 86 vom 16. April 1975, Provinz Bozen Inhaberin des in der Verfassung verankerten Grundsatzes für Minderheitenschutz ist und daher alle Staatsgesetze anfechten kann, auch wenn sie nicht die Zuständigkeit der Provinz betreffen, die irgendwie dem Grundsatz des Minderheitenschutzes widersprechen. Also hier muß ich berichtigen, daß das nicht stimmt. Inhaberin in dem Sinn, daß sie den Grundsatz des Minderheitenschutzes gegenüber dem Staat - und ich möchte auch sagen, völkerrechtlich - zu verteidigen hat, ist die Provinz und nicht die Region.

Es ist dann die Rede von 1992, als ob mit 1993 gewissermaßen eine neue Ära anbrechen würde, nicht was das Funktionieren des gemeinsamen Marktes, des freien Güter- und Personenverkehrs betrifft, sondern was die Niederlassungsfreiheit betrifft. Es steht "die entscheidende Fälligkeit des Jahres 1993" auf Seite 2, Punkt 1.5. Da war in Bozen eine Tagung über die Freizügigkeit von Arbeitnehmern im Lichte des EG-Binnenmarktes von 1992, als ob dort ich weiß nicht was passierten sollte. Diese Tagung war unter dem Vorsitz eines Professors Dr. Peter Karpenstein, eines hohen Funktionärs der Brüsseler Kommission. Der hat gleich einleitend gesagt: Das magische Datum 31. Dezember 1992 bringt gemäß Art. 8 des EWG-Vertrages für das Freizügigkeitskapitel im Rechtssinne keine Automatik mit sich, weil Art. 48, um den es geht, ohnehin direkt anwendbar ist und schon in Kraft ist. Er hat gesagt, für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, die im wesentlichen schon seit 1968 verwirklicht ist, spielt dieses Datum eine untergeordnete Rolle. Die Amerikaner sagen zu der Frage, ob die EWG-Verfassung, die

EWG-Richtlinien usw., alles was dazugehört, ob der berühmte Proporz mit der EWG-Verfassung vereinbar sei, daß, solange Österreich nicht Mitglied der EG ist, der Pariser Vertrag ein Vertrag zwischen einem Mitglied und einem dritten Staat, der nicht Mitglied ist, ist und als solcher Rechtskraft hat, also nicht durch EG-Recht, durch irgendeinen EG-Akt, außer Kraft gesetzt werden kann. Und sollte Österreich Mitglied werden, so geht es hier um Minderheitenschutzbestimmungen, die auch nach dem Standpunkt des italienischen Verfassungsgerichtshofes stärker sind als das EG-Recht, so daß etwa dieser Proporz gerechtfertigt werden könnte.

Ich komme noch zu einem Hinweis im Programm: Auf Seite 6, Punkt 2.2.2. steht ein Passus, der die vierjährige Ansässigkeit betrifft. Da steht, so wie das ganze Programm gekennzeichnet ist, also durch sehr wage Stellungnahmen: "Das Problem der für die Ausübung des passiven Wahlrechtes bestehenden Vorschrift der vierjährigen Ansässigkeit in der Region wird vertieft." Ich verstehe wirklich diese Mehrheit nicht. Wir, d.h. die Mehrheit damals hat mit Art. 9 des Regionalgesetzes vom 8. August 1983 die vierjährige Seßhaftigkeit für die Wählbarkeit zum Regionalratsabgeordneten eingeführt. Sie ist in Kraft getreten und wir wissen, die Artikel 25 und 63 des Autonomiestatutes die Vorschrift der vierjährigen Ansässigkeit für das aktive Wahlrecht sowohl für die Regionalwahlen als auch für die Gemeindewahlen enthalten. Das entspricht der Maßnahme 50 des Paketes. Wir, die Südtiroler Volkspartei, haben damals darauf bestanden, daß nicht nur das aktive sondern auch das passive Wahlrecht an die vierjährige Seßhaftigkeit gebunden werde, weil es keinen Sinn hätte, die vierjährige Seßhaftigkeit nur zum Wählen und nicht auch um gewählt zu werden, vorzuschreiben, da es dabei um Personen geht, die im Regionalrat und im Landtag die Autonomie verwirklichen und verteidigen sollen. Nun wird erneut der Versuch gemacht, den Regionalrat zu erpressen. Wenn der Regionalrat diese vierjährige Seßhaftigkeit für das passive Wahlrecht nicht abschafft, dann bestehen die Gegner, die die Regionalwahlen angefochten haben, auf die Entscheidung durch den Verwaltungsgerichtshof, der dann die Verfassungswidrigkeit dieser Bestimmung aufwerfen sollte, dann geht es zum Verfassungsgerichtshof, und der könnte, wenn er es als verfassungswidrig erkennt, die letzten Wahlen annullieren. Wir wissen, der Regionalaussschuß hat darüber vor einem Jahr ungefähr zwei Gutachten eingeholt, eines vom Prof. Giorgio Pastore, Mailand, Katholische Universität, und das andere vom Prof. Livio Paladin, Padua, der ja 9 Jahre

Verfassungsrichter war und seinerzeit auch Präsident des Verfassungsgerichtshofes, gerade in dieser letzten Zeit, wo die Urteile gefällt worden sind, mit denen die Koordinierungsbefugnis bekräftigt worden ist. Also er ist sicher nicht ein Partisan der Provinzautonomie oder der Autonomie der Spezialregionen im allgemeinen. Die beiden haben ihre Gutachten abgegeben und haben sich auf das Verfassungsgerichtsurteil Nr. 20 vom 30. Januar 1985 berufen, das Sizilien betrifft. Die Sizilianer haben gesagt, es muß für das passive Wahlrecht dieselbe Bedingung gelten wie für das aktive. Und dort im Urteil des Verfassungsgerichtshofes heißt es ausdrücklich, daß für die Regionalwahlen der vollkommene Parallelismus zwischen aktivem und passivem Wahlrecht für Regionen mit Spezialstatut logisch gerechtfertigt sei, und das Urteil sagt weiter, daß die Interessen einer regionalen Gemeinschaft, umso mehr wenn es um eine Spezialregion geht, auf der regionalen politischen Ebene durch Bürger vertreten werden, welche mit dieser Gemeinschaft persönlich durch die Eintragung in die Wählerlisten der Gemeinden der Region verbunden sind, und daß die Gleichheit der Erfordernisse für das passive und aktive Wahlrecht - gleich wie bei der nationalen parlamentarischen Vertretung - eine allen Spezialregionen gemeinsame Eigenheit ist. Ich verstehe deswegen nicht, warum man überhaupt in Betracht zieht, diese vierjährige Seßhaftigkeit abzuändern. Es wäre selbstverständlich ein Verzicht auf ein wesentliches Stück Autonomie, und bitte, wenn das der neue Geist ist, dann bin ich jedenfalls nicht dafür und widersetze mich. Zum Beispiel hat die EG-Kommission im Juli 1988 eine Richtlinie für den Ministerrat vorgeschlagen, wonach die EG-Bürger eines Landes in jedem anderen Land als Wähler bei Gemeindewahlen auftreten können und die Seßhaftigkeit verlangt werden kann - jetzt übertragen auf Italien - für das aktive Wahlrecht von 6 Jahren, also die Zeit, die im gesamten Lande notwendig ist, plus ein Jahr, und für das passive Wahlrecht die doppelte Zeit, 10 Jahre. Wir haben in den Vereinigten Staaten, wo es keine Spezialregionen gibt, wo keine Einzelstaaten sind, die ethnische Gruppen haben, die besonders geschützt werden, auch dort eine Verfassungsklausel, daß die einzelnen Staaten die Bedingungen für das Wahlrecht, für die Bundeswahlen, Staatswahlen, örtlichen Wahlen regeln können und daß sie bis zu 2 Jahren Seßhaftigkeit in der jeweiligen Gemeinde vorschlagen können. Also das ist bestimmt nicht etwas, was gegen die italienische Verfassung oder gegen allgemeine, demokratische Regeln in der ganzen Welt widerspricht.

Ich bin der Ansicht, daß, wenn die

völkerrechtliche Verankerung des Paketes - so wie die Amerikaner es in ihrem Gutachten auch sagen - nicht geklärt wird - und zwar beim Internationalen Gerichtshof, den Österreich anrufen soll -, dann eben die Gefahr besteht, daß das heutige Autonomiestatut als solches vom italienischen Parlament abgeschafft werden kann oder wesentlich wieder verschlechtert werden kann und daß, wenn es dann tatsächlich zu einer politischen Einigung Europas kommt, oder auch wenn, wie vorgesehen, der Binnenmarkt zur Gänze verwirklicht wird, diese Region jene Befugnisse verliert, die es ihr erlauben, auf europäischer Ebene noch eine gewisse Eigenständigkeit zu verteidigen. Was verstehe ich unter Eigenständigkeit? Zum Beispiel die Anpassung - durch die primäre Gesetzgebung - der europäischen Richtlinien an die Berglandwirtschaft, was bisher geschehen ist. Aber wenn diese Autonomie dann wieder nur mehr im Rahmen der Koordinierungsbefugnis ausgeübt werden kann, dann fällt das weg. Oder ich meine auch die Einvernehmen zwischen italienischem Staat und den Provinzen - in der Provinz Trient ist ja dieses Einvernehmen noch einmal im Raumordnungsplan verfestigt, im Raumordnungsplan werden Entscheidungen gefällt auch über Staatsstraßen und Staatsbahnen, und dann ist noch vorgesehen, daß der Landesausschuß von Trient die Merkmale der Straßen, auch der Staatsstraßen festsetzen kann, das habt ihr erreicht. Also was die Bergbauernwirtschaft, den Transitverkehr, den Proporz betrifft, die letzten Spielräume, die die Provinzen und auch die Region aufgrund des heutigen Autonomiestatutes noch haben, sind bedroht und zum Teil schon durch die Koordinierungsbefugnis ausgehöhlt, aber ich gehe davon aus, daß die Koordinierungsbefugnis eben wieder abgeschafft werden kann und muß. Wenn die Südtirol-Autonomie nicht völkerrechtlich verankert ist, wenn sie nicht als Bestandteil des Pariser Vertrages, als praktisch subsequent des Pariser Vertrages angesehen wird, würden diese letzten Spielräume im europäischen Rahmen nicht mehr anerkannt, und das interessiert selbstverständlich ganz besonders das Anliegen des Transitverkehrs, denn wenn da kein echtes Einvernehmen mehr zwischen Provinz und Staat gepflogen werden kann, sodaß die Provinz Nein sagt und der Staat eben etwas nicht tun darf, dann kann die Alemagna gebaut werden, dann kann die Ulm-Mailand gebaut werden, dann können alle Straßen, Staatsstraßen, die wir haben, in Schnellstraßen verwandelt werden, ohne Rücksicht, aus europäischen Erfordernissen, weil Europa das braucht. Wir wissen es ja. Rein von Europa aus gesehen würden MEBO, Vinschgau-Pustertal, echte beispielhafte Schnellstraßen werden, abgesehen von der Alemagna, abgesehen von der Ulm-Mailand,



wenn nicht dieses Einvernehmen zwischen Staat und Provinz auch auf europäischer Ebene eingehalten würde. Es muß die Koordinierungsbefugnis fallen und das neue Autonomiestatut muß als Bestandteil, als Folge des Pariser Vertrages angesehen werden, sonst verlieren wir diese Freiheitsrechte, diese Spielräume der Autonomie. Deswegen bin ich der Ansicht, daß auch die Region daran interessiert sein muß, diese völkerrechtliche Verankerung der Paketautonomie - die Provinz Trient ist ja auch Nutznießerin dieser Paketautonomie - zu verlangen.

Aber nachdem all diese Anliegen hier im Koalitionsprogramm eben nicht berücksichtigt sind, als ob wir den "day after", den Tag danach hätten - es ist alles schon erreicht worden, wir sind am Zielpunkt angelangt, es ist alles bestens in Erfüllung gegangen -, was eben nicht stimmt, kann ich es nicht verantworten, für diesen Regionalausschuß anhand dieses Programmes zu stimmen.

(Premetto che quanto andrò a dire ora non lo dirò a nome della Südtiroler Volkspartei, e premetto inoltre che a causa del contenuto del programma di coalizione io non darò il mio voto a questa Giunta. Il programma di coalizione e le dichiarazioni che l'hanno preceduto presentano la situazione come se noi fossimo già arrivati al "day after": a Bolzano eravamo ancora al "day before" e qui siamo già arrivati al "day after", dopo la chiusura del Pacchetto, come se fossimo già arrivati al termine, come se il Pacchetto fosse già concluso, come se la questione sudtirolese fosse risolta una volta per tutte! Ma questo programma di coalizione - lo dico ora in sintesi e tornerò poi sui singoli particolari - non coincide nemmeno con la risoluzione approvata dall'ultima assemblea provinciale della Südtiroler Volkspartei del 10 dicembre 1988, sulla quale io avevo espresso voto contrario, e sacrifica una serie di rivendicazioni autonomistiche - confermate nelle vigenti norme di attuazione - ancora contenute nell'accordo di coalizione del 1984. Ma ritornerò poi sui dettagli. Che cosa significa "day after"? Significa che il Pacchetto sarebbe praticamente chiuso, che esso costituirebbe la migliore garanzia per la cosiddetta "convivenza"... ignorando del tutto che se davvero si dovesse arrivare ad una chiusura in questi termini, nei termini previsti dalla risoluzione approvata dalla Camera dei Deputati il 28 aprile e dal Senato della Repubblica l'11 maggio 1988, con l'assenso dell'Austria, ciò significherebbe rinunciare alla tutela internazionale del Pacchetto. Questo vuol dire che un domani la posizione dello Stato italiano - secondo il quale il Pacchetto, lo Statuto di autonomia del 1972 è una

concessione interna dello Stato italiano, che in teoria potrebbe anche essere abolito senza che l'Italia possa essere accusata di aver violato l'Accordo di Parigi - ebbene questa posizione potrebbe un domani apparire più credibile anche davanti alla Corte internazionale dell'Aja, e non solo o non tanto per quanto sostiene l'Italia ma anche in virtù dello stato di cose venuto effettivamente a crearsi. Perché il primo Statuto di autonomia è la realizzazione dell'Accordo di Parigi, così sostiene l'Italia, e l'Italia si richiama alla lettera inviata a suo tempo dagli esponenti della Südtiroler Volkspartei Ammon, Guggenberg, Raffener al Presidente della sottocommissione dell'Assemblea costituente Perassi in cui si afferma che quello Statuto di autonomia, il primo Statuto di autonomia, rappresentava la soddisfacente realizzazione dell'Accordo di Parigi - e un mese dopo, il 24 febbraio 1948, l'assemblea provinciale del partito confermava quella lettera a grande maggioranza. L'Italia dunque si richiama ad essa e dice: dal punto di vista del diritto internazionale, in base all'Accordo di Parigi, io ho adempiuto ai miei obblighi con il primo Statuto, il nuovo Statuto potrebbe in teoria anche essere abolito o modificato in toto. Vi ricordate che c'è una risoluzione del Parlamento italiano del 19 febbraio 1987 che impegna il Governo, dopo che l'Austria avrà rilasciato la quietanza liberatoria, a rivedere l'attuale Statuto di autonomia e sicuramente, ovviamente, si tratterà di una revisione "in peius" e non "in melius", dal nostro punto di vista. Nelle risoluzioni adottate dal Parlamento italiano in data 28 aprile e 11 maggio 1988, approvate col voto favorevole anche dei parlamentari della Südtiroler Volkspartei, si legge: "In base alle dichiarazioni del Governo il Pacchetto, una volta emanate le norme di attuazione ancora mancanti, può considerarsi compiuto ed il Governo italiano è impegnato a richiedere il rilascio della quietanza liberatoria": e questo senza che i parlamentari della Südtiroler Volkspartei abbiano fatto notare che l'Austria, ma anche la Südtiroler Volkspartei nelle sue risoluzioni dal 1969 ad oggi, insistono sul fatto che il Pacchetto fa parte integrante dell'Accordo di Parigi.

Io dico che esso è parte integrante dell'Accordo di Parigi. Forse la Presidenza del Consiglio regionale può disporre la traduzione dall'inglese in tedesco e italiano delle 112 pagine di questo parere elaborato dall'Istituto di diritto internazionale di Washington sulla questione dell'attuazione dell'Accordo di Parigi tra Italia e Austria e il problema del Pacchetto. Il parere non è stato acquisito su incarico della Provincia di Bolzano ma

privatamente, con fondi privati. Ne leggerò poi alcuni passi. Questo istituto non è l'Istituto di diritto internazionale dell'Università di Innsbruck, è un'istituto che opera come organo di consulenza per le Nazioni Unite e per il governo americano e dovrebbe quindi avere un certo peso di fronte alla Corte Internazionale dell'Aja. Ne leggerò solo alcuni passaggi, tradotti in tedesco ovviamente, ma credo che a tutti dovrebbe interessare, come ripeto, leggerlo per intero, non è così complicato. Naturalmente il parere si rifà innanzitutto alla risoluzione approvata dall'Assemblea generale delle Nazioni Unite nell'ottobre 1969 e poi ancora nel novembre 1961 concernente la controversia tra Italia e Austria circa l'attuazione dell'Accordo di Parigi, in cui si dice: questi due stati sono in conflitto tra loro e devono tentare di mettersi d'accordo, e se non riusciranno a mettersi d'accordo dovranno ricorrere alla Corte Internazionale dell'Aja. L'Italia aveva votato a favore di questa risoluzione. La risoluzione dell'Assemblea generale dell'ONU, affermano gli americani, costituisce la più significativa affermazione della comunità internazionale nei confronti dello status giuridico e politico dell'Accordo di Parigi e dell'autonomia sudtirolese. Ciò che probabilmente più interessa dal punto di vista del contenuto è questo: con la quietanza liberatoria, con la disponibilità cioè a dichiarare composta la vertenza con l'Italia non appena il Pacchetto sarà interamente attuato, l'Austria ha fatto un'affermazione importantissima alla quale l'Italia può richiamarsi, e cioè che il Pacchetto è di per se stesso sufficiente ad adempiere gli obblighi derivanti allo Stato italiano dall'Accordo di Parigi. L'Austria quindi non potrebbe più rinegoziare ex novo determinate clausole dell'Accordo di Parigi, o perlomeno non potrebbe più farlo dopo aver confermato che il Pacchetto è chiuso. E qui s'impone la domanda cruciale: il Pacchetto è parte integrante dell'Accordo di Parigi? L'Italia, come sapete, insiste nel dire che il Pacchetto non ha nulla a che vedere con l'Accordo di Parigi, che si tratta solo ed esclusivamente di una concessione interna dello Stato italiano. Gli americani sostengono che il Pacchetto accettato da Italia ed Austria nel 1969 non costituisce in sé e per sé un'intesa vincolante dal punto di vista del diritto internazionale - primo punto. L'Italia è tuttavia giuridicamente impegnata ad attuare in buona fede il Pacchetto. Essa ha tacitamente accettato il principio che l'autonomia ai sensi dell'Accordo di Parigi può essere garantita solo da un "arrangement" che conceda agli abitanti di lingua tedesca della provincia di Bolzano

un effettivo controllo di maggioranza sull'esercizio del potere legislativo ed esecutivo autonomo. Non c'è dubbio che le strutture previste dallo Statuto del 1948 violassero lo spirito, quando non la lettera, dell'autonomia sancita nell'Accordo di Parigi. Il Pacchetto tuttavia, e gli strumenti con i quali esso viene realizzato - cioè lo Statuto di autonomia - costituiscono una prassi successiva, com'è prevista dal diritto degli accordi internazionali, significativa per l'interpretazione dell'Accordo stesso. Ciò non significa tuttavia che ogni singolo dettaglio contenuto nel Pacchetto possieda rilevanza internazionale o che il Pacchetto dia origine, separatamente dall'Accordo di Parigi, ad obblighi internazionali immediatamente vincolanti. E' improbabile che la Corte internazionale dell'Aja consideri tutte le norme del Pacchetto come obblighi immediatamente vincolanti o esigibili giudizialmente, né il diritto internazionale vieterebbe modifiche allo Statuto di autonomia o ad altre leggi o decreti di attuazione del Pacchetto entro i limiti e le garanzie previste dall'Accordo di Parigi. Il parere elenca poi 19 misure - 19 su 137 - prive di immediato riscontro nell'Accordo di Parigi, che la Corte internazionale dell'Aja potrebbe forse non riconoscere come derivanti dall'Accordo stesso. Ma si tratterebbe di 19 misure su 137.

Gli americani affermano poi - e questo si riferisce al potere di indirizzo e coordinamento, sul quale ritornerò più avanti - che il tipo di interesse nazionale, il tipo di "esigenze unitarie" richiamate dalla Corte costituzionale italiana a giustificazione delle leggi statali emanate nell'esercizio della cosiddetta "facoltà di indirizzo e coordinamento" - leggi la cui legittimità costituzionale è stata confermata dalla stessa Corte in ben trenta sentenze successive - che questo tipo di interesse nazionale o di esigenze unitarie, dicevo, contiene in se stesso un concetto unitario di Stato che contrasta con la premessa fondamentale dell'autonomia. Ciò significa che vi sono alcuni settori di competenza autonoma esterni all'ambito statale. E poi proseguono - ed è molto importante - sempre in tema di potere di indirizzo e coordinamento: Sta alla responsabilità del governo italiano garantire che i suoi impegni internazionali nei confronti del Sudtirolo non risultino violati dall'esercizio della facoltà di indirizzo e coordinamento, facoltà che non era prevista quando fu concordato il Pacchetto nel 1969. Secondo gli americani quindi la facoltà di indirizzo e coordinamento è sicuramente contraria all'Accordo di Parigi. Essa, così come attualmente definita dalla Corte costituzionale - in trenta successive sentenze, l'ultima è

ancora in sospeso - risulta incompatibile con la concessione di un potere legislativo ed esecutivo autonomo ai sensi dell'art. 2 dell'Accordo di Parigi e con gli strumenti previsti dal Pacchetto per risolvere i contrasti tra gli interessi provinciali e nazionali. Ancora un'ultima cosa citazione: dopo il rilascio della quietanza liberatoria e la ratifica dell'accordo per il ricorso alla Corte internazionale dell'Aja l'Austria non potrà più portare davanti alla Corte internazionale né ad altro tribunale internazionale qualsiasi vertenza attualmente in atto con l'Italia circa l'attuazione del Pacchetto.

Nel programma di governo di questa Giunta non si fa menzione della facoltà di indirizzo e coordinamento. Che cosa accadrà quando la Corte costituzionale tra breve - l'udienza ha avuto luogo l'8 febbraio, è dunque quasi ora che sia pubblicata la sentenza - confermerà, com'è prevedibile, la facoltà di indirizzo e coordinamento prevista nella legge n. 400 entrata in vigore lo scorso settembre? La facoltà di indirizzo e coordinamento del Governo nei confronti delle regioni a statuto speciale e delle province autonome di Trento e di Bolzano è stata inserita nella legge dietro espressa richiesta avanzata dal Governo alla fine di luglio, dunque successivamente al dibattito parlamentare sulla chiusura del Pacchetto. La Regione com'è noto ha impugnato questa legge, e così pure le due Province - anche la Provincia di Trento, presumo - sostenendo che tale facoltà contrasta in pieno con lo Statuto di autonomia, con una serie di articoli contenuti nello Statuto di autonomia, ma la facoltà di indirizzo e coordinamento, ha affermato nel corso dell'udienza il pubblico ministero, l'avvocato erariale, è "una materia sistemata". La Corte costituzionale ha già emesso almeno trenta sentenze sulla questione e non può far altro che confermare nuovamente, anche nei nostri confronti, la legittimità costituzionale di questa facoltà. Non può fare altro. Sarà sicuramente così. La Corte ha pensato peraltro che dal momento che in questa legge si parla anche di una facoltà di annullamento degli atti amministrativi, facoltà che esiste da sempre nei confronti dei comuni, delle province e anche delle regioni, la Corte, dicevo, ha pensato che forse quest'ultima facoltà non ha nulla a che vedere che la facoltà di indirizzo e coordinamento e può forse essere considerata inapplicabile. Ma per quanto riguarda il potere di indirizzo e coordinamento, dice la Corte, le cose sono già decise. Che cosa accadrà ora - sia da parte della Regione che da parte delle Province, ma qui mi rivolgo alla Regione - se la Corte costituzionale confermerà nuovamente la legittimità costituzionale del

potere di indirizzo e coordinamento, che sicuramente contrasta con lo Statuto e sicuramente viola l'Accordo di Parigi?

E qui passo ad un punto ben preciso del programma di coalizione, il punto 2.8 che si riferisce all'ordinamento degli enti sanitari, in cui la Giunta regionale si impegna ad introdurre tramite la propria competenza legislativa primaria - anche il cons. Boato vi ha fatto riferimento - una riforma della riforma "che consenta, superando l'attuale situazione di transitorietà istituzionale, alle due Province di realizzare il nuovo assetto organizzativo del servizio sanitario provinciale già programmato, in armonia con le nuove linee di riforma del settore delineate dal Governo". Ebbene, sapete che il 25 marzo 1989 è uscito un decreto legge, reso noto il 30 marzo, contenente "Provvedimenti urgenti per la riorganizzazione del servizio sanitario nazionale" in cui è elencata una serie di principi da introdurre per via di legge? Come ben sapete, se si tratta di principi di riforma la facoltà legislativa primaria deve tenerne conto, mentre se si tratta di principi ordinari essi vincolano solamente la legislazione secondaria. Ma poi all'art. 2 si legge: "Entro sei mesi dalla ratifica del decreto legge le Regioni o le Province dovranno procedere al riordinamento dei seguenti settori..." E poi prosegue espressamente "Con atto di indirizzo e coordinamento" - non dunque con una legge ma con una direttiva del Governo da emettersi entro trenta giorni dall'entrata in vigore del presente decreto - verranno fissati i criteri per la composizione del consiglio di amministrazione, la rappresentanza delle minoranze, la nomina dei componenti, la ripartizione delle risorse finanziarie tra le unità sanitarie locali e tutta una serie di norme dettagliate alle quali la legislazione regionale dovrà attenersi non in base ad una legge statale di riforma sostanziale ma dietro semplice direttiva del Governo. In questo consiste la facoltà di indirizzo e coordinamento nei confronti della Regione.

E la facoltà di indirizzo e coordinamento non è un semplice spauracchio che passa una volta e basta: è dal 1982 che il Parlamento italiano legifera nel settore dell'edilizia agevolata sostituendosi alle leggi provinciali in materia - leggi con le quali la Provincia aveva già dato un'approfondita disciplina al settore - prevedendo per il Comune di Bolzano la possibilità di attuare determinati programmi e stanziando i relativi fondi. Finora il Comune di Bolzano ha ricevuto ben 21 miliardi e ne seguiranno altri sebbene la Provincia abbia competenza esclusiva in materia e sebbene esista un

articolo che dice che i fondi per gli interventi di carattere sociale, quindi anche per l'edilizia agevolata, vanno distribuiti secondo una certa chiave che è quella della proporzionale combinata. Naturalmente noi abbiamo impugnato queste leggi una dopo l'altra, ma la Corte costituzionale ha affermato che anche in presenza di una legislazione autonoma primaria, anche laddove tutto è già stato disciplinato con legge provinciale, lo Stato può ridisciplinare tutto quanto ex novo, anche in contrasto con le leggi provinciali, come se l'autonomia non esistesse neppure, ed assegnare fondi a chi vuole nonché amministrarli tramite propri organi nell'interesse nazionale. Torniamo dunque alla situazione che avevamo negli anni '50, quando ancora vigeva il vecchio Statuto. Già allora le Province avevano competenza primaria per l'edilizia agevolata, ciononostante lo Stato ha programmato, finanziato, costruito in provincia di Bolzano con proprie leggi ben 4.500 abitazioni. Noi abbiamo a suo tempo impugnato quelle leggi ma la Corte costituzionale le ha confermate, non le ha considerate incostituzionali. Allora non si parlava ancora di facoltà di indirizzo e coordinamento, si parlava semplicemente di interesse nazionale. Ebbene, questi sono i risvolti effettivi della facoltà di indirizzo e coordinamento, ma dal programma di coalizione sembra che questa facoltà, queste direttive dettagliate che lo Stato ha il potere di emanare e alle quali la legislazione regionale primaria ha l'obbligo di attenersi, siano una cosa ovvia e naturale.

Dicevo prima che questo programma non recepisce neppure i contenuti del programma di coalizione del 11 aprile 1984. La Regione, si diceva in quel programma, ha fatto un tale strip-tease che non le sono rimaste addosso molte competenze e deve ricercarne altre. E se non riesce ad averle indietro dalle due Province dovrà provare, si diceva, ad ottenerne qualcuna in più dallo Stato. Inserimmo perciò nel programma di coalizione - personalmente avevo spinto molto in questo senso - l'impegno della Regione ad istituire in ciascuna provincia, ai sensi dell'art. 6 dello Statuto di autonomia e delle relative norme di attuazione, DPR 6 febbraio 1981, n. 58, un istituto autonomo di previdenza sociale, compresa l'assistenza contro gli infortuni sul lavoro. Si trattava peraltro in primo luogo di trasferire a questi istituti le prestazioni integrative previste in virtù della competenza legislativa terziaria della Regione; ma si diceva anche espressamente che a tali istituti potevano essere affidate pure le funzioni degli istituti nazionali INPS e INAIL, e la cosa avrebbe un senso perché questi istituti regionali, questi enti pubblici

istituiti dalla Regione in sostanza amministrerebbero il settore delle assicurazioni sociali e contro gli infortuni sul lavoro secondo le leggi statali - dal momento che la Regione possiede solo competenza integrativa in materia - ma risulterebbero ugualmente autonomi nel senso che si potrebbe decidere a livello locale quanto oggi viene deciso - ed è moltissimo - nelle centrali romane dei due istituti, con la conseguenza di una maggiore adattabilità e soprattutto una maggiore celerità decisionale rispetto agli annosi ritardi che oggi caratterizzano il servizio. Questo punto era contenuto nel programma di coalizione. Ovviamente la Regione, se vuole effettivamente porre in atto questa sua facoltà, dovrà prima accertarsi che lo Stato garantisca con DPR quanto previsto dalle norme di attuazione, trasferendo a questi nuovi istituti le funzioni che attualmente sono esercitate dall'INPS e dall'INAIL. Ma la Regione può richiamarsi alle norme di attuazione, e sicuramente sarebbe un nuovo campo d'azione per la Regione, un ambito in cui poter dire - visto che prima qualcuno diceva che gli enti autonomi dovrebbero fare di più in campo sociale: ebbene, ora la Regione è responsabile del buon funzionamento del settore previdenziale e assicurativo! Il finanziamento, naturalmente, dovrebbe provenire anche in futuro dai contributi sociali di tutti i tipi versati anche nella nostra regione, e solo le prestazioni speciali garantite dalla Regione dovrebbero essere coperte con risorse proprie del bilancio regionale. Non capisco perciò il motivo per cui il nuovo programma di coalizione non ha recepito questo impegno, qui di legge soltanto, al punto 2.10.1: "L'impegno della Regione sarà indirizzato ad integrare il regime statale delle prestazioni previdenziali ecc. ecc.". Ma questa è una rinuncia bella e buona ad un'autonomia che potremmo avere, che potremmo rivendicare!

Ed ora un accenno a papa Giovanni Paolo II, il papa polacco, che il Presidente designato della Giunta regionale nomina qui a pag. 25 delle sue dichiarazioni citandone alcune affermazioni sul rispetto dei diritti delle minoranze. Qui si dimentica di citare quanto dichiarato dal Papa a proposito di nazione e di coscienza nazionale nei suoi viaggi in Polonia e più recentemente anche nell'enciclica "Laborem exercens". Che cosa ha detto il Papa in tali occasioni? Egli ad esempio ha affermato nel 1981 nella sua enciclica - ne leggo solo un paragrafo: "Tale società - anche quando non ha ancora assunto la forma matura di una nazione - è non soltanto la grande "educatrice" di ogni uomo, benché indiretta (perché ognuno assume nella famiglia i contenuti e valori che compongono,



nel suo insieme, la cultura di una data nazione) ma è anche una grande incarnazione storica e sociale del lavoro di tutte le generazioni. Tutto questo fa sì che l'uomo unisca la sua più profonda identità umana con l'appartenenza alla nazione." Precedentemente, in uno dei suoi viaggi in Polonia alla fine degli anni '70, egli aveva dichiarato: "La patria ha per noi..." - i polacchi sono stati per cento anni divisi tra Germania, Russia e Austria - "La patria ha per noi un significato concettuale e nel medesimo tempo affettivo che le altre nazioni d'Europa e del mondo sembrano non conoscere, in particolare quelle tra loro che, a differenza della nostra nazione, non hanno subito nel corso dei secoli perdite, ingiustizie, minacce. La pace e l'avvicinamento tra le nazioni, tra i popoli, possono essere costruite solo sul principio del rispetto dei diritti obiettivi della nazione, come il diritto alla vita, alla libertà, all'agire socio-politico, alla creazione di una propria cultura e civiltà. Se è giusto comprendere la storia di una nazione in base agli uomini che in essa vivono, allora è possibile capire l'uomo solo all'interno delle comunità che tale nazione formano. Sappiamo che la nazione non è l'unica comunità. Tuttavia essa è una comunità particolare, senz'altro quella legata più strettamente alla famiglia, la più importante per la storia spirituale dell'uomo." In altre parole dunque il Papa dice: se la Chiesa cattolica non si fosse identificata nel tempo con la nazione polacca, con il sentimento nazionale, i polacchi non sarebbero sopravvissuti a cento anni di divisione.

A pagina 1 del programma sta scritto che la Regione è la sede di rappresentanza dei gruppi linguistici presenti nel territorio regionale. Qui devo rettificare e far presente che in base ad una serie di sentenze della Corte costituzionale tra le quali la n. 86 del 16 aprile 1975 la Provincia di Bolzano è la titolare del principio costituzionalmente sancito della tutela delle minoranze e può pertanto impugnare tutte le leggi statali, anche se non riguardano la competenza specifica della Provincia, che in qualche modo contrastino con il principio della tutela delle minoranze. Devo quindi rettificare quanto è scritto in queste dichiarazioni, non è esatto. Titolare nel senso che ad essa spetta il dovere di difendere il principio della tutela delle minoranze nei confronti dello Stato - e direi anche a livello internazionale - è la Provincia e non la Regione.

Si parla poi del 1992, come se col 1993 iniziasse in un certo qual senso una nuova era, non tanto per ciò che riguarda il funzionamento del mercato comune, della libera

circolazione dei beni e delle persone, bensì per quanto riguarda la libertà di domicilio. A pag. 2, punto 1.5 si parla della "scadenza determinante del 1993". Tempo fa si è svolto a Bolzano un convegno sulla libera circolazione del lavoro alla luce del mercato interno europeo del 1992, come se nel 1992 dovesse accadere chissà cosa. Il convegno era presieduto da un certo prof. Peter Karpenstein, un alto funzionario della Commissione CEE di Bruxelles, il quale ha affermato in apertura del suo intervento: La magica data del 31 dicembre 1992 non comporta, ai sensi dell'art. 8 dell'Accordo CEE sulla libera circolazione, nessun tipo di automatismo in senso giuridico perché l'art. 48, del quale si tratta, è già in vigore e direttamente applicabile. Per la libera circolazione dei lavoratori, ha affermato il prof. Karpenstein, che in sostanza è realizzata già dal 1968, questa data riveste un ruolo secondario. A questo proposito, sulla questione cioè se la proporzionale risulti o non risulti compatibile con la costituzione CEE, le direttive CEE ecc. gli americani sostengono che fintantoché l'Austria non è membro della CEE l'Accordo di Parigi resta un accordo stipulato tra uno Stato membro e uno Stato terzo e come tale non può essere abrogato dal diritto comunitario, da un qualsiasi atto comunitario. E se l'Austria dovesse entrare nella CEE si tratterebbe pur sempre di norme di tutela delle minoranze le quali, anche a detta della stessa Corte costituzionale italiana, sono più forti del diritto comunitario, perciò la proporzionale conserverebbe la sua giustificazione.

Passo ad un altro punto del programma: a pag. 6, punto 2.2.2 si parla della residenza quadriennale. Anche qui una presa di posizione molto vaga, come vago è l'intero programma: "Sarà approfondito il problema del requisito della residenza quadriennale nel territorio regionale ai fini dell'esercizio dell'elettorato passivo." Davvero non capisco più questa maggioranza. Noi, ossia la maggioranza, abbiamo introdotto a suo tempo con l'art. 9 della legge regionale 8 agosto 1983 il requisito della residenza quadriennale per l'elezione a Consigliere regionale. La legge è entrata in vigore, e sappiamo che gli articoli 25 e 63 dello Statuto contengono la clausola della residenza quadriennale per l'elettorato attivo tanto nelle elezioni regionali quanto in quelle comunali, conformemente alla misura 50 del Pacchetto. La Südtiroler Volkspartei aveva insistito per vincolare alla residenza quadriennale non solo l'elettorato attivo ma anche quello passivo, perché non avrebbe alcun senso stabilire l'obbligo della residenza quadriennale solo per poter votare e non anche per poter essere votati, visto che si tratta di eleggere delle

persone che in Consiglio regionale e provinciale dovranno concretizzare e difendere l'autonomia. Ebbene, ora si sta ripetendo il tentativo di ricattare il Consiglio: se il Consiglio non abolirà il requisito della residenza quadriennale per l'elettorato passivo gli avversari politici che hanno impugnato queste elezioni regionali insisteranno perché il TAR si pronunci in merito e sollevi la questione dell'incostituzionalità della norma; in tal caso l'esame passerebbe alla Corte costituzionale che potrebbe, se dovesse giudicare incostituzionale la norma, annullare le ultime elezioni. Circa un anno fa la Giunta regionale ha provveduto ad acquisire due pareri legali in proposito, uno elaborato dal prof. Giorgio Pastore dell'Università Cattolica di Milano, l'altro dal prof. Livio Paladin di Padova, che per nove anni fu membro della Corte costituzionale e per alcuni anni ne fu anche Presidente, proprio nel periodo in cui la Corte emise quella serie di sentenze che hanno ripetutamente confermato la costituzionalità del potere di indirizzo e coordinamento; in questo senso, quindi, non lo si può certo considerare un paladino dell'autonomia provinciale o di quella delle regioni a statuto speciale. Nei loro pareri i due studiosi si sono richiamati alla sentenza della Corte costituzionale n. 20 del 30 gennaio 1985 concernente la Regione Sicilia. I siciliani rivendicavano per l'elettorato passivo il medesimo requisito previsto per l'elettorato attivo. E la Corte costituzionale afferma esplicitamente nella sua sentenza che il perfetto parallelismo tra elettorato attivo ed elettorato passivo nelle elezioni regionali delle Regioni a statuto speciale ha una sua spiegazione logica. Gli interessi di una comunità regionale, prosegue la sentenza, tanto più se si tratta di Regione a statuto speciale, vengono rappresentati a livello politico regionale da cittadini che hanno con la comunità stessa il collegamento personale costituito dall'iscrizione nelle liste elettorali dei comuni di quella regione, e l'identità dei requisiti tra elettorato passivo ed elettorato attivo, sul modello della rappresentanza parlamentare nazionale, è caratteristica comune di tutte le Regioni a statuto speciale. Non capisco perciò come mai si prenda in considerazione l'ipotesi di modificare la clausola della residenza quadriennale: sarebbe una rinuncia ad una parte sostanziale dell'autonomia, e per carità, se è questo "il nuovo spirito" io non ci sto e mi oppongo. La Commissione CEE ha proposto al Consiglio dei Ministri nel luglio 1988 una direttiva in base alla quale i cittadini di uno Stato membro possono partecipare alle elezioni comunali in qualsiasi altro Stato membro ma è possibile imporre

determinati vincoli di residenza - trasportando il caso all'Italia si tratterebbe di sei anni per l'elettorato attivo, vale a dire il periodo previsto per gli elettori interni più un ulteriore anno, e per l'elettorato passivo il doppio, ossia dieci anni. Anche negli Stati Uniti, dove non ci sono regioni a statuto speciale, dove non ci sono stati singoli che abbiano gruppi etnici sottoposti a particolare tutela, anche lì esiste una clausola costituzionale che dà la possibilità ai singoli Stati di stabilire le condizioni per l'esercizio del diritto di voto nelle elezioni federali, dello stato e locali prevedendo fino a un massimo di due anni di residenza nel rispettivo comune. Non si può certo dire quindi che la norma contrasta con la Costituzione italiana o con le regole democratiche generali valide in tutto il mondo.

Ritengo che se non verrà chiarita la questione della tutela internazionale del Pacchetto - come affermano anche gli americani nel loro parere - e cioè presso la Corte internazionale dell'Aja alla quale l'Austria dovrà rivolgersi, vi è il rischio concreto che il Parlamento italiano possa abolire o peggiorare in maniera sostanziale l'odierno Statuto di autonomia; e se davvero si dovesse arrivare all'unificazione politica dell'Europa o anche, come si prevede, realizzare compiutamente il mercato interno europeo, questa Regione correrebbe il rischio di perdere quelle facoltà che le consentono a livello europeo di difendere una certa sua autonomia. Che cosa intendo qui con la parola "autonomia"? Intendo ad esempio l'adeguamento - tramite la competenza legislativa primaria - delle direttive comunitarie all'agricoltura di montagna, come è stato fatto finora. Ma se un domani l'autonomia potrà essere esercitata solo ed esclusivamente entro i limiti imposti dalla facoltà di indirizzo e coordinamento, ciò non sarà più possibile. Oppure pensiamo all'intesa tra Stato italiano e Province, intesa che per quanto riguarda la Provincia di Trento è ribadita anche nel piano urbanistico provinciale: esso contiene infatti anche una serie di decisioni relative a strade e ferrovie statali, e prevede che la Giunta provinciale possa stabilire le caratteristiche di queste strade, anche se statali. Questo i colleghi della provincia di Trento l'hanno ottenuto. L'agricoltura montana, il traffico di transito, la proporzionale, gli ultimi spazi di cui oggi dispongono le Province e la Regione in base all'attuale Statuto, sono dunque minacciati e in parte già svuotati dal potere di indirizzo e coordinamento dello Stato. Io ritengo però che la facoltà di indirizzo e coordinamento possa e debba essere abrogata. Se però l'autonomia sudtirolese non è

garantita a livello internazionale, se essa non è considerata parte integrante dell'Accordo di Parigi, immediatamente susseguente all'Accordo di Parigi, andranno perduti anche questi ultimi spazi di cui godiamo a livello europeo. Ciò interessa in modo particolare i problemi legati al traffico di transito, perché se a tale riguardo non è più possibile stabilire una vera intesa tra Stato e Provincia in modo che lo Stato sia tenuto a rispettare eventuali "no" della Provincia, allora si potrà costruire l'Alemagna, allora tutte le strade statali che abbiamo sul nostro territorio potranno essere trasformate in superstrade, senza riguardo, semplicemente "per esigenze europee", perché l'Europa ne ha bisogno. Lo sappiamo, se l'intesa tra Stato e Provincia non fosse vincolante anche a livello comunitario, da un punto di vista puramente europeo la MEBO, la Venosta-Pusteria farebbero presto a diventare vere superstrade-modello, per non parlare dell'Alemagna, per non parlare della Milano-Ulm. E' necessario dunque che venga meno la facoltà di indirizzo e coordinamento e che il nuovo Statuto di autonomia venga considerato parte integrante e conseguente dell'Accordo di Parigi, altrimenti perderemo questi diritti, questi spazi autonomistici. Perciò anche la Regione, a mio avviso, dovrebbe essere interessata a rivendicare la tutela internazionale del Pacchetto, e così pure la Provincia di Trento, dal momento che anch'essa ne beneficia.

Ma dal momento che il programma di coalizione non tiene conto di tutte queste esigenze, come se fossimo arrivati già al "day after", al "giorno dopo" - tutto già raggiunto, tutto risolto per il meglio - mentre invece non è vero, non me la sento di dare il mio voto favorevole a questa Giunta e a questo programma.)

**PRESIDENTE:** E' iscritto a parlare il cons. Robol. Prima di concederle la parola, vorrei chiedere se pensa di poter esaurire il suo intervento senza toglierle nessun spazio entro le ore 13.00, altrimenti sarebbe intenzione del Presidente sospendere i lavori e convocare la conferenza dei capigruppo per valutare lo stato dei lavori e programmare eventualmente la seduta notturna di cui era già stata prevista l'eventualità. Se non vi sono obiezioni, comunico che alle 13.00 è convocata la conferenza dei capigruppo.

La parola al cons. Robol.

**ROBOL:** Signor Presidente, la ringrazio e sono contento che mi capiti di parlare dopo l'intervento del cons. Benedikter, perché dal dibattito di ieri e di oggi in aula

aleggiava un clima eccessivamente ottimistico, come se la nuova Regione dovesse nascere frutto del caso oppure orfana fin dalla nascita. Ritengo quindi che il cons. Benedikter abbia centralizzato il problema: un clima si costruisce e richiede attenzione, in quanto le convergenze oggi nascono e domani si possono anche eliminare.

Intendo iniziare il mio intervento partendo dalle dichiarazioni programmatiche del Presidente incaricato, il cons. Andreolli. A tal proposito credo sia accaduto poche volte di ascoltare una relazione così sobria, così essenziale, priva di voli pindarici, che fanno tanto sognare, ma che poi alla fine producono un senso di disaffezione progressiva. Credo che il pregio di questa relazione consista nel richiamare tutti a quello che è non tanto il ruolo della Regione, quanto il problema dei contenuti da inventare per la nuova Regione che vogliamo costruire e da questo punto di vista non si tratta di rivendicare ciò che la Regione era ieri o non doveva essere ieri, si tratta proprio di chiamare a raccolta tutte le forze, tutte le energie presenti in quest'aula, ma non solo in questa sede, per delineare il volto e la fisionomia strutturale operativa e direi politica, nel senso alto della parola, di questa Regione.

Mi pare che i riferimenti che vengono fatti nel programma siano in questo senso indicativi. Qualcuno, nella fattispecie il cons. Andreotti si lamentava, in termini esagerati a mio parere, perché la Regione ha superato finalmente il complesso di inferiorità o di sentirsi Provincia autonoma mancata. Credo che la dizione esatta a pagina 4, laddove scrive che la Regione "abbandona definitivamente qualsiasi tendenza a considerarsi una sorta di Provincia autonoma mancata" rappresenti la chiave di volta per capire l'architettura di questo disegno programmatico, intendo dire che la fase vertenziale alla quale si richiamava prima anche il collega Boato deve essere definitivamente sepolta solo quando questo atteggiamento sparisce non solo a livello consiliare, ma a livello di popolo della Regione Trentino-Alto Adige. Da questo punto di vista il lungo intervento, peraltro dettagliato e puntiglioso e peraltro estremamente interessante, del cons. Benedikter spiega come il processo sia molto faticoso, cioè non vorrei che al fondo ancora una volta si fosse sedimentato eccessivamente un atteggiamento esclusivamente di rivalsa, proprio perché si pensava che la Regione dovesse essere una sorta di Provincia o di superprovincia.

Credo che nelle dichiarazioni programmatiche, il Presidente incaricato Andreolli abbia chiarito con un

linguaggio essenzialissimo, privo di fronzoli inutili, come la Regione debba oggi, se vuole avere un futuro davanti, un futuro proiettivo, lasciare perdere quella che è stata la stagione del passato non per un'assenza di senso storico o di non conoscenza storica, ma perché la storia per essere rivisitata serve allo storico e serve dal punto di vista del diletto di quanto è successo nel passato, mentre al politico oggi è necessaria la strumentazione per capire e per modificare il presente e per guidare quelli che vengono chiamati i processi di cambiamento, che intercorrono da qui al 2000 ed in avanti in queste due Province, in questa Regione e nel cuore dell'Europa. In questa proiezione non solo mitteleuropea, ma direi transnazionale e perché no anche mondiale, credo che reinventare un ruolo e soprattutto riempire di contenuti questo ruolo sia un'operazione estremamente importante e ritengo sia necessario a tal proposito partire da un punto fondamentale, che è stato qui ricordato. Allora se si tiene presente questo, si capisce perché in tutto il documento programmatico c'è una serie di riferimenti per così dire di natura realistica, che inondano il dire del Presidente e quindi inondano anche il progetto di coalizione di questa alleanza di governo.

Solo in questo modo a mio parere si può evitare l'atteggiamento catastrofista, pessimista ad oltranza, che è stato nei giorni scorsi sottolineato dal cons. Tonelli, laddove parla di vuoto pneumatico. Anche se alcuni atteggiamenti in questo senso possono in qualche misura farci pensare ad un margine di verità, credo che nell'insieme il discorso, se vuole essere un discorso di prospettiva, debba essere rifondato, tanto è vero che nel discorso del cons. Boato e nell'intervento del cons. Langer di ieri la prospettiva politica viene rivissuta in maniera integralmente diversa, laddove sia uno che l'altro parlano di un intreccio - a mio parere questo è il discorso che deve essere fatto; esaspero forse il discorso del cons. Langer più di quello del cons. Boato - tra diritto e politica e tra le ragioni del diritto, quindi dello Stato e della Regione, e quello che il movimento ed il movimentismo sociale, che in questi anni caratterizza la società del Trentino-Alto Adige e la società delle due singole Province. Direi che proprio nel discorso sulla Regione e sulla cultura della Regione le classiche argomentazioni teoriche, ideologiche, da una parte delle forze risorgimentali e dall'altra delle forze classicamente marxiste hanno dimostrato, a mio parere, i loro limiti interpretativi. Se è vero che nel discorso della Lista Verde qualsiasi riferimento ideologico cede totalmente il

passo ad una serie di elementi che la realtà porta con sé, allora si fanno accenni concreti alla necessità di determinare nell'ambito della Regione una serie di realtà, che rappresentino per il domani il novum della nostra Regione, soprattutto in questa prospettiva transnazionale e mitteleuropea.

Ritengo sia questo il terreno opportuno, senza però cedere a quello che a mio parere è il limite di una cultura che rischia di essere, perché eccessivamente movimentista, populista e quindi raffazzonata e prigioniera di un contingentismo pericoloso; intendo dire che se noi riusciamo a collegare quello che è l'esigenzialismo dei movimenti di oggi con quello che è una certa sacralità del diritto, che dà le sue certezze e che quindi consente anche di rimettere in discussione ciò che oggi non va più bene rispetto a ieri e ciò che non andrà più bene oggi rispetto a domani, solo in questo intreccio, in questo vincolo unitivo è possibile dar vita ad una fisionomia, ad una struttura, ad una serie di iniziative estremamente utili e produttive. Quindi è necessario un salto di qualità culturale complessiva, che tutte le forze politiche debbono impegnarsi a fare; ma ricordiamoci che la nuova Regione nasce anche all'interno di quest'aula, che richiede un minimo di maggior attenzione e di presenza da parte dei consiglieri regionali. E' inutile che noi pensiamo di formare o di fondare la nuova Regione in un clima di convivenza che supera la fase della vertenza, se poi il Consiglio regionale viene esasperatamente dimenticato, oppure se si verifica una latitanza del consigliere regionale a tutto vantaggio di quella che è l'autonomia delle due singole Province. Parliamoci chiaro, il discorso di questo processo di un sentire diverso della Regione credo nasca anche dal fatto che le nostre due Province abbiano vissuto e stiano vivendo in virtù del 1972 una sorta di eccesso di peso reciproco, di potere politico ed in qualche misura abbiano scoperto e stiano scoprendo adesso una loro singola solitudine, dalla quale bisogna sicuramente uscire. In questo senso interpreto anche il raccordo tra il Presidente della Giunta provinciale di Trento e rispettivamente di quella di Bolzano, laddove l'intuizione di una sorta convivenziale o di destino comune si fa più esigente, proprio nel momento in cui le due Province si sono date effettivamente una struttura di autonomia, per cui da un'autonomia rigida delle due singole Province ritengo nasca il bisogno di un clima che affratelli in qualche misura le Province stesse ed in questo contesto il clima del Consiglio regionale emerge in tutta la sua forza, anche rafforzato dalle dichiarazioni



del Presidente incaricato.

A tal proposito, se noi analizzassimo non solo sul piano semantico, ma anche sul piano politico la serie di riferimenti a pagina 22, laddove si richiama l'articolo 35 dello Statuto, o a pagina 8, dove si precisa in cosa consiste la Regione, o a pagina 22 sui grandi temi del Consiglio regionale, si rivelerebbe un tipo di assemblea non più ripiegata su se stessa, ma che fa dell'alta politica la politica quotidiana, proprio per dare in tutta Europa il suo esempio di dibattito profondo. A pagina 22 leggo per esempio: "Nell'obiettivo di sottolineare ciò che ci unisce, nel valutare solidarietà e difese, la Giunta ed il Consiglio potranno porre attenzione anche a gravi problemi che oggi non conoscono confini, sono quelli ad esempio che riguardano l'emigrazione, le tematiche della pace e della povertà, i traffici, l'incidenza dei gruppi economici multinazionali, la sfida delle nuove tecnologie, la difesa della terra dalla minaccia degli inquinamenti e della sua possibile distruzione per l'incapacità degli uomini a coniugare progresso tecnologico e salvaguardia del patrimonio naturale".

Quando nelle dichiarazioni programmatiche questi temi vengono affrontati come momento di dibattito della massima assemblea legislativa della Regione, è evidente che vi è sottesa, ma non troppo e non esclusivamente, una volontà politica di ridefinire all'interno del ruolo generale un compito primario di questo istituto, al fine di riscoprire la volontà politica di determinarne il futuro, in modo che la popolazione venga chiamata ad autogestirsi e ad autogovernarsi; in questa attività di autogoverno l'autonomia trova la sua massima esplicitazione. In questo modo verrebbe superata quella dicotomia che in qualche modo è serpeggiata nelle due singole Province e credo che qui nessuno si dovrebbe scandalizzare se i trentini, per quanto riguarda i trentini, dovessero fare una sorta di autocritica sul motivo per il quale in passato l'istituto regionale non ha trovato quella rispondenza che forse avrebbe dovuto trovare, dovuto probabilmente al fatto che l'attenzione, come capita spesso, verso i pargoli è maggiore; ma adesso che la Provincia ha una sua autonomia adulta e la fase vertenziale o sindacalista, come qualcuno la chiama, è finita, è evidente che fatta la necessaria autocritica da parte delle singole Province debba nascere e svilupparsi questo clima politico di concordia e di convivenza.

A mio parere questa è la terza fase dell'autonomia, cioè la fase della solidarietà e della convivenza effettiva, non si tratta di rivendicare

nostalgicamente un passato senza futuro, un passato che nessuno vuole ricordare, ma di dare forza, razionalità e senso a quello che è il cammino del presente. Da questo punto di vista le affermazioni del rappresentante del P.A.T.T., emerse nel corso del dibattito sull'elezione del Presidente dell'assemblea, sono da rifiutarsi nella maniera integrale, qui siamo per la celebrazione massima dell'assemblea legislativa.

Non entro nel merito delle alleanze di governo, perché su questo parlerà il capogruppo, però se nel legislativo si avanzano delle dichiarazioni di preferenzialità, siamo fuori dalla logica di massima correttezza del sistema democratico e del sistema assembleare parlamentare, per cui ritengo in questo senso qualsiasi voce, qualsiasi sintomo di mercato deve essere lasciato fuori di quest'aula. Come consigliere regionale, come persona singola che vuole essere in qualche misura attenta a quanto succede nelle istituzioni ed attorno ad esse, non posso minimamente accettare riferimenti che in qualche misura abbassino il livello del rispetto per le istituzioni. Bisogna rendersi conto che esiste una "sacralità" delle istituzioni, delle camere parlamentari o del Parlamento locale, che deve essere posta al primo piano, sia che si tratti di assemblea provinciale, sia che si tratti di assemblea regionale; sul resto possiamo discutere fin che vogliamo, ma da questo punto di vista credo che il discorso debba essere chiaro fino in fondo.

Concludo questo brevissimo intervento, rilevando come un'altra affermazione acquisisca valore politico fondamentale, la troviamo a pagina 5, laddove si mette in luce che l'autonomia non è una conquista definitiva una volta per sempre. Chi ha senso storico quindi deve assolutamente adeguare la storicità di un processo ai vari momenti di esso, oggi l'autonomia esige l'entrata in questa fase dove certo vi sono delle questioni aperte, ma dove in questo clima di rapportualità di convivenze e di dialogo queste questioni possono trovare una loro conclusione; non sarà una conclusione definitiva, credo che la storia non possa mai risolvere definitivamente le questioni, certo però che coniugando l'ideale universale con la storicità concreta si riesce a progredire. Quando ieri il cons. Craffonara fingeva di non capire cosa intendesse il Presidente, laddove nelle dichiarazioni fa riferimento alle radici, dico che il problema non è quello di una cultura illuministica che universalizza le popolazioni, il problema è quello delle radici che diversificano, sui valori di fondo gli uomini, ma nel metterli insieme, seppure di razza, di colore e di paese e di sesso diverso, riescono a

trovare a livello di alta umanità il loro punto di incontro. Questa è la cultura storica, umanistica ed è la cultura di oggi, non a caso proprio quando le due Province, quindi questa porzione di terra europea, riescono a trovare ed a realizzare il meglio di sé, in quel momento nascono le ragioni di una solidarietà superiore, anche questo dovrebbe fare riflettere. Certo, il livello culturale sarà il Mercato europeo, sarà una configurazione della nuova Europa, ma credo che al di là di tutto questo le ragioni dello spirito hanno il loro peso ed il loro rilievo.

Signor Presidente e consiglieri, credo sia assolutamente da prendere in considerazione questa realtà come segno dei tempi. Non è sempre vero che in una situazione di debolezza e di fragilità o di miseria nascono le ragioni di solidarietà e la testimonianza di questo viene offerta proprio dallo Statuto di autonomia e dal grado di potere che oggi hanno le due Province autonome; il fatto che i due Presidenti, i due Consigli provinciali, che i consiglieri dei vari gruppi sentano il bisogno di dar vita a forme di solidarietà e di iniziativa concreta sta a significare secondo me quanto sia importante capire i segni dei tempi. Oggi la Regione vuole ritrovare le ragioni di se stessa e queste ragioni, che il cons. Benedikter ha richiamato criticandole, le invero invece in quelle affermazioni perché lì sta il ruolo e l'identità di questa Regione degli anni 2000, verso i quali noi stiamo avanzando.

**PRESIDENTE:** Grazie, consigliere Robol, anche per avere accolto la richiesta della Presidenza. Se nessuno è contrario, sospendo la seduta e convoco la conferenza dei capigruppo nella sala n. 2 delle Commissioni legislative. I lavori riprenderanno alle ore 14.30.

(ore 12.42)

(ore 14.33)

**PRESIDENTE:** La seduta riprende. Prima di dare la parola al prossimo oratore comunico quanto è stato stabilito a mezzogiorno dal collegio dei capigruppo. Si procederà adesso con gli interventi dei singoli consiglieri, cercando di esaurire il dibattito entro le ore 18.00 di questa sera.

Si pregano pertanto gli oratori, questa è una preghiera, di cercare di contenere i loro interventi, al fine di permettere a tutti di parlare entro tale ora. Non si terrà la seduta notturna preannunciata nella

convocazione ed il Consiglio sarà riconvocato per giovedì prossimo 27 aprile dalle ore 9.00 alle ore 14.30, per dare la possibilità di replica al cons. Andreolli e per procedere poi all'elezione della Giunta regionale.

La parola alla cons. Klotz.

**KLOTZ:** Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Dr. Alfons Benedikter hat bereits heute früh sehr vieles von dem vorweggenommen, was ich eigentlich in Zusammenhang mit der Regierungserklärung und mit dem Koalitionsabkommen anzubringen gehabt hätte. Vor allen Dingen nämlich geht es wirklich um die Begriffsbestimmung und um die Wertung eines Begriffs, nämlich den der Autonomie im Lichte der derzeitigen Situation, der derzeitigen Inhalte, aber auch der Entwicklungen, wie wir sie eben aus den letzten Jahren auf römischer Ebene kennengelernt haben. Da nun Dr. Benedikter ganz klar vor allen Dingen den Ausführungen der Regierungserklärung auf Seite 2 und folgende widersprochen hat, glaube ich, das nicht mehr wiederholen zu müssen. Vor allen Dingen hat er sich mit der Aussage auseinandergesetzt - ich zitiere: "Auf der Grundlage des Paketes muß heute angenommen werden, daß die Probleme unserer im Hinblick auf das Zusammenleben aber auch in Hinsicht auf einen gemeinsamen Fortschritt gesammelten Erfahrungen auf eine insgesamt positive Lösung ausgerichtet sind." Auch ich möchte ganz kurz und zusammenfassend sagen, daß es wohl ein ganz klarer Selbstbetrug ist, noch von echter Autonomie zu sprechen und davon, daß nun die insgesamt positive Lösung zu unseren Füßen liegt. Es sind dann noch weitere Aussagen enthalten, und zwar auf Seite 6 beispielsweise: "Man will sich darauf konzentrieren, den Schutz der Autonomie vor weiterhin möglichen Versuchen zu deren Einschränkung oder Beeinflussung einzudämmen." Also den Schutz der Autonomie vorzunehmen und vor weiterhin möglichen Versuchen zu deren Einschränkung oder Beeinflussung abzuschirmen. Aber ich frage mich, wie will man das? Angesichts der Tatsache, daß eben in Rom vollendete Tatsachen geschaffen werden, angesichts des Umstandes, daß dort im geschickten Gegenspiel zwischen Parlamentsbeschlüssen einerseits und Dekreten andererseits und Bestätigungen durch den Verfassungsgerichtshof noch von dritter Seite wir vor eine Situation gestellt werden, in der wir eigentlich ganz andere Lösungen anstreben müßten. Es stimmt, daß sich der designierte Präsident des Ausschusses mit den möglichen Gefahren auseinandersetzt, ohne diese aber ganz konkret zu nennen und ohne zu erwähnen, mit welchen Mitteln er dagegen ankämpfen will. Ich meinerseits hielte es zumindest für

notwendig, viel entschiedeneren Schritte zu setzen, als nur das Ersuchen, als nur eben immer den Ausblick, die Ausrichtung, auf die brave innerstaatliche Regelung. Schauen wir uns die Entwicklung in Estland an, schauen wir uns die Entwicklung in Ungarn an, wo der Weg zur echten Autonomie, zum echten Föderalismus gerade stattfindet. Und wir machen in diesem Prozeß Rückschritte im Westen, indem wir einfach auf echte Autonomie verzichten. Das ist ja im Grunde genommen das Begeisternde an dieser osteuropäischen Entwicklung. Dort, wo man glaubte, daß der Wille des Volkes endgültig gebeugt oder gebrochen worden sei, daß sich dieser Wille neu formiert, daß man mit viel Phantasie und mit kleinen Schritten, aber mit wohldosierten, mit wohldurchdachten kleinen Schritten, eben einer Entwicklung zugeht, an deren Ende der Föderalismus steht, die Eigenständigkeit steht, ja die Selbstbestimmung der einzelnen Völker. Und die baltischen Staaten machen keinen Hehl daraus, daß sie sich mit keiner Autonomie begnügen, sondern daß ihnen das zu wenig ist. Sie verlangen mehr. Sie streben mehr an und sie setzen Schritt für Schritt ganz konsequent in diese Richtung, völlig friedlich, ohne Blutvergießen, weil immer wieder vorgehalten wird, wer die Selbstbestimmung verlangt, der sei ein Kriegstreiber. Das ist nicht wahr! Wir haben alle rechtliche Grundlagen. Wir haben alle Staaten, die etwas auf sich halten auf dieser Seite des Naturrechtes. Das ist mit ausschließlich friedlichen Mitteln, mit ausschließlich legalen Mitteln anzustreben. Und so verstehen auch wir unseren Einsatz und unsere Überzeugung, auch unser Modell.

Ich komme nun kurz zu einem anderen Aspekt. Ich möchte auch Positives anmerken. Zum Beispiel, daß man vom Problem der Ladinern spricht und das ist nur allzu recht und billig, daß man auch vom Schutz der übrigen Sprachgruppen spricht. Ich nehme wohl an, daß der designierte Präsident auch an die Fersentaler gedacht hat, an die Bevölkerung von Lusern, an die vielen deutschsprachigen Enklaven. Vor allen Dingen spricht er ausdrücklich von den Ladinern. Aber wenn man die Ladinern respektiert und endlich deren Existenz bestätigt - bisher ist deren Existenz ja mehr oder weniger verheimlicht worden, man hat sie bis heute nicht einmal zahlenmäßig erfaßt und daher sehe ich schon einen positiven Ansatzpunkt, wenn der Ausblick enthalten ist, man wolle bei der nächsten Volkszählung im Trentino auch die Trentiner mitzählen - dann halte ich das für eine positive Ankündigung.

Dann ist hier die Rede, daß durch die Stärkung, durch den Schutz und durch die Förderung der Autonomie, auch der europäischen Gemeinschaft eine größere politische

Macht eingeräumt werden soll. Dem kann ich leider nicht zustimmen. Auch das würde ich als kleinen Selbstbetrug bezeichnen. Mit einer Scheinautonomie oder sagen wir einer Lösung oder Nichtlösung, die man höchstens als einen Akt der Dezentralisierung bezeichnen kann, kann man das nicht stärken, was Europa friedlich aber auch effizient machen kann, nämlich die echt gleichberechtigte Partnerschaft. Der Föderalismus wird es sein. Es wird nicht das Europa der Staaten sein, das die dritte Kraft in der Welt bilden kann, weil in einer solchen Situation der Friede nie gewährleistet ist, wo die kleineren Einheiten nicht gesichert sind, wo die kleineren Einheiten immer nur von Gnaden der sogenannten würdigen Nationen oder anerkannten Nationen existieren. Schauen Sie sich das Europa von heute an. Schauen Sie sich die Krisenherde an. Wo gibt es Auseinandersetzungen? Wo gibt es blutige Konflikte? Überall dort, wo ein Volk über ein anders bestimmt. Überall dort, wo es eben an echter Bundesgenossenschaft fehlt, weil echte Bundesgenossenschaft eben bedeutet, daß der eine dem anderen nicht in seine Angelegenheiten hineinredet und umgekehrt. Des weiteren aber auch, daß beide gleich akzeptiert sind und beide gleich abgesichert sind. Damit wäre ich bei einem sehr wichtigen Aspekt dieser Region hier. So wie diese Region heute funktioniert, ist sie im Grunde genommen eigentlich eine ziemlich uneffiziente Einrichtung, die man auch heute oder morgen auflösen könnte, deren Zuständigkeiten man viel besser auf die beiden Länder übertragen sollte, um dann zu einer echten freundschaftlichen, brüderlichen Zusammenarbeit zu kommen, dort wo es gemeinsame Interessen und gemeinsame Anliegen gibt. Aus der Gleichwertigkeit, aus dem Partnerschaftsgedanken, aus dem Begriff des Föderalismus, - Födus, das heißt ja Bundesgenosse, das heißt ja echte Zusammenarbeit, Zusammenschluß-entspringt eine wirklich effiziente Freundschaft. Nur so kann es ganz konkrete Aktionen geben, im gegenseitigen Interesse, zum beiderseitigen Wohl, und man wird diesen Weg unweigerlich finden, so wie es die Kontakte zwischen Südtirol und Nordtirol gibt, in den gemeinsamen Tiroler Landtagen, die leider viel zu wenig oft einberufen werden. Aber das sind die natürlichen Bundesgenossenschaften und eine solche Bundesgenossenschaft auf freiwilliger Basis, auf gleichberechtigter Basis wird es selbstverständlich in Zukunft auch mit dem Trentino geben. Ich habe bereits in den letzten fünf Jahren die meisten der hier anwesenden Kollegen als integrale, freundliche Menschen kennengelernt. Aus diesem Grunde bin ich weit davon entfernt, auf die Trentiner oder auf das Trentino zu schimpfen. Ich möchte

nur sagen, daß man diese Gemeinsamkeiten, die in der Geschichte immer vorhanden waren und zu denen auch wir vom Südtiroler Heimatbund uns bekennen, daß man die ganz anders gestalten könnte, auf einer ganz anderen Ebene, wo keiner den Eindruck oder die Angst haben müßte, vom anderen übervorteilt zu werden, vom anderen fremdbestimmt zu werden oder irgendwo nur herhalten zu müssen für ein fiktives Dach, das man halt erhalten will, damit der italienische Staat in seinem Stolz nicht gekränkt wird oder sein Gesicht nicht verliert. Aber auf der Basis des echten Föderalismus, der echten Bundesgenossenschaft, verehrte Damen und Herren, könnte man zu einer ganz anderen Zusammenarbeit finden. Dessen bin ich mir bewußt und davon bin ich überzeugt.

Ich komme nun zu einigen wenigen sachlichen Aspekten im Regierungsprogramm. Und zwar beispielsweise der Ankündigung, daß man die Wahlgesetze überarbeiten will. Wir wissen schon von der letzten Legislatur her noch, was damit gemeint ist. Es ist zwar hier wunderschön umschrieben, so daß man meinen müßte, wenn das jetzt nicht in die Praxis umgesetzt wird, dann stürzt die Welt der Region zusammen. Hier steht: "Es ist zur Gewährleistung einer größeren institutionellen Stabilität nach geeigneten technischen Lösungen zu suchen." Welche Stabilität? Daß morgen nur noch zwei oder drei Parteien hier vertreten sind? Ist das wirkliche Stabilität, verehrte Herren? Wo bleibt der vielgepriesene Pluralismus? Wo bleibt das, was eigentlich unser aller Anliegen sein müßte, nämlich so viel direkte Demokratie als möglich? Die absolut direkte Demokratie wird nicht möglich sein, aber man müßte zumindest so viel als möglich anstreben. Technische Lösungen? Ja, die Fünf-Prozent-Klausel ist natürlich eine technische Lösung. Auch das Vollmandat ist eine technische Lösung. Es gibt auch noch andere technische Lösungen. Nur kann ich natürlich einem Programm nicht meine Zustimmung geben, das unsere Präsenz hier ausradieren will. Das werden Sie mir nicht übelnehmen können und das werden die einen oder die anderen auch wahrscheinlich verstehen können. (...mir fehlen ca. 700-800 Stimmen). Die Hürde für die Wahl in den Regionalrat ist hier angegeben. Man redet sich immer wieder hinaus, daß in allen zivilisierten Ländern solche Klauseln gelten. Das mag zum einen stimmen. Es gibt so etwas in Österreich, es gibt das in Deutschland, aber ich meine, daß wir uns hier in einer ganz anderen Situation befinden und daß das der Demokratie und dem Pluralismus ganz und gar nicht förderlich ist. Deshalb, das ist einer der Aspekte, weshalb ich diesem Programm nicht meine Zustimmung geben kann.

Das Nächste - und das hat schon mein Vorredner Dr. Benedikter angedeutet und angesprochen - ist natürlich

das Problem der Ausübung des passiven Wahlrechtes. Da steht von einer Vertiefung des Problems. Es ist also sehr sachte angedeutet. Es beinhaltet alles und nichts. Es ist also eigentlich nicht verfänglich, könnte man meinen, aber daß es hier angesprochen wird - unter Punkt 2.2.2 - das ist ein deutlicher Hinweis, daß es eine Wichtigkeit und eine gewisse Brisanz durchaus hat. Es kommt dann weiter noch die Ordnung der Sanitätskörperschaften. Wir haben in der letzten Legislatur noch ein Gesetz verabschiedet, mit welchem die Privatverhandlungen bei Vergabe von großen Aufträgen bei den Sanitätseinheiten - man denkt vor allen Dingen an die Reinigungsfirmen, an die Reinigungsarbeiten - wiederum bestätigt worden ist, und dem kann ich nach wie vor nicht meine Zustimmung geben. Ich habe damals gegen diesen Passus des Gesetzes gestimmt, weil es eines unserer Erfordernisse ist - vor allen Dingen in Südtirol -, daß wir eben unsere Landsleute in diesen Stellen unterbringen können. Durch diese Privatvergabe öffnet man Tür und Tor, daß provinzfremde Firmen, ja man kann vielleicht sagen Tausende von provinzfremden Arbeitern in Südtirol anstellen, und obwohl wir von jeder Spur von Rassismus weit weg sind, bekennen wir uns zur Vertretung der Interessen unserer Landsleute und ich glaube, jedem ist Achtung entgegenzubringen - auch von unseren Trentiner Kollegen - und wir bringen auch jenen Trentinern Kollegen alle Achtung entgegen, die die Interessen ihrer Bevölkerung in erster Linie wahrnehmen. Aus diesem Grund ist das eben für mich auch ein Anliegen, auf das ich nicht verzichten kann und das bereits in der letzten Legislatur nicht zielführend gelöst worden ist. Ich muß also annehmen, daß man diese Technik - nennen wir es einmal so - weiterhin beibehalten will.

Ich möchte zum Abschluß kommen, weil ich annehme, daß sich andere auch noch zu Wort gemeldet haben. Die Ansässigkeitsklausel von 4 Jahren für das passive Wahlrecht halte ich aus politischen Gründen für unaufhebbar. Ich halte es für eine Art programmierten politischen Selbstmord in Südtirol, von dieser Klausel abzugehen oder auch nur in Erwägung zu ziehen, davon abzurücken und zwar aus mehreren Gründen. Man könnte damit das Wahlergebnis auch in Südtirol manipulieren. Man könnte zu Ergebnissen kommen, die die Realität Südtirols in der politischen Vertretung auf den Kopf stellen. Zum Beispiel, nehmen wir an, eine Partei stellt Bettino Craxi, stellt Giulio Andreotti, als Kandidaten auf; wie heißt der berühmte Filmschauspieler Corrado...Placido? Gehen wir davon aus, eine Partei kommt auf die Idee, einen ganz berühmten Sänger oder eine ganz berühmte italienische Sängerin als Kandidatin aufzustellen:



Ja, meine verehrten Kollegen von der Südtiroler Volkspartei, seid Ihr Euch sicher, daß Eure Volksparteianhänger nicht auch diesen Michele Placido wählen und...wie heißt die berühmteste Schlagersängerin momentan...? Das könnte das Ergebnis wirklich auf den Kopf stellen. Wir könnten morgen theoretisch eine Vertretung des Südtiroler Landtages haben, der Südtirol zum ersten Mal bei Wahlkundgebungen betreten hat. (...Nein, nicht so schlecht. Sie sind weniger bekannt. Ein Filmschauspieler und eine beliebte Sängerin ziehen heute mehr. Mit dieser Realität müssen selbst wir uns auseinandersetzen). Das könnte wirklich zu ganz schwerwiegenden Veränderungen der politischen Repräsentanz in Südtirol auch kommen. Aus diesem Grunde will ich wirklich davor warnen und das auch abschließend noch einmal sagen. Das waren jetzt einige ganz wenige Aspekte, aber sehr viele Aspekte sind im Koalitionsprogramm ja auch nicht gerade enthalten, hier expressis verbis. Mündlich wird es wahrscheinlich noch ein paar andere Vereinbarungen geben, nehme ich an. Aber aus diesem Grunde kann ich denen meine Zustimmung zumindest nicht geben. Bei aller Sympathie für den designierten Präsidenten. Ich habe gegen seine Person überhaupt nichts.

Aber dieses Regierungsprogramm entspricht nicht meinen Vorstellungen und auch nicht den Vorstellungen von echtem Föderalismus, von echter Selbstbestimmung der Völker und Zusammenarbeit auf gleichberechtigter freundschaftlicher Basis.

(Egregio Signor Presidente! Stimati colleghi e colleghi! Il dott. Alfons Benedikter ha anticipato questa mattina già molto di quel che io avrei voluto veramente presentare in relazione con le dichiarazioni programmatiche e con l'accordo di coalizione.

Si tratta soprattutto della definizione e della valutazione di un concetto, del concetto di autonomia alla luce della situazione attuale, dei contenuti attuali, però anche degli sviluppi, per come li abbiamo conosciuti negli ultimi anni a livello statale.

Dato che il dott. Benedikter ha protestato molto chiaramente soprattutto contro il contenuto delle dichiarazioni programmatiche, io credo di non dover più ripetere ciò. Si è occupato soprattutto dell'affermazione, - io cito: "Con il "Pacchetto" si deve oggi ritenere che i problemi della nostra esperienza in termini di convivenza, ma anche di comune progresso, siano impostati verso una soluzione complessivamente positiva." Anch'io desidero dire brevemente ed in maniera riassuntiva che è pura illusione parlare qui ancora di vera autonomia e dire che la

soluzione complessivamente positiva giace ora ai nostri piedi. Sono contenute poi altre affermazioni, ad esempio a pagina 6: "Si vuol concentrare le proprie forze per contenere la difesa dell'autonomia rispetto a tentativi, sempre possibili, di una sua limitazione o di un suo condizionamento." Difendere quindi l'autonomia e proteggerla da tentativi, sempre possibili, di una sua limitazione o di un suo condizionamento. Ma io mi domando, come riusciremo ad ottenere ciò? Tenendo conto del fatto che a Roma si è messi appunto di fronte al fatto compiuto e considerando la circostanza, in base alla quale, nell'abile gioco tra le decisioni parlamentari da una parte, i decreti dall'altra e le conferme della Corte Costituzionale da una terza parte, ci troviamo di fronte ad una situazione, nella quale dovremmo in realtà mirare a soluzioni ben diverse. E' vero che il Presidente designato della Giunta si è occupato dei possibili pericoli, senza nominarli concretamente e senza dire con quali mezzi vuole combatterli. Da parte mia ritenni per lo meno necessario fare dei passi più decisi che non solo appellarsi, che non sempre solo rivolgersi all'"efficiente" ordinamento statale interno. Guardiamo allo sviluppo in Estonia, a quello in Ungheria, dove si sta trovando la via verso la vera autonomia, verso il vero federalismo. Ed in questo processo noi facciamo in Occidente passi all'indietro, in quanto rinunciamo semplicemente alla vera autonomia. Questo è in realtà ciò che entusiasma in questo sviluppo dell'Europa orientale. Laggiù, dove si credeva che la volontà del popolo fosse stata piegata o spezzata una volta per sempre, dove questa volontà si sta formando nuovamente, tanto che con molta fantasia e con piccoli passi, ma con passi ben dosati e ben ponderati si va verso uno sviluppo che culmina con il federalismo, l'autonomia, l'autodeterminazione dei singoli popoli. E gli stati baltici non nascondono che non si accontentano di nessuna autonomia, anzi che questo è troppo poco per loro. Pretendono di più. Aspirano a qualcosa di più e fanno coerentemente in questa direzione un passo dopo l'altro, pacificamente, senza spargimento di sangue, in quanto è stato sempre rimproverato a chi voleva l'autodeterminazione d'essere un guerrafondaio. Questo non è vero! Noi abbiamo tutti delle basi giuridiche. Tutti gli stati che vogliono essere rispettati difendono quest'aspetto`aspetto del diritto naturale. A ciò si può aspirare con mezzi esclusivamente pacifici, con mezzi esclusivamente legali. Ed in questo senso intendiamo anche il nostro impegno e la nostra convinzione, anche il nostro modello.

Parlerò ora brevemente di un altro aspetto.

Desidero far notare anche qualcosa di positivo. Ad esempio che si parla del problema dei ladini e che è sin troppo giusto parlare anche della difesa degli altri gruppi linguistici. Io ammetto che il Presidente designato ha pensato anche agli abitanti della Valle del Fersina, alla popolazione di Luserna, alle molte enclavi di madrelingua tedesca. Egli parla soprattutto espressamente dei ladini. Ma se si rispettano i ladini e si conferma finalmente la loro esistenza - finora la loro esistenza è stata più o meno tenuta nascosta, fino ad oggi non li si è neppure contati numericamente e per questo io considero già un punto di partenza positivo il fatto che ci sia la prospettiva di contare al prossimo censimento in Trentino anche i ladini del Trentino - questa io la ritengo una notizia positiva.

Si è poi detto che attraverso il rafforzamento, la difesa e l'incremento dell'autonomia dovrà essere data anche alla Comunità Europea una potenza politica maggiore. Questo io non lo posso purtroppo approvare. Anche questo lo definirei una piccola illusione. Con una autonomia apparente o diciamo con una soluzione o non-soluzione che si può definire tutt'al più come un atto di decentralizzazione, non è possibile rafforzare ciò che l'Europa può fare in maniera pacifica, però anche in maniera efficiente, vale a dire la partecipazione paritetica. L'unica soluzione sarà il federalismo. Non sarà l'Europa degli stati a costituire la terza forza nel mondo, perché in una situazione simile la pace non è garantita, dove le unità più piccole non sono salvaguardate, dove le unità più piccole esistono sempre solo grazie alla misericordia delle cosiddette nazioni degne o delle nazioni riconosciute. Osserviamo l'Europa di oggi. Guardiamo i focolai di crisi. Dove ci sono discordie? Dove ci sono conflitti sanguinosi? Ovunque dove un popolo comanda su di un altro. Ovunque dove manca una vera confederazione, perché vera confederazione significa appunto che l'uno non s'immischia nelle faccende dell'altro e viceversa. Ma significa anche che ambedue siano accettati nello stesso modo e godano delle stesse garanzie. E con ciò sarei giunta ad un aspetto molto significativo di questa nostra Regione. Così come è strutturata oggi, la Regione è in fondo un'istituzione abbastanza inefficiente, che si potrebbe sciogliere anche subito o in un prossimo futuro e le cui competenze potrebbero passare alle due Province. Così si arriverebbe ad una amichevole e fraterna collaborazione su questioni e problemi di interesse comune. Un'amicizia veramente solida nasce infatti dalla parità, dal concetto di partecipazione e di federalismo - foedus significa

infatti alleato, significa vera collaborazione, accordo-  
.Solo da tutto ciò nascono fatti concreti nell'interesse  
reciproco e per il bene comune, ed è questa la via che va  
seguita, così come si è fatto per i contatti tra il  
Sudtirolo e il Tirolo del Nord che periodicamente - anche  
se troppo raramente - si riuniscono in sede di Consiglio  
provinciale congiunto. Queste sono le confederazioni  
naturali ed una tale confederazione dovrà essere costituita  
volontariamente e su base paritetica in futuro anche con il  
Trentino .Negli ultimi cinque anni ho potuto conoscere la  
maggior parte dei colleghi trentini qui presenti come  
persone integre e cortesi. Per questo motivo non intendo in  
alcun modo inveire contro il Trentino ed i trentini.Vorrei  
dire soltanto che si potrebbero gestire in modo  
completamente diverso tutti questi aspetti comuni che sono  
sempre stati presenti nella storia e nei quali anche noi  
del Südtiroler Heimatbund ci riconosciamo, che si potrebbe  
gestirli ad un livello completamente diverso, dove nessuno  
dovrebbe temere o avere l'impressione di essere scavalcato  
dall'altro, di essere soggiogato dall'altro oppure di  
dovere far finta di stare sotto lo stesso tetto per non  
offendere lo stato italiano nel suo orgoglio o per non  
fargli perdere la faccia.Ma sulle basi di un autentico  
federalismo, di una vera confederazione - signori e  
signore- si potrebbe costruire una collaborazione  
completamente diversa. E di questo ne sono convinta e ci  
credo profondamente.

Ed ora vorrei fare riferimento ad alcuni aspetti  
in particolare del programma di Giunta, come per esempio  
quello relativo alla revisione delle leggi  
elettorali.Sappiamo già dalla legislatura passata che cosa  
s'intenda con ciò. Qui si è cercato di circoscrivere questo  
aspetto in modo tale che se non dovesse essere attuato il  
mondo della Regione sembri crollare. Qui si dice : "Al fine  
di garantire una maggiore stabilità istituzionale sono da  
ricercare idonee soluzioni tecniche". Ma di quale stabilità  
si parla? Che un domani qui siano rappresentati solo due o  
tre partiti? E'questa vera stabilità, signore e signori? E  
che cosa ne rimane del tanto esaltato pluralismo? Cosa ne  
resta di ciò che dovrebbe rappresentare il nostro interesse  
maggiore, ovvero la massima democrazia diretta? L'assoluta  
democrazia diretta forse non sarà possibile, ma almeno si  
dovrebbe tendere quanto più possibile verso questo fine.  
Soluzioni tecniche? Ebbene, forse la clausola del 5%  
rappresenta una soluzione tecnica. Anche il mandato pieno è  
una soluzione tecnica. Ma ci sono anche altre soluzioni  
tecniche. Ma chiaramente non posso dare la mia approvazione  
ad un programma che intende eliminare la nostra presenza in

questo consesso. Spero che per questo voi non ve ne abbiate a male e penso che gli uni o gli altri ne potranno forse anche comprendere la ragione.(.....mi mancano circa 700-800 voti). Qui si parla anche delle difficoltà esistenti in sede di elezione del Consiglio regionale. E spesso ci si giustifica dicendo che tale clausola esiste anche in molti altri paesi civilizzati. Ciò può anche essere vero da un lato -infatti esiste anche in Austria ed in Germania-, tuttavia ritengo che qui ci troviamo di fronte ad una situazione molto particolare e che ciò nuocia nel caso specifico alla democrazia ed al pluralismo. Alla luce di queste considerazioni non potrò dare quindi la mia approvazione al presente programma.

Il prossimo punto, già accennato e trattato dall'oratore che mi ha preceduto, il dott. Benedikter, è naturalmente il problema dell'esercizio del diritto elettorale passivo. Qui si parla di un approfondimento del problema. E' accennato in maniera molto delicata. Contiene tutto e niente. Si potrebbe pensare che non è nulla di insidioso, ma il fatto che venga trattato in questa sede - al punto 2.2.2 - è una chiara allusione all'importanza ed alla forza dirompente di questo problema. C'è inoltre il problema dell'ordinamento degli enti sanitari. Durante l'ultima legislatura abbiamo varato una legge, con la quale sono state confermate nuovamente le trattative private per appalti presso le Unità sanitarie - si pensi soprattutto alle imprese di pulizia, ai lavori di pulizia - e neppure a questo posso dare il mio consenso. Allora avevo votato contro questo passaggio della legge, perché è una delle nostre esigenze - soprattutto in Sudtirolo - che noi riusciamo a collocare la nostra gente in questi posti. Grazie alla assegnazione privata di lavori si spalancano le porte all'assunzione di migliaia di lavoratori che vengono da fuori provincia da parte di ditte non della Provincia di Bolzano e benchè noi disdegnamo qualsiasi espressione di razzismo, ci dichiariamo portavoce degli interessi della nostra gente e io credo che si debba portare rispetto ad ognuno - anche da parte dei nostri colleghi trentini - e noi portiamo rispetto anche a quei colleghi trentini che tutelano in primo luogo gli interessi della loro popolazione. Per questo motivo questo è anche un mio proposito al quale io non posso rinunciare e che non è stato risolto con un esito soddisfacente neppure nell'ultima legislatura. Devo quindi supporre che si voglia mantenere ulteriormente - diciamo così - questa tecnica.

Desidero ora concludere, perché credo che anche altri abbiano chiesto la parola. Per motivi politici ritengo inamovibile la clausola della residenza

quadriennale per il diritto elettorale passivo. Ritengo che sia una specie di suicidio politico programmato in Sudtirolo discostarsi da questa clausola o anche solo pensare di lasciarla da parte e ciò per vari motivi. Si potrebbe in questo modo manipolare anche il risultato delle elezioni in Sudtirolo. Si potrebbe giungere a risultati che capovolgerebbero la realtà del Sudtirolo per quanto riguarda la rappresentanza politica. Supponiamo ad esempio che un partito presenti quale candidato Bettino Craxi o Giulio Andreotti; come si chiama quel famoso attore di cinema Corrado...Placido? Partiamo dal presupposto che un partito abbia l'idea di presentare quale candidato un famoso cantante o una famosa cantante italiana: ebbene, egregi colleghi della Südtiroler Volkspartei, siete sicuri che gli aderenti al vostro partito non votino anche questo Michele Placido e...come si chiama la più famosa cantante del momento...? Ciò potrebbe veramente capovolgere il risultato. Noi potremmo avere domani in teoria dei rappresentanti nel Consiglio provinciale di Bolzano che mai prima si erano presentati in Sudtirolo quali candidati alle elezioni. (...No, non così male. Lei è meno conosciuto. Un attore di cinema ed una popolare cantante attirano oggi di più. Noi stessi veniamo messi a confronto con questa realtà). Ciò potrebbe veramente portare a seri cambiamenti all'interno della rappresentanza politica in Sudtirolo. Per questo motivo voglio veramente mettere in guardia e ribadirlo ancora una volta a conclusione del discorso. Questi erano solo alcuni aspetti, ma molti aspetti non sono neppure contenuti nel programma di coalizione, detto qui espressamente. Suppongo che si prenderanno oralmente con ogni probabilità ancora alcuni accordi. Ma per questo motivo io non posso dare il mio consenso. A parte tutta la stima per il Presidente designato. Io non ho nulla contro la sua persona.

Ma questo programma di Giunta non rispecchia le mie idee ed anche non quelle di vero federalismo, di vera autodeterminazione dei popoli e di collaborazione su di piano amichevole e paritetico.)

**PRESIDENTE:** E' iscritto a parlare il cons. Montali, ma essendo assente, dò la parola al cons. Peterlini. Prego cons. Peterlini.

**PETERLINI:** Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der designierte Präsident des Regionalausschusses Dr. Andreolli hat - und das möchte ich hier eigentlich kundtun - über seine programmatischen Erklärungen hinaus gestern mittag ganz unverbindlich zu mir gesagt: Es haben

sich doch einige Dinge zwischen dieser Legislaturperiode und der vorhergehenden geändert. Dabei haben diese Veränderungen zugegebenermaßen auch in der Provinz Trient stattgefunden. Aber sein Eindruck war, daß die Veränderungen bezüglich der Einstellung zur Region hauptsächlich die Vertreter aus Südtirol erfaßt hätten. Es ist kein Zweifel, daß in den Reden, die bisher dargelegt wurden und in den Stellungnahmen, die auch von den Vertretern der Südtiroler Volkspartei abgegeben worden sind, ein neues Bewußtsein zum Ausdruck gebracht worden ist, so daß man sich vielleicht zu Recht diese Frage stellen kann und vor allem die tiefergehende Frage stellen muß, inwieweit damit ein Bruch mit der bisherigen Tradition, mit der bisherigen Geschichte, stattfindet, oder inwieweit diese neue Legislaturperiode einfach das nächste Blatt der Südtiroler und der Tiroler Geschichte, insgesamt der Geschichte dieser Region darstellt. Zu dieser Frage möchte ich zu Beginn Stellung nehmen. Es ist nämlich kein Zweifel, daß sich seit Beginn der Geschichte unserer Autonomie, seit 1948 mit seinem Höhepunkt im Jahre 1957 in der Kundgebung von Sigmundskron in der Provinz Bozen unter den Südtirolern eine Mentalität entwickelt hat, die in den Ausruf von Sigmundskron gemündet hat, nämlich "Los von Trient". Es ist kein Zweifel, daß dieses "Los von Trient", ausgegangen von der großen Volkskundgebung der Südtiroler am Schloß Sigmundskron, die Geschichte der Jahre darauf besonders geprägt hat und als Erbe sozusagen in diesem Regionalrat bis heute fortlebt. Um die Frage, die ich gestellt habe, wirklich und historisch zu beantworten, genügt es allerdings nicht, diese letzten 30 Jahre zu prüfen, sondern ist es wohl sicherlich notwendig, die historischen Wurzeln zu beleuchten. Das brauche ich persönlich nicht zu tun. Das haben im Rahmen der Debatte zur Regierungserklärung Andreollis in ausgezeichneter Form verschiedene Redner getan. Ich habe in ausgezeichneter Form in Erinnerung die Stellungnahme des Historikers und Kollegen Dr. Franz Pahl, der an die gemeinsamen Wurzeln Tirols erinnert hat und daran erinnert hat, daß Tirol seit 1248, das ist ein formales Datum der Gründung Tirols, aber daß die Entwicklung der gemeinsamen Geschichte etwa 700-800 Jahre alt ist und diese Geschichte ein Gebiet umfaßt hat, das von Kufstein bis zum Gardasee gereicht hat, dieses damalige historische Tirol in seiner Vielgestaltigkeit und auch in seiner Vielsprachigkeit, nämlich der ladinischen Urbevölkerung, der deutschstämmigen Bevölkerung und der italienischsprachigen Bevölkerung. Warum kam es aber dann 1957 - wie gesagt, die Entwicklung dazu lag bereits 1948 in der Luft - zu diesem Bruch - ohne jetzt die gesamte

Geschichte neu aufrollen zu wollen, die der Kollege Pahl blendend dargestellt hat - mit dieser historischen Phase einer gemeinsamen jahrhundertalten Entwicklung? Zu diesem Bruch kam es aus einem ganz einfachen Grund, weil nach dem Anschluß Südtirols zu Italien bereits beginnend 1919 und dem darauffolgenden Faschismus, aber leider auch in der Nachkriegszeit, die Gemeinsamkeit mit dem Trentino und speziell die Mehrheit, die sich durch die Loslösung des deutschen Nordtirols und Osttirols auf italienischer Seite ergeben hat, diese italienische Mehrheit, oder sagen wir es anders, das Trentino dazu benützt, dazu mißbraucht worden ist, die Mehrheit politisch mißbraucht worden ist, um die Südtiroler in die Minderheit zu setzen, um die Südtiroler zu majorisieren und um den Südtirolern den Schutz zu verwehren, der ihnen aufgrund des Pariser Vertrages 1946 zugestanden hätte. Das ist der Fehler gewesen, der historisch begangen worden ist und der aufgezeigt werden muß, um zu erkennen, warum in allen Haushaltsdebatten hier im Regionalrat dieses "Los von Trient" fortgelebt hat und auch in den Erklärungen bisher immer seinen Niederschlag gefunden hat. Es ist klar, daß heute vormittag im Zuge dieser Erklärungen die Verwunderung über eine neue Sicht der Dinge zum Ausdruck kommen mußte, nicht nur in der positiv erstaunten Frage vom designierten Präsidenten Andreolli, sondern auch in einer sehr harten Stellungnahme von Kollegen Dr. Alfons Benedikter, die schließlich und endlich in die Aussage mündete: So mache ich nicht mehr mit! Das ist ja ein Bruch mit dem, was eigentlich erklärt worden ist, und Abg. Benedikter hat es dann begründet aufgrund der im Regierungsprogramm stehenden Aussagen bzw. des Mangels an Aussagen, den er darin vorzufinden glaubt.

Wenn wir heute im Regionalrat als Südtiroler offener der Zusammenarbeit mit dem Trentino gegenüberstehen, wenn - daran ist vielfach schon erinnert worden - auch die kirchliche Institution diese Gemeinsamkeit der Tiroler Geschichte des Trentino, Südtirols und des österreichischen Teils Tirols unterstrichen hat und wenn sich die Landeshauptleute mit dem als historisch erkannten Händedruck begegnet haben, dann ist das sicherlich ein Vertrauensvorschuß, der seitens der Südtiroler kommt. Ein Vertrauensvorschuß, der darin besteht, daß man die Angst ablegen will, daß die Region, die italienischsprachige Mehrheit im Trentino in Zukunft noch einmal dazu verwendet werden könnte oder würde, die Südtiroler in jene unglückliche Rolle zurückzudrängen, wie es 1948 und in den Jahren danach war, oder schlimmer ausgedrückt, wie es zur Zeit des Faschismus war. Dieser Vertrauensvorschuß ist seitens der Südtiroler gegeben



worden, und wir bitten auch darum, ihn als solchen zu betrachten. Ein Vertrauensvorschuß, der sicherlich auch aus der geschichtlichen Entwicklung und aus der momentanen Lage heraus notwendigerweise und glücklicherweise gegeben wird. Wir sind in einer Entwicklungsphase der Autonomie angelangt, in der niemand darüber glücklich sein konnte. Das betrifft vor allem das Zusammenleben der Volksgruppen in Südtirol, wo Spannungen aufgekommen sind, weil die italienische Bevölkerung - und dieser Standpunkt der Südtiroler Volkspartei hat sich nicht geändert - wohl nicht vorbereitet worden ist auf die Vielzahl der Neuerungen, die da so kommen, auf manchen Verlust der Privilegien, der gekommen ist und auch weil die Vorteile der Autonomie nicht genügend bekanntgegeben worden sind. Diese Spannungen haben ihren Niederschlag gefunden in Feuern, die von Nationalisten angezündet worden sind. Es ist immer leicht für Demagogen, schwierige Phasen auszunützen, um mit demagogischen Parolen von der eigentlichen Problemlösung abzulenken und die Problemlösung in einem Rückwärtsdrehen der Geschichte zu suchen und zu finden, so wie es beispielsweise der MSI in Bozen getan hat. Es war damals niemandem gedient. Aber alle Demokraten haben erkannt, daß wir ein neues Klima des Vertrauens schaffen müssen, das notwendig ist, um diesen gefährlichen Zug zum Nationalismus abzublocken, um allen Volksgruppen in Südtirol und in der Region Trentino-Südtirol das Gefühl zu geben, eine Demokratie, eine Autonomie erleben zu dürfen, die in Europa einmalig ist, wenn auch bei weitem noch nicht vollkommen, die aber doch einige Möglichkeiten bietet, um eine direktere Beteiligung der Bevölkerung zu ermöglichen und damit auch konkret eine kulturelle Entfaltung, eine kulturelle Entwicklung aller Sprachgruppen zu gewährleisten, aber auch auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene gewisse Leistungen zu erbringen. Ich unterstreiche diese beiden letzten Schwerpunkte - "auch auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene gewisse Leistungen zu erbringen" - auch deshalb, weil wir alle als politisch Verantwortliche diese Vorteile der Autonomie für den einzelnen Bürger immer wieder in Erinnerung rufen müssen, wenn wir haben wollen, daß die Bevölkerung langfristig auch dazu steht.

Um dieses Klima zu verbessern, war es sicherlich notwendig, daß von allen Seiten eine gewisse Öffnung erfolgt, daß von allen Seiten auch ein gewisser Vertrauensvorschuß an den Tag gelegt wird, und dieser Vertrauensvorschuß wurde eben bei den Koalitionsverhandlungen zur Region seitens der Südtiroler Volkspartei an den Tag gelegt. Das stellt eine Neuerung dar, die manche

zum Staunen, manche zum Kopfschütteln und wiederum andere zum harten Nein bewegt hat. Aber ich glaube, daß insgesamt gesehen die Verbesserung des Klimas bereits feststellbar ist und dieses neue Klima zwischen den Volksgruppen bereits Früchte trägt, daß die Bevölkerung bereits entspanntere Formen des Zusammenlebens erleben kann, ohne - und das ist das Wesentliche - daß dabei Schutzmaßnahmen für die Minderheiten oder Schutzmaßnahmen, die immerhin auch im Statut verankert sind, für die italienischsprachige Mehrheit geopfert werden müssen. Dieses Klima des Vertrauens und auch des Vertrauensvorschlusses, dieses entspanntere Klima, in dem wir heute die Autonomie erleben im Gegensatz zum Abschluß der vergangenen Legislaturperiode, soll ja neue Früchte bringen. In diesem entspannteren Klima ist sicher auch die Position der Südtiroler Volkspartei zu verstehen.

Wenn heute Kollege Benedikter - und einen Gedanken muß ich auch diesen Ausführungen widmen - seine Stellungnahme abgegeben hat und betont hat, daß er sie im persönlichen Namen abgibt, und zum Schluß gekommen ist, daß er diesem Programm und dieser Regierung seine Zustimmung verweigern muß, dann habe ich aus persönlicher Sicht und in Würdigung der Bemühungen des Kollegen Benedikter vollstes Verständnis dafür. Wir sollten nicht verschweigen, daß Kollege Benedikter - ich würde sagen, man hat mit dem Begriff "Vater der Autonomie" sicherlich manchmal Mißbrauch getrieben - doch zu Recht in diesem Falle den Begriff "Vater der Durchführung der Autonomie" verdient. Obwohl er 1969 bei der Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei einer derjenigen war, die den Standpunkt vertreten haben, daß die Lösung des Paketes keine befriedigende Lösung für Südtirol darstellt, hat er dann als echter Demokrat von 1969 an bis 1989, das sind über 20 Jahre, an der Verwirklichung Tag für Tag gearbeitet, so daß man sagen kann, jeder Satz der Durchführungsbestimmungen, die wir heute haben, die heute in den bekannten DPR festgehalten sind, tragen seine Handschrift. Aus dieser Sicht ist es also besonders bedeutungsvoll und auch besonders ins Auge gehend, wenn gerade dieser Vertreter dann sagt: So mache ich nicht mehr mit! Die Frage stellt sich allerdings: Warum haben diese Bedenken, die heute hier geäußert worden sind, in den beklagten vielen Monaten, die es zur Regierungsbildung gebraucht hat, nicht ihren Niederschlag in den Vorbereitungsgesprächen gefunden? Und da allerdings muß ich als Fraktionskollege der Südtiroler Volkspartei auch eine Klage an den Tag legen. Kollege Benedikter ist ja Fraktionschef der Südtiroler Volkspartei, und wir haben allesamt allerdings nicht die Gelegenheit gehabt, unsere

Vorschläge als Fraktionsmitglieder, als Abgeordnete, die in diesen Regionalrat gewählt worden sind, einzubringen, weil aus verständlicher Mißstimmung heraus, aus verständlichen persönlichen Motiven heraus diese Fraktion nie einberufen worden ist. Das ist die einzige klare Antwort, die wir geben können. So sehr ich den Standpunkt verstehe, daß man sagt, ich bin mit dem und dem anderen nicht einverstanden, so sehr muß ich als Antwort darauf geben: Wir als Fraktionsmitglieder haben nie, bei keiner einzigen Fraktionssitzung des Regionalrates Gelegenheit gehabt, unseren Standpunkt vorzubringen und damit auch der Fraktionsführer selbst nicht, diesen Standpunkt dann mit dem Rückhalt der gesamten Fraktion an die Verhandlungsdelegation heranzubringen. Es war nach der Wahl des Regionalrates ein Wechsel, und ich finde es korrekt und demokratisch, daß der neue stellvertretende Fraktionsvorsitzende, der Kollege Siegfried Brugger - ich konnte es nicht mehr sein, weil ich die Ehre habe, den Regionalrat als Vizepräsident zu vertreten - abwarten wollte und abwarten mußte, wie sich die Dinge ergeben und entwickeln, auch um niemanden Terrain wegzunehmen, das sich früher vielleicht aus der Praxis und aus der guten Zusammenarbeit zwischen Dr. Benedikter und meiner Wenigkeit ergeben hat. Aber das ist die einfache, auf einen kurzen Nenner gebrachte Schwierigkeit, die man hätte ausräumen müssen und die sicherlich dazu geführt hätte, daß die heutige vormittägige Rede viel an ihrer Dramatik verloren hätte und daß man viele Vorschläge, die Du gebracht, auch schwarz auf weiß ins Regierungsprogramm mit hineinschreiben könnte. Ich weiß, daß Dr. Benedikter nicht an der Verhandlungsdelegation teilgenommen hat. Das stimmt. Das möchte ich ihm bestätigen, aber das ändert nichts an der Tatsache, daß die Südtiroler Volkspartei ihre Meinung hätte besprechen können und sich mit einem politischen Gewicht von 22 Abgeordneten hätte ausrüsten können, um diese Vorstellungen entsprechend, nicht nur als privates Papier, an das Präsidium heranzutragen. Das Präsidium hat die Verhandlungen geführt und hätte sicherlich der Meinung von 22 Abgeordneten Rechnung getragen, wenn sie nicht der Meinung eines einzelnen Abgeordneten Dr. Benedikter Rechnung getragen hat. ...Dr. Benedikter, ich möchte jetzt nicht in einen Dialog verfallen. Aber es geht nicht darum, daß das Präsidium Meinungen verlangen soll, sondern es geht darum, daß 22 gewählte Abgeordnete ein Forum bilden und gebildet haben, daß es in vielen Monaten, seit November vergangenen Jahres, niemals zusammengetreten ist und damit sein politisches Gewicht nicht zum Ausdruck gebracht hat.

Die Mehrheit der SVP jedenfalls - aber da möchte

ich dem Kollegen Brugger nicht vorgreifen, der sicherlich eine Erklärung zur Stimmabgabe über die Haltung der SVP zur Regierung geben wird - steht zu diesem mutigen Schritt der Öffnung, der von der Bevölkerung auch begrüßt wird. Ich habe als historische Ereignisse hierfür bereits Kirche, Landeshauptleute zitiert, aber darf dazu noch etwas hinzufügen, was sicherlich von besonderer Bedeutung ist, und zwar die Öffentlichkeit, die ihren Niederschlag in der Presse findet. Die Tageszeitung "Dolomiten", die in Fragen der Autonomie sicherlich einen immer sehr konsequenten Weg gegangen ist und sich sicher nicht den Vorwurf gefallen lassen braucht, irgendwie, auch nur im geringsten die Südtiroler in der Politik der Schutzmaßnahmen für die Minderheiten im Stich gelassen zu haben, sondern ganz im Gegenteil diese Linie immer mitverfolgt hat, hat in einem Leitartikel, gezeichnet vom Chefredakteur Dr. Josef Rampold, auch zu dieser Frage Stellung genommen. Ich möchte ihn dem Regionalrat nicht vorenthalten. Auch die Tageszeitung "Dolomiten" geht davon aus - und ich zitiere jetzt wörtlich: "Dieses neue Klima darf nicht mißverstanden werden. Es gab seinerzeit eine von Degasperi schlaue eingefädelte politische Konstellation, die von seiten Südtirols im politischen Sinne zweifellos das unvergessene 'Los von Trient' gerechtfertigt hat." Dieser Leitartikel analysiert dann eben die geschichtlichen Ereignisse und blendet auch auf die Geschichte und auf die gute Zusammenarbeit zwischen Trentino und Südtirol zurück. Ich möchte das langsam, damit die Übersetzungsanlage auch mitkommt, wörtlich zitierten. Zitat: "Wie immer ist die Geschichte Lehrmeisterin. Zur Zeit der Völkerwanderung waren die Grenzen zwischen Nord und Süd noch durchaus fließend. Wer dies bestätigt haben will, besuche das Fersental und die Sieben oder Dreizehn Gemeinden oder befasse sich mit Ortsnamenskunde und alten Landkarten. Eine weitere Phase bezeichnet jene Zeit, in der sich erstmals, und seither in dieser Form leider nicht mehr wiederholt, ein großes geistiges Europa abzeichnete, jene Einheit eines römischen Reiches deutscher Nation, die zu einer großartigen Verschmelzung des Gedankengutes aus Nord und Süd führte. Auf unser Land bezogen war dies im Adel verwirklicht, der übernational war. Unser Land und das Trentino und ebenso das Bistum Trient waren von jener übernationalen Brückenfunktion gezeichnet, von der wir heute wieder träumen. Wer sich in diese Dinge vertiefen will, der mache sich auf zu einer Trentiner Burgenfahrt, dann wird er nachher sehr klar sehen. Unbeschadet aller Querelen äußerer Art hat es stets eine Verbindung in Literatur, Kunst, Wissenschaft und Forschung gegeben. Es

genügt dies in den 'Studi Trentini' ebenso nachzulesen wie im 'Schlern'. Was aber wichtiger ist:" - und damit komme ich zum Schluß dieses Zitates - "Die Menschen dieser beiden Kulturen und Sprachlandschaften haben sich im Grunde von der Politik nicht verderben lassen". Ende des Zitates.

Damit komme ich auch zu einem wesentlichen Aspekt der Regionalpolitik nach 1948, der davon geprägt war, eine autonomiefeindliche Politik - und zwar besonders zu Lasten der Südtiroler - zu führen. Man könnte meinen, das wäre sozusagen von Trentino geführt worden. Das war nicht der Fall. Im Trentino arbeitete damals die "Associazione Studi Autonomistici Regionali", die sogenannte A.S.A.R., die über 100.000 Mitglieder zählte und die damit im Gegensatz zur Führungsschicht eng mit den Südtirolern Politikern zusammen sich als Ausdruck des Volkes um eine gemeinsame Autonomie bemüht hat. Das war auch die historische Dimension. Jetzt komme ich zum nächsten Punkt. Warum hat die Südtiroler Volkspartei bei den Regierungsverhandlungen so großen Wert darauf gelegt, daß die Nachfolger dieser A.S.A.R., der heutige Partito Autonomista Trentino Tirolese, der heutige P.A.T.T., mit an der Regierungsverantwortung beteiligt wird in dem Moment, in dem wir imstande sind, gemeinsam - mit einigem Vertrauensvorschuß - zu der historischen Rolle zurückzufinden? Wir haben großen Wert darauf gelegt und haben das auch in den Koalitionsverhandlungen zum Ausdruck gebracht, daß der PATT als äußeres Zeichen dieser neuen Entwicklung in die Regierungsverantwortung für diese Region auch mit eingeschlossen wird. Das ist auch der Grund dafür, daß es solange gedauert hat. Das sage ich all jenen, die - sei es in Anfragen wie auch in der Debatte - zu Recht beklagt haben, daß die Verhandlungen für die an sich an Zuständigkeiten nicht reiche Regionalregierung so lange gedauert haben. Die Südtiroler Volkspartei hat bis in extremis zu verhandeln versucht, um eine Beteiligung der Trentiner Tiroler als historische Dimension des alten Tirols an der Regionalregierung zu ermöglichen. Es war aufgrund der Verhandlungen nicht möglich. Diese Frage - warum es nicht möglich war - dürfen Sie nicht an uns stellen, Kollege Rella, sondern eben an die Partner der Regierungsmehrheit, die es nicht zugestehen wollten. Vielleicht waren die Südtiroler in diesem Falle im historischen Überwinden gewisser Schwierigkeiten der letzten Jahrzehnte schneller. Vielleicht hat Präsident Andreolli mit seiner Äußerung Recht gehabt, daß die Veränderungen sei es im Trentino sei es in Südtirol stattgefunden haben, daß wir aber in diesem Falle vielleicht noch mehr verändert haben. So hat es ja Kollege Andreolli ausgedrückt. Aber die Frage sollte an jene

Partner gestellt werden, die damit nicht einverstanden waren. Die Südtiroler Volkspartei stand vor folgender Alternative: Bei dem eigenen harten Standpunkt zu bleiben, kein Koalitionsprogramm abzuschließen. Die ethnische Präsenz in der Regionalregierung hätten wir so oder anders immer wahrgenommen. Das sei festgehalten, weil das das Autonomiestatut vorschreibt. Aber wir hätten die Möglichkeit gehabt - das ist die Alternative eins -, kein Koalitionsprogramm abzuschließen und auf jede weitere Zusammenarbeit außer der formalrechtlichen Zusammenarbeit laut Statut zu verzichten. Die zweite Möglichkeit war, einen Kompromiß zu schließen. Die Politik besteht halt auch darin, daß man erkennt und die Bereitschaft an den Tag legt, im richtigen Moment auch dem anderen ein Stückchen entgegenzukommen, weil ansonst das Gefasel vom neuen Klima nur Gefasel geblieben wäre. Die Südtiroler Volkspartei hat diesen zweiten Weg begangen, hat den Weg des Kompromisses dem Weg des Sturbleibens und Herausbleibens vorgezogen, aber nur deswegen, weil dieser Kompromiß ein würdiger Kompromiß ist, der seinen Ausdruck in der Präsidentschaft des Regionalrates findet, der vom Kollegen Tretter als Repräsentant und Träger dieser historischen Dimension geleitet wird. Das war der Kompromiß, der - glaube ich - trotz der Schwierigkeit, die wir dabei gehabt haben, von der ursprünglichen Forderung abgehen zu müssen, doch einen würdigen Ausdruck findet und einen ersten Schritt in einen Weg der Gemeinsamkeit darstellt.

Damit bin ich auch beim nächsten Teil, nämlich: Worin besteht nun nach all diesem Vertrauensvorschuß, nach all diesen Bemühungen dieser neue Weg, den die Region gehen soll und den wir gemeinsam gehen wollen? Er besteht sicherlich auch darin - und dazu werde ich im letzten Teil meiner Ausführungen reden -, die Zuständigkeiten, die verwaltet werden, ordentlich, sachgemäß zu verwalten. Aber das wäre wenig. Das würde die Region sicherlich nicht rechtfertigen und es wäre sachlich, verwaltungstechnisch und aus diesen mageren Überlegungen sicherlich auch politisch notwendig zu sagen, wegen des Grundbuchwesens, des Kreditwesens, der Handelskammern und der Aufsicht und der Ordnungsgesetzgebung in einigen Bereichen braucht es diese Institution wirklich nicht mehr. Man könnte sozusagen die paar Zuständigkeiten noch in irgendeiner Form an die Provinzen übertragen, und wir hätten einen schwerfälligen Apparat weniger und mehr Bürgernähe erreicht. Der neue Weg besteht sicherlich darin, daß wir aufbauend auf der historischen Gemeinsamkeit uns bemühen, im eigenen Gebiet der Region, im Staate, in dem wir leben, und in der europäischen Dimension die Rolle der örtlichen Autonomie

aufzuwerten, zu verteidigen und mit neuem Leben zu erfüllen. Da haben wir sehr viel zu tun und sind als Südtiroler sehr dankbar, daß wir im Trentino jenen Vertrauensvorschuß bedankt bekommen, so hoffen wir jedenfalls, mit dem wir in diese Regionalregierung gehen werden, nämlich all das mit uns zu erkämpfen, wovon Kollege Benedikter heute Vormittag gesprochen hat und wovon wir heute noch weit weg sind, weil wir wissen, daß im Staate Italien eigentlich zur Zeit ein gar nicht so autonomiefreundliches Klima herrscht und nach einem kleinen Aufflammen des Regionalismus heute bereits das Rad längstens rückwärts gedreht wird. Den eklatantesten Ausdruck dafür, wie das Rad rückwärts gedreht wird, hat Kollege Benedikter zu Recht aufgezeigt, und dem ist überhaupt nichts dazuzufügen, sondern nur zu unterstreichen, wie tatsächlich die römische Regierung entgegen dem Verfassungsauftrag und den im DPR 616 angestrebten Bemühungen eigentlich gar keinen Regionalismus im Kopf hat. Die Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis wird gemeinsam beklagt, und in diesem Punkt erwarten wir uns sicherlich, daß alle Kräfte, die tatsächlich an der Autonomie mitwirken und mitwirken wollen und es auch bekunden, mit uns gemeinsam gegen diese Ausrichtungsbefugnis ankämpfen.

Ich habe als frischgebackener Vizepräsident die Gelegenheit gehabt, anstelle des Präsidenten Tononi damals an einer Tagung der Präsidenten der Regionalräte teilzunehmen, die Ende Jänner dieses Jahres in Florenz stattgefunden hat. Die Versammlung wurde vom Regionenminister Maccanico mit seiner Anwesenheit geehrt, der sich selbstverständlich entsprechend dem anwesenden Publikum darum bemüht hat, den Glauben an die Autonomie seitens der Regierung zu bekunden. Maccanico hat für diese neue Version ein sehr unglückliches Beispiel gewählt. Er hat unter anderem an die Neuordnung des Ministerratspräsidiums erinnert, als ob diese Neuordnung des Ministerratspräsidiums sozusagen das Ei des Kolumbus gewesen wäre, mit dem jetzt die Autonomien ausgebaut werden könnten. Ich habe ihm bei dieser Gelegenheit - wie auch unsere Vertreter, und Dr. Benedikter an der Spitze, immer bei solchen Gelegenheiten bei den Tagungen der Regionalausschußpräsidenten - daran erinnert, daß genau dieser Punkt die einschneidendste Beschneidung der Autonomie darstellt. Wir wissen, daß der Verfassungsgerichtshof leider in einem Urteil, in einer Erkenntnis diese Befugnis der Regierung bestätigt hat, so daß es am Gesetzgeber und an der politischen Kraft liegen muß und nicht am Richter, diese Befugnis wegzunehmen. Aber ein berühmter ehemaliger

Präsident des Verfassungsgerichtshofes, Paladin, hat am 22. Februar 1985 wörtlich dazu folgendes ausgeführt, ich darf es im Originaltext zitieren: "Da noi per contro si è inventata con legge ordinaria ed attuata con leggi delegate una funzione come quella di indirizzo e coordinamento che nella Costituzione non trova alcun chiaro riscontro". Selbst der Verfassungsgerichtshof, der leider Gottes diese Zuständigkeit bestätigt hat, beklagt aber im selben Urteil: "Si tratta di una penetrante ingerenza nella sfera dell'autonomia speciale, rispettivamente di un'ulteriore compressione dell'autonomia". Aber neben diesem einschneidenden Werkzeug gibt es noch einige andere, die leider Gottes auch in letzter Zeit zum Tragen gekommen sind und von einer nicht sehr ermutigenden Haltung der Regierung gegenüber den Regionen sprechen. Vielleicht haben die Regionen auch zum Teil schuld daran. Ich habe in der Vergangenheit auch ein paar Mal Gelegenheit gehabt, an Treffen teilzunehmen - es gibt die der Regionalausschüsse und die der Regionalratpräsidenten -, die in sehr aufwendiger Art vorbereitet werden und pompös ablaufen, aus denen allerdings politisch nicht sehr viel herauschaut. Minister Maccanico hat auch ganz kalt den Regionenvertretern, die das beklagt haben und auch mir geantwortet: Ja, vergeßt nicht, daß die Regierung und das Parlament 1977 mit dem DPR 616 eigentlich ihren Willen schon bekundet haben, daß dann aber in den Regionen selbst - er sprach nicht von der Region Trentino-Südtirol, sondern von der Mehrheit der italienischen Regionen - dieser neue Gedanke eigentlich nicht so sehr aufgenommen worden ist und man zwar Apparat, Plusch und Pausch geschaffen hat, aber nicht so sehr als Sachverwalter an die Arbeit gegangen ist.

Neben dieser Koordinierungsbefugnis beklagen wir die Rückverweisung von - vor allem - Landesgesetzen. Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode den italienischen Rekord, einen traurigen Rekord, erreicht von etwa 30 Prozent. Wir beklagen, daß immer wieder mit Staatsgesetzen die finanziellen Zuwendungen in ihrem autonomen Freiraum vorbestimmt werden. Für unsere Autonomie sehr evident sichtbar im Bereich der Gesundheit und im Bereich der Industrie. Wenn der Staat sagt, diese Mittel lege ich für Industrie fest und ihr dürft sie für keinen anderen Bereich verwenden, was dann auch für die Gesundheit erfolgt und was in den verschiedenen Sektoren erfolgt, dann beschränkt sich der autonome Gestaltungsbereich immer mehr auf ein Minimum. Aber andere Regionen haben beispielsweise auch beklagt, wie durch Sonderkommissäre, z.B. im Falle von Erdbeben, auch die Zuständigkeiten der Regionen, die wenigen Zuständigkeiten der ordentlichen Regionen



übergangen worden sind, wie immer mehr Ministerien geschaffen werden, die Zuständigkeiten erfassen, die eigentlich laut Verfassung der Region vorbehalten sind. Deswegen ist es - und das war eigentlich, was ich als großen neuen Weg der Region gezeichnet habe - unsere Aufgabe in dieser Legislaturperiode, in allen möglichen Organen und Gremien, in denen wir vertreten sind, mit dem politischen Gewicht, das die einzelnen Parteienvertreter in Rom haben, vor allem die Mehrheitsvertreter der Democrazia Cristiana, des Partito Socialista Italiano und aller anderen Parteien, die in der Regierung vertreten sind, in Rom dieses politische Gewicht geltend zu machen aber auch als Institution Region in diesem Staate dafür zu kämpfen, daß sich das Klima ändert, daß wir einen neuen Weg gehen können, bei dem tatsächlich die Beteiligung der Bevölkerung im Vordergrund steht. Autonomie heißt ja nichts anderes, als daß eine gewisse Selbstgestaltung, vom griechischen Worte "autos", eine gewisse Selbstgesetzgebung, Selbstverwaltung, zum Wohle der Bevölkerung von unten herauf erfolgt und daß nicht von oben herab die Bevölkerung als Befehlsempfänger gesehen wird. Ein modernes Konzept, das auch - und dazu werde ich später sprechen - im Lichte des neuen Europas besonders hervorgehoben werden muß.

Ein weiterer Aspekt, der in diesem Zusammenhang hervorgehoben werden muß, ist sicherlich der Medienbereich. Wir wissen alle, daß durch jene berühmten Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes, 1975 und danach das Medienmonopol der RAI aufgehoben worden ist und damit für den privaten Bereich eine Vielfalt im Rundfunk- und Fernsehsektor entstehen konnte. Im Zuge dazu hat sich auch die Rundfunk- und Fernsehanstalt RAI bemüht, ein bißchen zu dezentralisieren und - fast möchte ich sagen - Filialen, nämlich das dritte Netz in den Regionen aufzubauen. Nun gibt es das Privatfernsehen, das lokal weniger, auf gesamtstaatlicher Ebene besser funktioniert und es gibt die RAI mit ihren Filialen, ich nenne sie mit Absicht einmal so. Aber wo bleibt denn eigentlich der Geist dieses Verfassungsurteiles, der eigentlich erreichen wollte, daß die Bevölkerung an der Meinungsbildung direkt teilhaben könnte? Wo bleibt er bei den privaten, wo bleibt er bei der öffentlich-rechtlichen Anstalt? Bei den privaten Rundfunk- und Fernsehanstalten ist die Entwicklung eindeutig und kaum aufzuhalten. Es überleben nur mehr jene großen Networks, die, von genügend Kapital ausgerüstet, Gesamtitalien bestrahlen, damit auch für die Werbung attraktiv sind, und die kleinen lokalen Sender, für die eigentlich das Verfassungsurteil gemacht worden ist, sterben einer nach dem anderen. Das ist der private Sektor. Der öffentlich-

rechtliche, die RAI, hat der Konkurrenz Rechnung getragen, hat Filialen aufgemacht. Wo bleibt aber die Mitsprachemöglichkeit der Bevölkerung von der Basis her? Auf diese beiden Fragen kann nur eine Antwort gegeben werden, wenn das erfüllt wird, was eigentlich im Geist des Verfassungsurteiles liegt und was uns als autonome Provinz Bozen und als autonome Provinz Trient auch gemäß Autonomiestatut zusteht, nämlich die Mitgestaltung im Bereich der Kommunikation. Ich weiß, daß ich mit dieser Äußerung nicht auf ungeteilte Zustimmung treffen werde. Aber es ist unsere Aufgabe, wenn wir erkennen wollen, daß die Politik auch wesentlich davon beeinflußt wird, wie die Leute berieselt werden und wer der Träger der Berieselungsmacht ist. Es ist sicherlich keine autonome Regelung, keine Regelung im Sinne von mehr Demokratie und Zustimmung der Bevölkerung, wenn das nur auf der Privatebene von großen Networks in Italien gemacht wird oder nur von der Mutter RAI, die von oben herab Filialen gründet. Der einzige sehr schwache Versuch, ein bißchen Mitgestaltungsrecht zu bekommen, ist in den sogenannten Rundfunk- und Fernsehbeiräten gegeben, den andere Regionen bereits gegründet haben und die eigentlich vom Gesetz vorgesehen werden, um diese Mitgestaltungsmöglichkeit der Bevölkerung zu gewährleisten. Aber es sind sehr bescheidene Mitgestaltungsmöglichkeiten. Ich habe selber Gelegenheit gehabt, im Dezember 1987 als Vertreter des Landtagspräsidiums an Arbeiten dieser Rundfunk- und Fernsehbeiräte in Italien mitzuwirken. Damals hat uns ebenfalls der damalige Regionenminister Gunnella mit seiner Anwesenheit beehrt und hat sich bemüht aufzuzeigen, daß diese Beiräte in Italien überhaupt keine Funktion haben, ja fast um das Überleben ringen. Aber dabei ist es auch geblieben. Südtirol - ich glaube, soviel ich weiß, auch das Trentino - hat bisher diesen Beirat für die RAI noch nicht errichtet. Aber so wie sie vorgesehen sind, hat es ja auch keinen Sinn. Was es braucht, ist, mutig zu erkennen, daß ein Mitgestaltungsrecht der Bevölkerung dann gewährleistet wird, wenn man auch den Mut hat, die Zuständigkeit hierfür der Bevölkerung im regionalen bzw. in unserem Falle im autonomen provinziellen Bereich zu übertragen. Die Möglichkeit dafür wäre gegeben. Die rechtlichen Aufhänger im Autonomiestatut sind da, wenn man politisch will. Und um diesen politischen Willen ersuchen wir bei dieser Gelegenheit.

Nach diesen wenigen politischen Überlegungen - aber ich möchte auch die Zeit nicht überstrapazieren, man kann und man soll auch nicht alle Dinge hier anführen wollen, die wesentlichen Schwerpunkte, die mir am Herzen

lagen, habe ich gesagt - möchte ich zu einigen sachlichen Themen Stellung nehmen, die die Arbeit der Region im Rahmen ihrer Instrumente betreffen. Eines dieser Instrumente ist in der vergangenen Legislaturperiode sehr stumpf geworden, und daran sollen wir uns erinnern, damit es nicht noch stumpfer wird oder so stumpf bleibt, sondern vielleicht wiederum zu reifen beginnt. Das ist das Instrument der Begehrensanträge und Begehrensgesetzentwürfe. Wir wissen alle, daß wir über die Zuständigkeiten Kataster, Handelskammern, Ordnungszuständigkeiten in verschiedenen Bereichen hinaus als Regionalrat die Möglichkeit haben, mit den Begehrensanträgen und Begehrensgesetzentwürfen Einfluß auf die Staatsgesetzgebung zu nehmen. Es ist sehr verführerisch für alle, und dabei nehmen wir uns als Südtiroler Volkspartei nicht aus, zu allen möglichen Themen, die im Staate zu Diskussion stehen, mit einem Begehrensantrag oder Begehrensgesetzentwurf Stellung zu nehmen. Je mehr wir davon produziert haben - wir haben sehr viele davon produziert -, desto stumpfer wurde dieses Instrument, desto mehr sind die entsprechenden Vorschläge in den römischen Schubladen verstaubt. Deswegen würde ich darum ersuchen, dieses Instrument wirklich ernst zu nehmen und nur dann einzusetzen, dann aber scharf, wenn es wirklich um große Probleme unserer Region geht, so wie es übrigens auch im Art. 35 des Autonomiestatutes verankert ist. Einen Bereich haben wir sei es in der Legislaturperiode 1973-78, sei es 1978-83, sei es in der jüngsten Legislaturperiode immer wieder angesprochen, und zwar eine autonome Sektion des Jugendgerichtes in Bozen. Nun hoffe ich, daß dieses Problem nicht mehr auf diesem Wege gelöst zu werden braucht, weil es dann überhaupt nicht gelöst wird, sondern daß die politische Kraft, der politische Einfluß stark genug ist, das Staatsgesetz voranzutreiben, das im Parlament liegt, für die Errichtung einer Sektion des Oberlandesgerichtes in Bozen und damit automatisch für das Jugendgericht in Bozen. Es ist also ein wichtiges Anliegen für die Menschen, die in unserem Lande leben, für die jungen Menschen und für die Familien, die zur Zeit mit einer sehr schwierigen Lage zurechtkommen müssen. Jugendliche aus der Provinz Bozen werden z.Z. vor das Jugendgericht in Trient gestellt, werden von ihrem sozialen Rahmen herausgerissen und kommen wirklich vor große Probleme, die nicht allein sprachlicher Natur sind, aber auch sprachlicher Natur, sondern die einfach ein Problem der Entwurzelung darstellen, weil ein junger Mensch - es geht ja nur um Jugendliche unter 18 Jahre -, der einen so heiklen Moment erlebt, wie es eine Straftat oder ein mögliches Strafvergehen darstellt, besondere

Stützbedürftigkeit hat und besonders sozial begleitet werden sollte. Dazu besteht die politische Verpflichtung. Sie ist im Regionalprogramm drinnen. Präsident Andreolli, ich lege es Ihnen auch persönlich ans Herz, diesbezüglich bei nächster Gelegenheit in Rom danach zu sehen, daß dieser Programmpunkt auch baldigst verwirklicht wird.

Ein zweites sachliches Thema, das mir Sorgen bereitet und auch einer Intervention in Rom bedarf, ist das Kreditwesen. Wie Sie wissen, ist das für die Region eine der wenigen Zuständigkeiten, die sie hat. Sie ist im Art. 5, Punkt 3 des Autonomiestatuts festgelegt: "ordinamento degli enti di credito fondiario e di credito agrario, delle casse di risparmio e delle casse rurali nonché delle aziende di credito a carattere regionale". Dazu die Durchführungsbestimmung aus dem Jahre 1977 Nr. 234, Art. 2, die ich zitiere: "Ai fini del precedente articolo 1 e dell'articolo 11 del Decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670, sono considerati a carattere regionale tutti gli enti e gli istituti e tutte le aziende di credito che abbiano la sede legale e sportelli esclusivamente nel territorio regionale". Wir wissen alle, was passiert. Allein mit dem Öffnen eines Schalters außerhalb der Grenzen der Region ist der Einflußbereich, die Zuständigkeit der Region über eine solche Sparkasse oder eine solche Bank in Gefahr bzw. weg. Der Verfassungsgerichtshof hat das noch dazu erhärtet. Nun bin ich der Meinung, daß der Gesetzgeber damals, die Abfasser der Durchführungsbestimmung mit diesem Vorbehalt, daß die regionalen Banken in die Zuständigkeit des regionalen Verwaltungsorgans fallen, sicherlich gemeint hat, nicht ein Banco di Roma, der seinen Sitz in Rom hat, soll von der Region kontrolliert werden, nicht ein Credito Italiano oder ein Banco di Sicilia, sondern eben die lokalen Banken, die auf regionaler Ebene tätig sind. Aber zwischenzeitlich hat sich auch für die regionalen Banken die Wirklichkeit verändert. Es ist einfach eine Phase der Entwicklung, daß auch die regionalen Banken sich über ihren Bereich hinaus ausweiten und versuchen, möglichst da oder dort in der Nachbarschaft, auch außerhalb unserer Region Schalter zu eröffnen, nur mit der unangenehmen Folge, daß damit die Kompetenz der Region praktisch auf Null degradiert wird. Ich ersuche deshalb, daß wir auf die Regierung einwirken, diese Durchführungsbestimmung so zu ändern, daß man das Wort "esclusivamente" praktisch im Sinne des Autonomiestatutes durch ein anderes Wort, das beispielsweise lauten könnte "prevalentemente", ersetzt. Das war ja der Sinn der Sache, daß diejenigen Banken, die in der Region vorrangig tätig sind, auch von der Region

betreut und kontrolliert werden, vor allem im Hinblick auf Europa und auf die Bewegung, die sich im Hinblick auf 1992 diesbezüglich ergibt.

Jetzt noch ein dritter sachlicher Bereich. Jugendgericht habe ich schon angesprochen, Kreditwesen habe ich angeführt. Kompetenz im Bereich der Sozialvorsorge und der Sozialversicherung: Da muß ich etwas sagen. Wahrscheinlich vor lauter Angst, die Region nicht übermäßig aufzublähen, vor lauter Sorge - vielleicht ist das die Ursache -, zu Lasten der autonomen Provinzen sozusagen etwas zu schaffen, was nicht im Geist des "Los von Trient" wäre, ist es uns entgangen, eine wichtige Zuständigkeit wahrzunehmen, die das Autonomiestatut zwar nur im tertiären Bereich, aber immerhin der Region als Zuständigkeit vorbehält, und zwar ist das der soziale Bereich. Das ist der einzige Punkt neben der Sozialfürsorge, die den Provinzen vorbehalten wird, in dem die Autonomie ausdrücklich in die lokale Verantwortung übertragen wird und zwar im Artikel 6. Dieser Art. 6 des Autonomiestatutes sieht zwar nur eine tertiäre Zuständigkeit, also eine sogenannte ergänzende Zuständigkeit vor, aber sie ist trotz dieses Vorbehalts der Ergänzung gegenüber den Staatsgesetzen rechtskräftig. Ich darf zitieren: "Nelle materie concernenti la previdenza e le assicurazioni sociali la Regione ha facoltà di emanare norme legislative allo scopo di integrare le disposizioni della legge dello Stato ed ha facoltà di costituire appositi istituti autonomi e agevolare la istituzione". Die Region kann also in Ergänzung zu den staatlichen Gesetzesbestimmungen eigene Vorschriften erlassen und kann eigene autonome Institute errichten oder ihre Errichtung fördern. Wenn wir dann die entsprechende Durchführungsbestimmung dazu prüfen, Nr. 58 aus dem Jahre 1978, dann hören wir im Art. 1 die Bestätigung dieses Verfassungsauftrages, und im Art. 2 geht es sogar noch sehr ins Konkrete. Diesen Artikel 2 darf ich verlesen: "Agli istituti autonomi", also diesen zu schaffenden Einrichtungen "costituiti secondo..." usw. "su richiesta della regione o in caso di decentramento generale di funzioni del sistema previdenziale possono essere attribuite anche funzioni esercitate dall'INPS, dall'INAIL e da altri enti od istituti operanti nel settore della previdenza e delle assicurazioni sociali". Das heißt, wir dürfen nicht nur in Ergänzung vom Staat...

(Interruzione)

**PRESIDENTE:** Signor Peterlini, Le comunico che Lei ha pochi minuti per terminare il Suo intervento, avendo occupato il

Suo tempo...

**PETERLINI:** Ich komme also zum Schluß. Ich bitte, diesen Verfassungsauftrag des Art. 6 des Autonomiestatutes auszuschöpfen und bitte die neue Regionalregierung, diesbezüglich konkret an die Arbeit zu gehen, ein Institut zu gründen, daß dann konkret die Forderungen, die heute vormittag auf den Tisch gelegt worden sind, berücksichtigt werden - Kollegin Franzelin, Kollege Kaserer haben davon gesprochen, die Südtiroler Volkspartei hat einen Beschlußantrag, ich zitiere ihn nicht mehr, durchgesetzt, es gibt ein Papier Ferretti, Benedikter, Präsident Bazzanella, das diesen Beschluß erhärtet, das Geburtengeld auch auf die Hausfrauen auszudehnen, die keiner beruflichen Tätigkeit nachgehen -, aber auch Systeme zu studieren, um die Hausfrauen überhaupt in ihrer Versicherungsposition abzusichern. Das liegt in unserer Möglichkeit. Wir können ein Institut schaffen, das neue Möglichkeiten zum Schutz der Familie ergreift, und ich bitte darum, daß man dieses soziale Instrument voll und ganz ausschöpft.

Ich komme somit sowieso zum Schluß. Ich wollte einige Dinge über Bürgernähe noch sagen. Ich hoffe, daß auch unser gemeinsamer Beitrag, Präsident Tretter, das geht jetzt in die Richtung Regionalrat, dazu dienen kann, daß die demokratische Institution als Parlament dieses Gebietes möglichst durchsichtig, möglichst bürgernah arbeiten kann und auch die Beteiligung der Bürger und der jungen Menschen mit vorsieht. Eine Region also, die in eine neue Arbeitsphase geht, mit Vertrauensvorschuß ausgestattet, in einem Klima, das diesem Vertrauensvorschuß sicherlich auch eine positive Antwort geben will, mit der wir uns bemühen wollen, keinen Bruch mit der Geschichte zu begehen, sondern diese Geschichte fortzusetzen in Gemeinsamkeit, auf den gemeinsamen Wurzeln, die uns im Bemühen verbinden, mehr Autonomie, mehr Mitsprache der Bevölkerung im Staate Italien und darüberhinaus auch im zukünftigen Europa zu verankern. Ich danke Ihnen, Herr Präsident!

(Signor Presidente! Colleghe e Colleghi! Vorrei svelarvi una cosa: ieri a mezzogiorno stavo discorrendo con il Presidente designato della Giunta regionale dott. Andreolli il quale, aldilà di quanto contenuto nelle sue dichiarazioni programmatiche, così si è espresso, pur in maniera non ufficiale, nel corso di tale conversazione: sono cambiate alcune cose, egli diceva, tra questa legislatura e quella scorsa. Queste trasformazioni sono avvenute, bisogna ammetterlo, anche nella provincia di Trento. Ma la sua impressione era che per quanto riguarda

l'atteggiamento nei confronti della Regione il cambiamento avesse interessato in primo luogo i rappresentanti del Sudtirolo. E' fuori dubbio che negli interventi uditi fino ad ora, anche nelle prese di posizione degli esponenti della Südtiroler Volkspartei, si esprime effettivamente una coscienza nuova, ed è giusto e anzi doveroso chiedersi in che misura ciò costituisca una rottura con la tradizione precedente, con la storia precedente, o quanto invece questa nuova legislatura non rappresenti semplicemente una nuova pagina nella storia sudtirolese e tirolese, nella storia di questa regione. E su questo quesito vorrei prendere posizione all'inizio di questo mio intervento. Non c'è dubbio infatti che da quando ha preso avvio la storia della nostra autonomia, dal 1948, con il suo apice nell'anno 1957 nella manifestazione di Castelfirmiano, è andata sviluppandosi in provincia di Bolzano, tra i sudtirolesi, una mentalità che è poi sfociata per l'appunto nello slogan di Castelfirmiano, nel "Los von Trient". Indubbiamente quel "Los von Trient" uscito dalla grande manifestazione popolare dei sudtirolesi a Castelfirmiano ha lasciato un'impronta determinante nella storia degli anni successivi, e come una sorta di eredità è sopravvissuto fino ad oggi in questo Consiglio. Per fornire una risposta autentica e storicamente valida al quesito che ho sollevato non basta tuttavia analizzare questi ultimi trent'anni, occorre andare a far luce anche sulle radici storiche. Non ho bisogno di farlo personalmente; nel corso del dibattito sulle dichiarazioni programmatiche di Andreolli l'hanno fatto ottimamente diversi altri oratori. Ricordo molto bene l'intervento dello storico e collega dott. Franz Pahl, che ha richiamato le comuni radici del Tirolo sottolineando che dal 1248, data formale della fondazione del Tirolo, la storia tirolese ha avuto uno sviluppo comune durato qualcosa come 700-800 anni, abbracciando nel tempo un territorio che andava da Kufstein fino al lago di Garda: il Tirolo storico nel suo aspetto multiforme e plurilingue, con l'antica popolazione ladina, la popolazione di ceppo tedesco, la popolazione di lingua italiana. Perché allora nel 1957 - come ripeto, le premesse erano nell'aria fin dal 1948 - si arrivò a quella rottura - e non voglio ripetere di nuovo tutta la storia che il collega Pahl ha già brillantemente illustrato - se alle spalle c'era una storia comune lunga secoli e secoli? Si arrivò a quella rottura per un semplice motivo, perché già nel 1919, dopo l'annessione del Sudtirolo all'Italia e il successivo fascismo, ma purtroppo anche nel secondo dopoguerra, si sfruttò la coabitazione col Trentino o meglio, la maggioranza venutasi a formare da parte italiana in seguito

al distacco del Tirolo settentrionale ed orientale, si sfruttò o, per dirla diversamente, si abusò politicamente di questa maggioranza italiana, si abusò del Trentino per mettere in minoranza i sudtirolesi e per negare loro la tutela cui avrebbero avuto diritto in base all'Accordo di Parigi del 1946. Questo è l'errore storico che è stato commesso e che occorre segnalare per capire come mai il "Los von Trient" è sopravvissuto per tutti questi anni in tutti i dibattiti sul bilancio tenutisi in questo Consiglio e in tutte le dichiarazioni che nel tempo si sono qui succedute. E' ovvio che stamane nel corso delle dichiarazioni dovesse per forza di cose manifestarsi una certa meraviglia di fronte a questa nuova visione, meraviglia contenuta non solo nel commento positivamente stupito del Presidente designato Andreolli ma anche nel duro intervento del collega dott. Alfons Benedikter sfociato in quell'esclamazione finale: Così non ci sto più! E' stata, la sua, una posizione di rottura con le dichiarazioni precedenti, posizione che il cons. Benedikter ha poi motivato sulla base delle affermazioni contenute nel programma di governo o meglio su quanto egli riteneva mancante in tali dichiarazioni.

Se oggi come sudtirolesi in Consiglio regionale siamo più aperti alla collaborazione con il Trentino, se - come da più parti è stato ricordato - la stessa istituzione ecclesiastica ha sottolineato le radici storiche che accomunano nella storia tirolese il Trentino, il Sudtirolo ed il Tirolo austriaco, e se i Presidenti delle due Province si sono incontrati con una stretta di mano definita storica, ebbene si tratta di una sorta di "anticipo di fiducia" che i sudtirolesi esprimono con questo. Un "anticipo di fiducia" che consiste nel voler deporre la paura, nel credere che la Regione non verrà mai più usata in futuro per risospingere i sudtirolesi in quel ruolo infelice conosciuto nel 1948 e negli anni successivi o peggio ancora sotto il fascismo. I sudtirolesi esprimono questo "anticipo di fiducia", vi preghiamo di considerarlo tale. Un "anticipo di fiducia" che, dati gli sviluppi e l'attuale momento storico, era necessario esprimere e che per fortuna è stato espresso. Stiamo attraversando oggi una fase dell'autonomia che non può far piacere a nessuno: ciò concerne soprattutto la convivenza dei gruppi etnici in Sudtirolo, dove sono sorte determinate tensioni per il semplice fatto che la popolazione italiana - e su questo la posizione della Südtiroler Volkspartei non è mutata - non è stata adeguatamente preparata alle molteplici novità prodotte dall'autonomia, alla perdita di qualche privilegio, e anche perché i vantaggi dell'autonomia non



sono stati illustrati a sufficienza. Queste tensioni hanno trovato espressione nei fuochi accesi dai nazionalisti. E' sempre facile per i demagoghi sfruttare le fasi più difficili e delicate per distogliere l'attenzione, con i loro slogan demagogici, dalla vera risoluzione dei problemi e per cercare tale risoluzione ripercorrendo a ritroso la storia, come ad esempio ha fatto a Bolzano il MSI. Tutto questo non è servito a nessuno. Ma tutti i democratici hanno riconosciuto la necessità di creare un nuovo clima di fiducia per bloccare definitivamente questa pericolosa tendenza verso il nazionalismo, per dare a tutti i gruppi etnici in provincia di Bolzano e in regione la sensazione di vivere in una democrazia, in un'autonomia unica nel suo genere in Europa, certo non ancora perfetta ma in grado di offrire alla gente qualche possibilità di partecipazione diretta e di garantire quindi concretamente anche un certo sviluppo culturale di tutti i gruppi linguistici nonché di produrre determinati benefici a livello economico e sociale. Sottolineo questi due ultimi, importantissimi punti - "nonché di produrre determinati benefici a livello economico e sociale" - anche perché tutti noi, come detentori di una responsabilità politica, dobbiamo richiamare continuamente alla memoria del singolo cittadino questi vantaggi dell'autonomia se vogliamo che la gente dia e conservi nel tempo il suo appoggio a questa politica.

Per migliorare questo clima era sicuramente necessaria una certa apertura, un "anticipo di fiducia" da parte di tutte le forze politiche, e in occasione delle trattative per la formazione della coalizione regionale la Südtiroler Volkspartei questo "anticipo di fiducia" l'ha manifestato: un fatto nuovo che ha indotto alcuni allo stupore, altri a scuotere la testa, altri ancora ad un duro "no". Io ritengo tuttavia che nel complesso questo miglioramento di clima sia già avvertibile, che il nuovo clima esistente tra i gruppi etnici stia già dando i suoi frutti e che la gente abbia la possibilità di vivere già adesso forme più distese di convivenza senza - e questo è l'essenziale - dover sacrificare misure di tutela previste per le minoranze o misure di tutela - anch'esse pur sempre garantite a livello statutario - per la maggioranza di lingua italiana. Questo clima di fiducia, questo clima più disteso nel quale viviamo l'autonomia rispetto all'ultimo scorcio della scorsa legislatura darà sicuramente nuovi frutti. E alla luce di questo clima più disteso è sicuramente comprensibile anche la posizione della Südtiroler Volkspartei.

Nel suo intervento di stamane il collega Benedikter - e qui devo dedicare un pensiero anche alle sue

affermazioni - ribadendo di parlare a titolo personale, ha dichiarato in conclusione di non poter dare il proprio voto favorevole a questo programma e a questa Giunta. Ebbene, da un punto di vista personale e anche per un senso di apprezzamento per quanto il collega Benedikter ha fatto fino ad oggi io posso benissimo comprendere le sue affermazioni. Se talvolta si è abusato del concetto di "padre dell'autonomia", in questo caso non va dimenticato che il collega Benedikter merita senz'altro a buon diritto il titolo di "padre dell'attuazione dell'autonomia": egli infatti, pur essendo tra i pochi che nel 1969 in occasione del congresso provinciale della Südtiroler Volkspartei ribadirono che il Pacchetto non costituiva una soluzione soddisfacente per il Sudtirolo, ha lavorato tuttavia da autentico democratico per più di vent'anni, dal 1969 al 1989, giorno per giorno alla sua realizzazione, tanto che si può dire che praticamente ogni singola frase delle norme di attuazione oggi fissate nei ben noti DPR reca la sua firma. Alla luce di questi fatti è dunque particolarmente significativo e clamoroso che sia proprio lui a dire: Così non ci sto più! Ma a questo punto sorge spontanea una domanda: perché mai le perplessità espresse quest'oggi non hanno trovato riscontro nei colloqui preparatori che hanno avuto luogo nei tanto lamentati quattro lunghi mesi impiegati per formare la Giunta? E qui, come componente del gruppo della Südtiroler Volkspartei, ho anch'io una lamentela da fare: il collega Benedikter è capogruppo della Südtiroler Volkspartei, ma noi non abbiamo mai avuto la possibilità di esporre le nostre proposte come membri di tale gruppo, come Consiglieri eletti in quest'assemblea perché per comprensibili malumori, per comprensibili motivi personali il gruppo non è mai stato convocato. Questa è l'unica risposta chiara che possiamo dare. Per quanto possa capire la posizione di chi dice "io non sono d'accordo con questo e con quest'altro", sono costretto a dare comunque un'unica risposta: come componenti del gruppo della Südtiroler Volkspartei non abbiamo mai avuto la possibilità di esprimere la nostra posizione in una riunione di gruppo e quindi neppure lo stesso capogruppo ha mai avuto modo di esporre, con l'appoggio di tutto il gruppo, la posizione di quest'ultimo alla delegazione impegnata nelle trattative per la Giunta. Dopo l'elezione del Consiglio regionale c'è stato un passaggio delle consegne, e trovo corretto e democratico che il nuovo vice-capogruppo, il collega Siegfried Brugger - io non potevo più esserlo dal momento che ho l'onore di rappresentare l'intero Consiglio come Vicepresidente - abbia voluto e dovuto attendere l'ulteriore evolversi della situazione per non togliere a

nessuno quanto magari era venuto a crearsi nella legislazione passata dalla prassi e dalla positiva collaborazione tra il dott. Benedikter e la mia modesta persona. Questa comunque resta, per dirla breve, la difficoltà che si sarebbe dovuta rimuovere, ciò che sicuramente avrebbe fatto perdere all'intervento di questa mattina molta della sua drammaticità e avrebbe permesso di inserire nero su bianco nel programma di Giunta anche molte delle proposte che tu hai avanzato. So che il dott. Benedikter non faceva parte della delegazione trattante, è vero, lo confermo, ma ciò non toglie nulla al fatto che la Südtiroler Volkspartei avrebbe potuto discutere la propria posizione e farsi forte del peso politico dato da ben ventidue consiglieri per sottoporre queste posizioni in maniera adeguata, non solo come carte private, alla Presidenza. La Presidenza ha condotto le trattative e certamente avrebbe tenuto conto dell'opinione di ventidue Consiglieri, se non ha tenuto conto dell'opinione di un singolo consigliere Benedikter. ...Dottor Benedikter, non vorrei ora cadere in un dialogo a due. Ma non si tratta di dire che la Presidenza dovrebbe chiedere le opinioni degli altri, si tratta di dire che ventidue Consiglieri eletti rappresentano e rappresentavano un "forum" e che per mesi, dal novembre dello scorso anno, quest'organo non si è mai riunito e pertanto non ha mai espresso il proprio peso politico.

La maggioranza della SVP, tuttavia - ma qui non vorrei precorrere il collega Brugger, che certamente illustrerà in sede di dichiarazione di voto l'atteggiamento della SVP verso la Giunta - sostiene questo coraggioso passo di apertura, che la stessa popolazione giudica favorevolmente. Ho già citato, tra i fatti di importanza storica, la posizione della Chiesa e l'incontro tra i Presidenti delle due Province, ma aggiungo ancora un altro fattore sicuramente molto importante: si tratta dell'opinione pubblica, che trova la sua espressione nella stampa. Il quotidiano "Dolomiten", che nelle questioni inerenti l'autonomia si è sempre mosso con la massima coerenza e cui di certo non si può minimamente imputare di aver mai abbandonato a se stessi i sudtirolesi per quanto riguarda la politica di tutela delle minoranze ma che anzi ha sempre perseguito con coerenza questa linea, è intervenuto sulla questione con un articolo di fondo firmato dal caporedattore dott. Josef Rampold. Credo valga la pena di leggerlo. Il "Dolomiten" parte dal seguente presupposto - cito letteralmente: "Questo nuovo clima non va frainteso. Vi fu a suo tempo un preciso assetto politico astutamente costruito da Degasperi che da parte sudtirolese

ha indubbiamente giustificato in senso politico il mai dimenticato 'Los von Trient'." L'articolo analizza poi gli eventi storici, richiamando anche la positiva collaborazione tra Trentino e Sudtirolo. Vorrei citare il passaggio - lentamente, perché anche la traduttrice possa seguire: "Come sempre la storia insegna. Ai tempi delle grandi migrazioni dei popoli i confini tra nord e sud erano ancora molto fluidi. Chi vuol rendersene conto basta visitare la Val dei Mocheni o i Sette Comuni o i Tredici Comuni, oppure si dedichi alla toponomastica e alla cartografia antica. Un'ulteriore fase caratterizza poi quell'epoca in cui per la prima volta cominciò a delinearsi una grande Europa spirituale - da allora purtroppo irripetuta in quella forma - espressa nell'unità del Sacro Romano Impero della nazione germanica che condusse ad una grandiosa compenetrazione e fusione del pensiero del nord con quello del sud. Nella nostra provincia tutto questo si realizzò nell'aristocrazia, che era sovranazionale. La nostra provincia e il Trentino, come pure la diocesi di Trento, erano caratterizzate da quella funzione sovranazionale di ponte della quale oggi ritorniamo a sognare. Chi desidera approfondire questi aspetti provi a visitare i castelli del Trentino e capirà tutto questo molto chiaramente. Ad onta di tutte le beghe di natura esteriore è sempre esistito un collegamento nella letteratura, nell'arte, nella scienza e nella ricerca: basta sfogliare gli "Studi Trentini" o lo "Schlern" per rendersene conto. Ma ciò che più conta" - e con questo ho concluso la citazione - "è che in fondo gli uomini di queste due diverse culture ed aree linguistiche non si sono lasciati rovinare dalla politica". Fine della citazione.

E qui mi aggancio ad un aspetto essenziale di quella che fu la politica regionale dopo il 1948, un aspetto segnato da un atteggiamento ostile all'autonomia, a scapito soprattutto dei sudtirolesi. Si potrebbe pensare che siano stati i Trentini a portare avanti quel genere di politica, ma non è vero: in Trentino operava a quel tempo l'"Associazione Studi Autonomistici Regionali", la cosiddetta ASAR, che con i suoi 100.000 iscritti e oltre - dunque come espressione di popolo - lavorava, a differenza della classe dirigente, in stretta collaborazione con i politici sudtirolesi per il raggiungimento di un'autonomia comune. Questa fu l'autentica dimensione storica. Passo al punto successivo. Perché la Südtiroler Volkspartei ha tanto insistito in sede di trattative per la Giunta affinché gli eredi dell'ASAR, l'odierno Partito autonomista trentino-tirolese, l'odierno PATT, avessero parte alle responsabilità di governo nel momento in cui siamo in grado

- con questo "anticipo di fiducia" di cui parlavo poc'anzi  
- di ritrovare l'antico ruolo storico? Noi abbiamo insistito che anche il PATT fosse associato alle responsabilità di governo per questa regione quale segno esteriore di questa nuova evoluzione, e l'abbiamo anche detto espressamente in sede di trattativa. Questo è anche il motivo per cui il negoziato si è protratto così a lungo. Lo dico a tutti coloro che - sia con interrogazioni sia durante il dibattito - hanno lamentato a ragione l'eccessiva lunghezza delle trattative per la formazione di una Giunta in sé e per sé non certo ricca di competenze. La Südtiroler Volkspartei ha negoziato fino all'ultimo per ottenere l'inserimento dei trentino-tirolesi quale espressione della dimensione storica dell'antico Tirolo. L'esito della trattativa non lo ha consentito. Il perché - perché non sia stato possibile - non dovete chiederlo a noi, collega Rella, ma ai partner della maggioranza di governo che non l'hanno consentito. Forse stavolta i sudtirolesi sono stati più rapidi nel superare talune difficoltà storiche degli ultimi decenni. Forse il Presidente Andreolli aveva ragione quando affermava che le trasformazioni hanno interessato sia il Trentino che il Sudtirolo ma forse in modo maggiore quest'ultimo. Così si era espresso il collega Andreolli. La domanda va rivolta comunque ai partner che non erano d'accordo. La Südtiroler Volkspartei si è trovata davanti ad un bivio: o scegliere di rimanere rigidamente sulle proprie posizioni, non sottoscrivere alcun accordo di coalizione - la presenza in Giunta a titolo etnico l'avremmo garantita in ogni caso, sia ben chiaro, perché ciò è espressamente previsto dallo Statuto, comunque avremmo avuto la possibilità di rinunciare sulla base dello Statuto a qualsiasi altro tipo di collaborazione che non fosse quello formale-giuridico della presenza in Giunta - oppure, alternativa due, accettare un compromesso. La politica sta anche nel riconoscere quand'è il momento di muovere qualche passo incontro all'altro e di mostrare la propria disponibilità, altrimenti le chiacchiere sul "nuovo clima" restano sempre e solo chiacchiere. La Südtiroler Volkspartei ha scelto questa seconda strada, ha preferito la strada del compromesso a quella dell'ostinatezza e dell'autoesclusione, ma solo perché questo compromesso è un compromesso dignitoso che trova espressione nella presidenza di questo Consiglio, nella carica ricoperta dal collega Tretter quale rappresentante e titolare di questa dimensione storica. Un compromesso - credo - che nonostante le difficoltà del nostro partito nel dover rinunciare alle sue richieste originali trova tuttavia una sua espressione

dignitosa e costituisce un primo passo sulla strada di un futuro congiunto.

E passo con questo al prossimo punto: in che cosa consiste dunque, dopo questo "anticipo di fiducia", dopo tutti questi sforzi, la nuova strada che la Regione deve percorrere e che noi insieme vogliamo percorrere? Sicuramente consiste anche nel gestire in modo buono e appropriato le competenze che sono da gestire - e su questo mi soffermerò più tardi, nell'ultima parte del mio intervento. Ma sarebbe troppo poco. Di certo non basterebbe a giustificare la Regione, anzi da un punto di vista puramente oggettivo e tecnico-amministrativo, e sulla base di queste poche riflessioni anche da un punto di vista politico bisognerebbe anzi dire che per gestire il libro fondiario, il settore del credito, le camere di commercio e le poche competenze ordinamentali e di vigilanza rimaste per alcuni settori, non c'è davvero più bisogno dell'istituzione Regione: basterebbe trasferire in qualche modo queste poche competenze alle due Province, ed avremmo un pesante apparato burocratico in meno e un po' di immediatezza in più a tutto vantaggio del cittadino. La nuova strada consiste certamente nell'impegnarci, partendo dalla storia comune, per valorizzare, difendere e rivitalizzare il ruolo delle autonomie locali nel nostro territorio regionale e nello Stato in cui viviamo. C'è molto da fare a questo proposito, e come sudtirolesi siamo profondamente grati che il Trentino ricambi - così almeno speriamo - l'"anticipo di fiducia" col quale ci apprestiamo ad entrare in questa Giunta, battendoci al nostro fianco per ottenere tutto ciò di cui ha parlato stamane il collega Benedikter e da cui siamo ancora molto distanti; sappiamo tutti infatti che il clima attuale in Italia non è certo un clima favorevole alle autonomie e che dopo una prima vampata di regionalismo la ruota ha già ripreso da tempo a girare all'incontrario. L'espressione più eclatante di questa involuzione è già stata segnalata a buona ragione dal collega Benedikter e non vi è altro da aggiungere, se non semplicemente sottolineare come il Governo, contro il disposto costituzionale e contro gli sforzi delineati nel DPR 616, non abbia certo in testa progetti di regionalismo. Il lamento contro la facoltà di indirizzo e coordinamento è un lamento comune, e a questo proposito ci attendiamo che tutte le forze che concorrono realmente all'autonomia e che testimoniano la volontà di concorrervi si battano assieme a noi contro questa prerogativa del Governo.

Come Vicepresidente fresco di nomina ha avuto occasione di partecipare tempo fa, al posto del Presidente Tononi, ad un convegno dei Presidenti dei Consigli

regionali tenutosi a Firenze alla fine di gennaio di quest'anno. Ci onorò della sua presenza il Ministro delle regioni Maccanico, il quale si sforzò ovviamente, in conformità al pubblico convenuto, di testimoniare la fede del Governo nelle autonomie. Per questa nuova versione Maccanico scelse però un esempio molto infelice richiamando tra l'altro la legge di riordinamento della Presidenza del Consiglio dei Ministri, come se tale legge fosse in un certo senso l'uovo di Colombo col quale procedere al potenziamento delle autonomie. In tale occasione io ricordai al Ministro - come sempre hanno fatto i nostri rappresentanti, in testa a tutti il dott. Benedikter, in occasioni analoghe durante i convegni dei Presidenti delle Giunte regionali - che proprio questo punto costituisce la limitazione più drastica dell'autonomia. Sappiamo che purtroppo la Corte costituzionale ha ribadito in una sua sentenza la legittimità costituzionale di questo potere governativo, cosicché la possibilità di eliminarlo è affidata al legislatore e alle forze politiche, non al giudice. Ma un famoso giudice della Corte Costituzionale, il giudice Paladin, ha affermato testualmente il 22 febbraio 1985, cito il testo originale: "Da noi per contro si è inventata con legge ordinaria ed attuata con leggi delegate una funzione come quella di indirizzo e coordinamento che nella Costituzione non trova alcun chiaro riscontro". La stessa Corte costituzionale che purtroppo ha ribadito la legittimità di questa competenza del Governo lamenta però nella stessa sentenza: "Si tratta di una penetrante ingerenza nella sfera dell'autonomia speciale, rispettivamente di un'ulteriore compressione dell'autonomia". Ma accanto a questo incisivo strumento ne esistono altri che purtroppo hanno trovato applicazione ultimamente e certo non testimoniano un atteggiamento incoraggiante del Governo nei confronti delle Regioni. Forse anche le stesse Regioni hanno un po' di responsabilità in questo. In passato ho avuto occasione di partecipare ad alcuni incontri - vi sono quelli dei Presidenti delle Giunte e quelli dei Presidenti dei Consigli regionali - dispendiosi nell'allestimento e fastosi nel loro svolgersi, dietro i quali però non si intravede molta consistenza politica. Ai rappresentanti delle Regioni che lamentavano questo fatto e anche al sottoscritto il ministro Maccanico ha risposto semplicemente: Non dimenticate che nel 1977 il Governo e il Parlamento hanno testimoniato con il DPR 616 la loro buona volontà, ma che nelle singole Regioni - non parlava della Regione Trentino - Alto Adige ma della maggioranza delle Regioni italiane - questo pensiero non è stato poi molto

ripreso, e si sono creati apparati e orpelli senza però mettersi al lavoro con la concretezza del buon amministratore.

Accanto alla facoltà di indirizzo e coordinamento lamentiamo poi l'alta percentuale di rinvii governativi che colpiscono in particolare le leggi provinciali: nella scorsa legislatura abbiamo raggiunto il triste record italiano del 30 per cento di leggi rinviate dal Governo. E ancora: lamentiamo che continuamente, con legge statale, venga predeterminato l'ambito di applicazione delle assegnazioni finanziarie. Per la nostra autonomia ciò è particolarmente evidente nel settore della sanità e in quello dell'industria. Se lo Stato dice "questi fondi io li destino all'industria e voi non potete utilizzarli per nessun altro settore", se la stessa cosa succede per la sanità e nei settori più disparati, l'autonomia gestionale si riduce davvero ai minimi termini. Altre Regioni poi lamentano che attraverso l'insediamento di commissari speciali - come ad esempio nel caso di terremoti - vengono aggirate anche quelle poche competenze rimaste in capo alle regioni a statuto ordinario, e che viene istituito un numero sempre maggiore di ministeri i quali abbracciano competenze costituzionalmente riservate alle regioni. Perciò il nostro compito in questa legislatura - ed è questa appunto che chiamavo la nuova grande strada che si apre dinanzi alla Regione - è quello di far sentire la nostra voce in tutti gli organi e le assemblee in cui siamo presenti, con il peso politico che i singoli nostri politici hanno a Roma - soprattutto gli esponenti dei partiti di maggioranza, della Democrazia Cristiana, del Partito Socialista Italiano e di tutti gli altri partiti di governo - di farci sentire singolarmente ma anche come istituzione regionale e lottare perché questo clima abbia a cambiare, perché possiamo avviarcì su una diversa strada in cui sia davvero garantita la partecipazione e il coinvolgimento della popolazione. "Autonomia" deriva dal greco *autos* e non significa altro che l'espressione di una certa autogestione, di una certa autolegislazione, di una certa autoamministrazione a vantaggio della gente, ed è un qualcosa che parte dal basso, dalla gente stessa, e non qualcosa che parte dall'alto in cui la gente fa solo da destinatario degli ordini altrui: un concetto moderno da ribadire con particolare vigore - su questo tornerò più tardi - anche alla luce della nuova Europa.

Un ulteriore aspetto meritevole di particolare sottolineatura in questo contesto è sicuramente il settore dell'informazione. Sappiamo tutti che la Corte costituzionale con alcune famose pronunce nel 1975 e negli



anni successivi ha abolito il monopolio RAI consentendo di fatto lo sviluppo di un gran numero di emittenti radiotelevisive private. In conseguenza di questo fatto anche la RAI si è sforzata di operare una certa decentralizzazione istituendo delle filiali, per così dire, nelle singole regioni, ossia la terza rete. E così oggi abbiamo l'emittenza privata, che funziona bene a livello nazionale e meno bene a livello locale, ed abbiamo la RAI con le sue filiali, le chiamo volutamente in questo modo. Ma che fine ha fatto lo spirito di quelle sentenze, che puntava a far sì che anche la popolazione potesse aver parte direttamente al processo di formazione dell'opinione pubblica? Che fine ha fatto lo spirito di quelle sentenze nelle emittenti private, nell'emittente pubblica? Nelle emittenti radiotelevisive private gli sviluppi sono evidentissimi e inarrestabili: praticamente sopravvivono ormai solo i grandi network dotati di sufficienti capitali, in grado di raggiungere tutto il territorio italiano e quindi significativi ed interessanti anche dal punto di vista pubblicitario, mentre le piccole emittenti locali, a beneficio delle quali era destinata in effetti la pronuncia della Corte, muoiono una dopo l'altra. Questo è il settore privato. Quello pubblico, la RAI, ha tenuto conto della concorrenza, ha aperto delle filiali. Ma che fine ha fatto il coinvolgimento della base, della gente? Per queste due domande c'è un'unica risposta possibile: dare attuazione a quanto ci compete statutariamente come province autonome di Trento e di Bolzano, nello spirito della sentenza della Corte costituzionale, e cioè alla cogestione della comunicazione. So che questa mia affermazione non è destinata a trovare unanimità di consensi. Eppure è questo il nostro compito, se vogliamo riconoscere che la politica è influenzata sensibilmente anche dal modo in cui la gente viene inondata di informazioni e dall'identità di chi controlla tale "pioggia" di informazioni. Certo non si può parlare di una disciplina autonoma, di una disciplina autenticamente democratica e tesa al consenso e alla partecipazione della gente se in Italia l'informazione è gestita a livello privato solamente dai grandi network e a livello pubblico solamente da mamma RAI che apre dall'alto le sue filiali. L'unico debolissimo tentativo di cogestione dell'informazione è rappresentato dai comitati regionali per il servizio radiotelevisivo, che alcune regioni hanno già istituito e che sarebbero in sé e per sé previste dalla legge proprio per garantire alla popolazione questa possibilità di partecipazione e cogestione. Ma si tratta di possibilità molto modeste. Io stesso ho avuto occasione di partecipare nel dicembre 1987, quale rappresentante

dell'Ufficio di Presidenza del Consiglio provinciale, ai lavori di questi comitati. Anche in quella circostanza il ministro delle regioni Gunnella ci onorò della sua presenza e si sforzò in tutti i modi di far capire che questi comitati praticamente non hanno nessuna funzione, anzi stanno addirittura lottando per sopravvivere. E tale è rimasta la situazione fino ad oggi. La provincia di Bolzano - e per quanto mi risulta anche la provincia di Trento - non ha provveduto fino ad oggi ad insediare questo comitato, ma così come stanno le cose non ha neppure senso farlo. E' necessario piuttosto riconoscere che il diritto della popolazione a partecipare e cogestire è garantito solo se si ha il coraggio di trasferire le relative competenze alla sfera autonoma regionale e nel nostro caso provinciale. La possibilità ci sarebbe. Gli appigli giuridici nello Statuto ci sono, se solo c'è la volontà politica. E questa volontà politica è quanto noi chiediamo in questo momento.

Dopo queste poche riflessioni di carattere politico - ma non vorrei approfittare eccessivamente del tempo a disposizione, non si possono e non si devono dire tutte le cose insieme, ho già fatto presente i punti più importanti, quelli a cui maggiormente tenevo - vorrei ora prendere posizione su alcuni temi concreti che riguardano l'operato della Regione nell'ambito dei suoi strumenti. Uno di questi strumenti ha perso nel corso della passata legislatura molta della sua incisività, e di questo dobbiamo ricordarci se vogliamo che non ne perda ulteriormente o che rimanga anche solo allo stato attuale ma piuttosto ritorni a dare i suoi frutti: mi riferisco allo strumento del voto e del disegno di legge-voto. Sappiamo che al di là delle competenze in materia di catasto, camere di commercio, e delle competenze ordinamentali in una serie di settori il Consiglio regionale ha la possibilità di influire sulla legislazione statale tramite i voti e i disegni di legge-voto. E' indubbiamente seducente per tutti - e in questo noi della Südtiroler Volkspartei non ci differenziamo dagli altri - prendere posizione con un voto o un disegno di legge-voto su tutti i temi possibili e immaginabili attualmente al centro delle discussioni a livello nazionale. Ma quanti più ne abbiamo prodotti - e ne abbiamo prodotti molti - tanto più questo strumento è andato perdendo la propria incisività e tanta più polvere è andata ad accumularsi sulle nostre proposte depositate nei cassetti romani. Io pregherei perciò di prendere davvero sul serio questo strumento ed utilizzarlo solo - ma allora con acutezza e determinazione - quando si tratta veramente di grandi problemi che riguardano la

nostra regione, come del resto è sancito nell'art. 35 dello Statuto di autonomia. Un problema in particolare è stato toccato e sollevato più volte con questo strumento sia nella legislatura 1973-78, sia nella legislatura 1978-83, sia in quella appena conclusa, ed è il problema della creazione in Bolzano di una sezione autonoma del Tribunale dei Minorenni. Spero che il problema non abbia più bisogno di essere risolto in questa maniera - perché in questo modo non viene affatto risolto - ma che la forza politica, il peso politico sia ora sufficientemente forte per poter portare avanti la legge statale attualmente giacente in Parlamento sull'istituzione di una sezione della Corte d'appello e quindi automaticamente del Tribunale dei Minorenni in Bolzano. Si tratta di un problema molto importante per la gente della nostra provincia, per i giovani e per le loro famiglie che oggi devono fare i conti con una realtà molto problematica. Attualmente i giovani della provincia di Bolzano vengono condotti davanti al Tribunale dei Minorenni di Trento, strappati in questo modo al loro ambiente sociale e posti a confronto con grandi problemi che sono "anche" di natura linguistica ma non solo di natura linguistica, sono molto semplicemente problemi di sradicamento perché un giovane - si tratta sempre di giovani sotto i 18 anni - che vive un momento così delicato come quello legato ad un delitto o ad un reato ha sempre bisogno di un particolare appoggio e di un particolare sostegno sociale. C'è un preciso impegno politico in questo senso, contenuto espressamente nel programma della coalizione. Presidente Andreolli, mi permetto di raccomandarle anche personalmente di verificare anche in sede romana, alla prima occasione, che si realizzino le condizioni per concretizzare questo punto del programma.

Un secondo ambito concreto che mi preoccupa e che, come il precedente, ha bisogno di un'adeguata azione in sede romana è l'ambito del credito. Come Lei sa, è una delle poche competenze in mano alla Regione, così come stabilito all'art. 5 punto 3 dello Statuto di Autonomia: "ordinamento degli enti di credito fondiario e di credito agrario, delle casse di risparmio e delle casse rurali nonché delle aziende di credito a carattere regionale". Precisa l'art. 2 delle relative norme di attuazione n. 234/77: "Ai fini del precedente articolo 1 e dell'articolo 11 del Decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670, sono considerati a carattere regionale tutti gli enti e gli istituti e tutte le aziende di credito che abbiano la sede legale e sportelli esclusivamente nel territorio regionale". Sappiamo tutti ciò che succede: basta aprire uno sportello fuori dai confini regionali e la

competenza della Regione su quella cassa di risparmio, su quella banca è in pericolo, svanisce. Ebbene, io sono dell'avviso che introducendo questa riserva, vincolando cioè alla competenza regionale solo gli istituti di credito regionali, il legislatore delle norme di attuazione abbia voluto semplicemente dire che la Regione non doveva certo controllare un Banco di Roma, che ha sede a Roma, non un Credito Italiano o un Banco di Sicilia, ma per l'appunto le banche locali che operano a livello regionale. Solo che nel frattempo la realtà è mutata anche per le banche regionali. Siamo in una fase di sviluppo in cui anche le banche regionali allargano la propria sfera d'attività aldilà e oltre l'ambito regionale e cercano di aprire degli sportelli anche nelle province vicine, anche fuori dai confini della regione, con la spiacevole conseguenza di ridurre praticamente a zero la competenza della Regione in materia. Chiedo perciò che si intervenga presso il Governo per arrivare ad una modifica della vigente norma di attuazione nello spirito dello Statuto nel senso di sostituire la parola "esclusivamente" con un'altra parola che potrebbe essere ad esempio "prevalentemente". Questo era del resto il senso e lo spirito della norma, garantire cioè che le banche operanti prevalentemente nel territorio regionale venissero seguite e controllate dalla Regione, soprattutto in funzione dell'Europa unita e dei movimenti che interessano questo settore in vista della scadenza del 1992.

Ed ora un terzo argomento concreto. Del Tribunale dei Minorenni ho già parlato, del credito pure. Competenze in materia di assistenza e assicurazioni sociali: qui devo dire qualcosa. Probabilmente per paura di gonfiare eccessivamente la Regione, per timore - forse era questa la causa - di creare a discapito delle due Province autonome qualcosa che non corrispondesse allo spirito del "Los von Trient" abbiamo tralasciato di assumere una competenza molto importante che lo Statuto riserva alla Regione, pur se solo quale competenza terziaria, vale a dire il settore degli interventi sociali. E' questo l'unico punto oltre all'assistenza sociale, riservata alle Province, in cui l'autonomia viene espressamente trasferita alla responsabilità locale, come prevede l'art. 6 dello Statuto. Detto articolo prevede peraltro una competenza soltanto terziaria, la cosiddetta competenza integrativa, ma nonostante questa riserva - è possibile soltanto integrare la legislazione statale - essa è pienamente efficace dal punto di vista giuridico. Cito: "Nelle materie concernenti la previdenza e le assicurazioni sociali la Regione ha facoltà di emanare norme legislative allo scopo di